



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2007

Federführend ist das Innenministerium

Inhalt

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	6
1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle	6
2 Verarbeitung personenbezogener Daten.....	7
3 Organisation, Personal, Haushalt	8
4 Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren	8
5 Wirtschaftsschutz und Spionageabwehr	10
6 Geheimschutz und Zuverlässigkeitsüberprüfungen.....	11
II. RECHTSEXTREMISMUS	12
1 Überblick	12
2 Schwerpunkte	15
2.1 Die NPD und „das System“ - Die beharrliche Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates	15
2.2 Tagespolitik und dumpfe Parolen - Die Doppelstrategie der NPD in Schleswig-Holstein	19
2.3 Subkultur- und Musik-Szene im Wandel.....	25
3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen.....	29
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	29
3.1.1 Entwicklung und Organisation	29
3.1.2 Öffentliche Präsenz	31
3.1.3 NPD und Neo-Nationalsozialisten	33
3.1.4 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)	36
3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)	37
3.3 Neo-nationalsozialistische Personenzusammenschlüsse.....	39
3.3.1 Neo-nationalsozialistisch dominierte Demonstrationen und andere Veranstaltungen	42
3.3.2 Von Neo-Nationalsozialisten initiierte Kampagnen	46
3.3.3 „Autonome Nationalisten“ (AN).....	48
3.4 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG).....	50
4 Regionale Schwerpunkte	51
4.1 Lübeck.....	51
4.2 Neumünster	53
4.3 Kreis Segeberg.....	54
4.4 Kreis Pinneberg	55
4.5 Kreis Ostholstein	56
4.6 Nördliches Schleswig-Holstein - Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Stadt Flensburg	57
4.7 Südöstliches Schleswig-Holstein - Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn	57
4.8 Kreis Rendsburg-Eckernförde	58
4.9 Kiel und Kreis Plön.....	60
4.10 Kreis Dithmarschen	60
5 Schrifttum und Verlagswesen.....	61
5.1 „Arndt-Verlag“	61
5.2 Sonstige Verlage und Vertriebsdienste	62
6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2005 bis 2007	64

III. LINKSEXTREMISMUS	65
1 Überblick	65
2 Schwerpunkt: Linksextremistischer Einfluss auf die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm	66
2.1 Beteiligte Gruppierungen	66
2.2 Mobilisierungskampagnen und -aktionen	69
2.2.1 Mobilisierung 2005 und 2006	69
2.2.2 Mobilisierung 2007	71
2.2.3 Gewaltbereitschaft und Militanz	72
2.2.4 Mobilisierungsmittel	74
2.3 Planung der eigentlichen Aktionen gegen den G8-Gipfel	75
2.3.1 Logistik	75
2.3.2 Zentrale und dezentrale Blockadeplanungen	76
2.3.3 „Demo-Fahrplan“	78
2.4 Protestaktionen während der Gipfelwoche	78
2.4.1 Großdemonstration am 2. Juni in Rostock	78
2.4.2 Blockadeaktionen ab 6. Juni	80
2.4.3 Sonstige Aktionen	81
2.5 Szene-Reaktionen	82
2.6 Zusammenfassung und Ausblick	84
3 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	85
3.1 Undogmatischer Linksextremismus	85
3.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	85
3.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt	87
3.1.3 Entwicklungen der undogmatischen Szene	89
3.2 Dogmatischer Linksextremismus	90
3.3 „Rote Hilfe e. V.“	93
4 Aktionsfelder	94
4.1 „Anti-Globalisierung“	96
4.2 „Anti-Repression“	97
4.3 „Anti-Faschismus“	97
4.4 „Anti-Militarismus“	100
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2005 bis 2007	101
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	102
1 Übersicht	102
2 Islamismus	104
2.1 Islamistische Ideologie	104
2.1.1 Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus	104
2.1.2 Merkmale islamistischer Ideologien	105
2.1.3 Salafiya - Islamistischer Aktivismus im Zeichen der „frommen Vorfahren“	109
2.2 Islamistischer Terrorismus	114
2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2007	114
2.2.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland	120
2.2.3 Festnahme dreier mutmaßlicher Mitglieder der „Islamischen Jihad Union“ (IJU)	120
2.2.4 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein	122
2.2.5 Terrorprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein	123
2.3 „Hizb Allah“ [„Partei Gottes“]	125
2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht gewaltbereite islamistische Organisation	127
2.5 Islamistische Aktivitäten im Internet	129

3 Nicht islamistisch motivierter Ausländerextremismus:	
„Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA-GEL)	131
3.1 Überblick	131
3.2 KONGRA-GEL-Struktur	132
3.3 Finanzierung, Medien und Veranstaltungen	133
3.4 Schürt weiterhin Emotionen: Abdullah Öcalan	134
3.5 Militärische Auseinandersetzungen mit der Türkei und ihre Auswirkungen	136
3.6 Die Jugendbewegung „Komalen Ciwan“	137
4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2005 bis 2007	138

Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2007, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

Die in den Abschnitten II bis IV aufgenommenen Zitate entsprechen in ihrer Schreibweise jeweils dem Original.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Observation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Mit den Informationen können die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. Die Erkenntnisse können die Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien,

Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Sammlungen, Informationsstände).

Der Verfassungsschutz ist ausschließlich zur Erhebung und Verarbeitung von Informationen befugt; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrolle wird in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Verfassungsschutz, aber auch von den Gerichten, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof und der Öffentlichkeit wahrgenommen.

2 Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten in Dateien verarbeiten. Die wichtigsten Dateien sind

- das abteilungsinterne Datenverarbeitungssystem der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung und
- das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS) als gemeinsam unterhaltene Datei der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zur gegenseitigen Unterrichtung.

Letztere ist lediglich eine Hinweisdatei, aus der zu entnehmen ist, ob und gegebenenfalls wo über eine bestimmte Person Akten vorliegen. Fast die Hälfte der Speicherungen weist auf durchgeführte Sicherheitsüberprüfungen hin, die den überprüften Personen den Umgang mit Verschlusssachen erlauben. Ende 2007 waren etwa 5.000 Personen durch die schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbehörde im NADIS erfasst; davon rund 2.350 aufgrund einer Sicherheitsüberprüfung.

3 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz
- Nachrichtenbeschaffung
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz

Der Personalbestand der Verfassungsschutzabteilung lag bei 93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2007 insgesamt 1.128.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Davon entfielen 296.000 Euro auf die bauliche Erweiterung des Sicherheitsbereichs aufgrund der mit dem Haushalt 2007 bewilligten Personalaufstockung im Zusammenhang mit der Antiterrordatei. Die Mittel beinhalten keine Personalkosten. Diese werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

4 Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren

• Mitwirkungsaufgaben im Aufenthaltsverfahren

Das Ausländer- und Asylrecht ist mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern vom 30. Juli 2004 auf eine neue Grundlage gestellt worden. Das Aufenthaltsrecht soll den Zuzug von Ausländern steuern

und Zuwanderung unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien gestalten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie auf wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland gelegt werden. Nicht zuletzt enthält es auch eine Reihe neuer sicherheitsrelevanter Vorschriften. Diese sind durch das Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und durch das Zuwanderungsgesetz neu eingefügt worden.

So hat der Gesetzgeber der Verfassungsschutzbehörde Mitwirkungsaufgaben bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln zugewiesen. Danach können die Ausländerbehörden Daten von Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen, an die Sicherheitsbehörden, namentlich auch die Verfassungsschutzbehörde, übermitteln, um festzustellen, ob Versagungsgründe gegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen.

- ***Mitwirkungsaufgaben im Einbürgerungsverfahren***

Seit Inkrafttreten des Terrorismusbekämpfungsgesetzes und des Zuwanderungsgesetzes werden auch erhöhte Sicherheitsanforderungen an Einbürgerungsbewerber gestellt. So fragen die Einbürgerungsbehörden im Rahmen des Untersuchungsgrundsatzes zur Vorbereitung ihrer Entscheidung regelmäßig bei den Verfassungsschutzbehörden an, ob gegen den Einbürgerungsbewerber Erkenntnisse vorliegen, die zur Versagung der Einbürgerung führen könnten.

- ***Koordinierung aufenthaltsbeendender Maßnahmen***

Im Jahr 2007 wurden in Aufenthaltsverfahren 1.892 Anfragen durch die schleswig-holsteinischen Ausländerbehörden an die Verfassungsschutzbehörde gestellt. Im Rahmen der Einbürgerungsverfahren waren es 4.889 Anfragen, wobei bei 63 Personen sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorgelegen haben.

Üblicherweise zeichnen sich die Personen, die der Unterstützung von sicherheitsgefährdenden Bestrebungen verdächtig sind, dadurch aus, dass sie komplexe Bezüge zu bundesweit oder international agierenden Organisationen oder Personengruppen aufweisen. Aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland und den sich daraus ergebenden vielfältigen Zuständigkeiten ist es gerade im Rahmen

der Terrorismusabwehr unerlässlich, dass alle Behörden eng miteinander kooperieren. Der Bund hat vor diesem Hintergrund schon im Jahr 2004 ein „Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum“ eingerichtet, in dem über 40 Behörden zusammenarbeiten.

In Schleswig-Holstein besteht seit 2007 eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe, an der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden, der Polizei und der Verfassungsschutzbehörde teilnehmen. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, diejenigen Einzelfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die besondere Sicherheitsrelevanz haben. Insbesondere wegen der Bedeutung der Rechtsfolgen einer Entscheidung im Aufenthaltsverfahren sowohl für den oder die betroffenen Ausländer als auch für die Bürgerinnen und Bürger des Landes ist eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich.

5 Wirtschaftsschutz und Spionageabwehr

Auch 2007 haben sich die Aufklärungsbemühungen ausländischer Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland unvermindert fortgesetzt. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden waren wiederum russische und chinesische Dienste Hauptträger dieser Bestrebungen.

Den Schwerpunkt der Aufklärung durch fremde Dienste bildete erneut der Wirtschaftssektor, auf den sich die Abwehrbemühungen der Verfassungsschutzbehörden gegenüber illegalem Technologietransfer (Proliferation) bzw. Wirtschaftsspionage konzentriert haben. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein berät Unternehmen, klärt über Umfang und Zielrichtung der Bedrohung auf und unterstützt bei der Auswahl geeigneter Abwehrmaßnahmen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die geheimschutzbetrente Wirtschaft des Bundes gerichtet, für die die Verfassungsschutzbehörde als Ansprechpartner vor Ort bei Verdachtsfällen oder Auffälligkeiten mit möglicherweise nachrichtendienstlichem Hintergrund zur Verfügung steht.

6 Geheimschutz und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Der Bereich des personellen und materiellen Geheim- und Sabotageschutzes stellt neben den originären Beobachtungsaufgaben eine Mitwirkungsaufgabe des Verfassungsschutzes dar, die im Landesverfassungsschutzgesetz und dem Landessicherheitsüberprüfungsgesetz verankert ist. Auf dem Gebiet des Geheimschutzes soll dabei durch ein breit angelegtes und abgestuftes Maßnahmenbündel sichergestellt werden, dass staatliche Verschlusssachen nicht Unbefugten zur Kenntnis gelangen. Hierzu zählen Beratungen der Landesbehörden, um die materielle und IT-Sicherheit dort gelagerter Verschlusssachen zu gewährleisten, sowie die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen von Personen in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit als „mitwirkende Behörde“.

Seit Beendigung des Ost-West Konfliktes Anfang der 1990er-Jahre wurde der Bestand an sicherheitsüberprüften Personen von seinerzeit deutlich über 5.000 Personen stark reduziert und beträgt derzeit noch 1.417 Personen, die zum qualifizierten Zugang zu Verschlusssachen im Bereich der Landesverwaltung Schleswig-Holstein ermächtigt sind. Im Rahmen von Personalfluktuation wurden 2007 insgesamt 141 Sicherheitsüberprüfungen mit jeweiliger Zustimmung der Betroffenen durchgeführt.

Um gegen terroristische Bedrohungen stärker gewappnet zu sein und um die Sicherheitslage der Bürgerinnen und Bürger in Bereichen besonderer Sensibilität noch weiter zu verbessern, hat der Gesetzgeber seit den Anschlägen des Jahres 2001 bereits bestehende Regelungen im Zuverlässigkeitsüberprüfungsrecht novelliert und ergänzt. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Schleswig-Holstein ist im Verfahren der Zuverlässigkeitsüberprüfung eine angefragte Stelle und war in dieser Funktion im Jahr 2007 an insgesamt 5.939 Anfragen in den Bereichen der Atom-, Luft- oder Hafensicherheit sowie des Sprengstoffgesetzes beteiligt.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die Zahl der in Schleswig-Holstein lebenden Rechtsextremisten hat sich mit etwa 1.410 Personen seit 2006 kaum verändert. Allerdings hat sich die Verteilung der Kräfte in den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen weiter verschoben. Damit setzt sich eine seit Jahren zu beobachtende Entwicklung fort. Der legalistisch geprägte Rechtsextremismus, der in erster Linie durch die „Deutsche Volksunion“ (DVU) repräsentiert wird, verliert immer mehr an Bedeutung. Die schon Mitte der 1990er-Jahre ausgelösten strukturellen Veränderungen haben nicht nur in Schleswig-Holstein dazu geführt, dass der aktionistisch geprägte Rechtsextremismus - hierunter fallen Neo-Nationalsozialisten, Subkulturelle sowie die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) - mittlerweile dominierend ist. Während 1995 nur etwa 25 % der in Schleswig-Holstein festgestellten Rechtsextremisten als aktionistisch zu bezeichnen waren, hat sich ihr Anteil nunmehr auf 75 % verdreifacht. Den weitaus größten Anteil hat daran allerdings die organisatorisch nicht gebundene rechtsextremistische Subkultur-Szene. Diese durch Fragmente der rechtsextremistischen Ideologie geprägte Szene ist zwar nur in wenigen Fällen fest in den organisierten, offenkundig verfassungsfeindlichen Gruppierungen verankert, stellt aber aufgrund der in ihrem Umfeld vielfach zu beobachtenden latenten Gewaltbereitschaft ein besonders hohes Gefahrenpotenzial dar. Die regionalen Schwerpunkte rechtsextremistischer Aktivitäten waren, wie schon in den Vorjahren, wiederum Veränderungen unterworfen. Nach wie vor gilt aber, dass es Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein schwerer fällt, in den größeren Städten auf Resonanz zu stoßen. Während es in den ländlichen Bereichen vermehrt Versuche gab, sich neu zu organisieren, ist es in den einstigen Hochburgen der Neo-Nationalsozialisten und der Subkultur-Szene im Randgebiet zu Hamburg eher ruhig geblieben.

Die wohl bedeutendste Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist, dass die NPD sich zur größten Organisation im Rechtsextremismus entwickelt hat. Dabei hat sie ihre Mitgliederzahl gegenüber 2006 nur unwesentlich um 200 auf etwa 7.200 erhöht. Durch den seit Jahren andauernden Mitgliederschwund bei der DVU gehören dieser Partei aber nur noch 7.000 Personen gegenüber 8.500 im Vorjahr an. Der vor Jah-

ren zwischen NPD und DVU geschlossene „Deutschlandpakt“ hat sich damit für die DVU nicht ausgezahlt. Aber auch der Aufwärtstrend der NPD hat sich im Berichtsjahr lediglich verhalten fortgesetzt. Die in der Vergangenheit erzielten relativen Erfolge bei Wahlen in einigen ostdeutschen Ländern ließen sich nicht auf westdeutsche Länder übertragen. Einen Beleg hierfür lieferten die Landtagswahlen im Januar 2008 in Hessen und Niedersachsen.

Auch in Schleswig-Holstein gelang es der NPD nicht, ihre Basis nennenswert zu verbreitern. Selbst eine im ersten Halbjahr zu beobachtende verstärkte öffentliche Präsenz konnte nicht durchgehalten werden. Frühzeitig zeichnete sich ab, dass es ihr in Schleswig-Holstein nicht gelingen würde, sich auch nur halbwegs flächendeckend an der Kommunalwahl am 25. Mai 2008 zu beteiligen. Dessen ungeachtet versuchte die Partei, durch Nutzung verschiedener Medien vor allem gegenüber ihrer inzwischen meist recht jungen Anhängerschaft das Bild einer starken Partei zu vermitteln. Als Propagandamittel hat die NPD nun auch in Schleswig-Holstein die Strategie der so genannten Wortergreifung verwendet. Diese zielt vor allem auf Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit ab. Durch häufigere Medienpräsenz erhofft sich die Partei eine verstärkte Beachtung. Bedingt durch die Größe des Landesverbandes und eine lediglich beschränkte Zahl von Parteimitgliedern, die über die für die Umsetzung der Strategie notwendigen Fähigkeiten verfügen, blieb es jedoch bei nur wenigen entsprechenden Versuchen. Auf größeres Interesse stießen diese dabei nur in den eigenen Reihen.

Dessen ungeachtet nimmt die NPD inzwischen eine nahezu als hegemonial zu bezeichnende Position im deutschen Rechtsextremismus ein. Insbesondere durch die Präsenz in zwei Landesparlamenten konnte sie ihren Parteiapparat stabilisieren und ihre Meinungsführerschaft festigen. Gelegentliche Querelen mit ihren den neo-nationalsozialistischen „Freien Nationalisten“ entstammenden Mitgliedern oder Bündnispartnern konnten diese Entwicklung bislang nicht ernsthaft gefährden. Einstige „Kameradschaftsführer“ räumen ihrer Tätigkeit als Funktionsträger der NPD jedenfalls in Schleswig-Holstein inzwischen einen höheren Stellenwert ein als ihr Engagement bei den „Freien Nationalisten“. Dementsprechend gingen von den „Freien Nationalisten“ 2007 auch keine bedeutenden eigenen Impulse aus. Aus einem Teil der vor

Jahren noch den Neo-Nationalsozialismus dominierenden „Kameradschaften“ sind inzwischen Kreisverbände der NPD geworden. In einigen Landesteilen bieten diese Kreisverbände sich, bisher noch mit geringem Erfolg, als organisatorische und ideologische Basis für die Politisierung der Subkultur-Szene an.

In Anbetracht der relativen Erfolglosigkeit der NPD in den westdeutschen Ländern und des dramatischen Bedeutungsrückgangs der DVU ist die Zukunft des Bündnisses aus NPD, DVU und „Freien Nationalisten“ nur schwer prognostizierbar. In den vergangenen Jahren waren allein die in den ostdeutschen Ländern errungenen Wahlerfolge als das verbindende Element des über eine große ideologische Spannweite reichenden Bündnisses anzusehen. Von der zukünftigen Position der DVU wird es abhängen, ob sie der NPD wieder bürgerliche Wählerschichten streitig machen wird. Außerdem wäre die NPD nicht nur in Schleswig-Holstein ohne die Unterstützung der eher dem offenen Neo-Nationalsozialismus zugeneigten Mitglieder deutlich in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigt.

Die vorläufige polizeiliche Straftatenstatistik weist für das Jahr 2007 einen merklichen Rückgang rechtsextremistischer Straftaten in Schleswig-Holstein aus. Die Gesamtzahl der Straftaten reduzierte sich von 510 im Jahr 2006 auf 440 Fälle im Jahr 2007. Dies entspricht einem Rückgang von knapp 14 %.

Die Zahl der registrierten Gewalttaten (ganz überwiegend Körperverletzungen) belief sich im Jahr 2007 auf insgesamt 59. Im Vergleich zu 2006 mit 65 Delikten in diesem Bereich bedeutet dies einen Rückgang um rund 9 %. Die sonstigen politisch motivierten Straftaten - größtenteils Propagandadelikte - beliefen sich im Jahr 2007 auf 381 Fälle. 2006 wurden noch insgesamt 445 Delikte verzeichnet, dies entspricht einer Verringerung um rund 14 %. Trotz des rückläufigen Trends liegt die Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten damit im Vergleich der letzten Jahre auf einem immer noch hohen Niveau.

2 Schwerpunkte

2.1 Die NPD und „das System“ - Die beharrliche Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates

„Natürlich lehnen wir das ‚System‘ ab. Natürlich wollen wir einen grundlegenden und radikalen Wandel der Verhältnisse. Nicht obwohl, sondern weil wir Demokraten sind. Der Trugschluß ist einfach, anzunehmen, die anderen seien auch welche.“

An Deutlichkeit nichts vermissend, lässt Landesvorstandsmitglied Jens Lütke in einem Namensartikel in der „Schleswig-Holstein-Stimme“ (Nr. 25, Seite 11) erkennen, dass sich die NPD unter ihrer Führung ein anderes gesellschaftliches und politisches System in Deutschland vorstellt.

Rechtsextremismus war über Jahrzehnte durch recht spektakuläre öffentliche Selbstdarstellung geprägt. Lautstark wurde die eigene extremistische Überzeugung in aller Öffentlichkeit kundgetan. Der Mitte der 1990er-Jahre propagierte „Kampf um die Straße“ stand noch vor wenigen Jahren im Mittelpunkt der verfolgten politischen Strategie. Öffentlichkeitswirksame Auftritte, nicht selten anhand möglichst großer Demonstrationen, waren bevorzugtes Propagandamittel. Entsprechende Auftritte gab es zwar auch im Berichtsjahr, sie haben aber an Bedeutung verloren.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der öffentlichen Verbotsdiskussion hat sich die Strategie der NPD aus taktischen Gründen mittlerweile geändert. Der Schwerpunkt des politischen Handelns liegt nunmehr beim „Kampf um die Wähler“. Zwar weist der deutsche Rechtsextremismus weiterhin in fast all seinen Erscheinungsformen Bezüge zum historischen Nationalsozialismus auf; gerade die NPD versucht aber zunehmend, durch zunächst „unverdächtige“ Themen politikfähig zu werden, um auf diese Weise die eigene Basis in der Bevölkerung zu verbreitern.

Auch in Schleswig-Holstein verfolgt die NPD eine Strategie, mit der eine Verschleierung der verfassungsfeindlichen Zielsetzung der Partei bezweckt wird (siehe dazu unter Nr. II 2.2). Gelegentliche „Ausrutscher“, wie das Eingangszitat, entstehen dabei in der Regel aber sehr bewusst. Hintergrund ist ein zweifaches Dilemma: Zum einen ist die Organisierung des Widerstandes eine „(...) geplante, systematische

und vom tiefen Herzen gewollte Bewegung“, und da wird das Herz dann auch all zu gerne auf der Zunge getragen. Zum anderen muss auch die junge neo-nationalsozialistische Anhängerschaft der NPD und deren Erwartungen immer wieder bedient werden, wenn verhindert werden soll, dass diese sich wieder abwendet. So überrascht es nicht, dass Lütke seiner eingangs zitierten Aussage folgende Sätze voranstellt:

„Die Strategie, sich als Nationalist verteidigend auf die Position zurückzuziehen, wir seien doch ‚eigentlich gar nicht so schlimm‘, ist fehl am Platze. Im Gegenteil: Natürlich sind wir schlimm für korrupte Bonzen und eine gekaufte Polit-Kaste. Natürlich ist die NPD kämpferisch.“

Aufgrund der erkennbar kulturevolutionären Strategie des modernen Rechtsextremismus spielt die Delegitimierung des gesellschaftlichen und politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland eine immer größere Rolle. Es ist offenkundig, dass als Endziel die parlamentarische Demokratie beseitigt werden soll, denn der Parlamentarismus steht im unüberbrückbaren Widerspruch zur Weltanschauung der Rechtsextremisten. Nur eine Woche, bevor der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs auf einer Vortragsveranstaltung am 10. März in Krempe (Kreis Steinburg) „(...) in einer mitreißenden Rede (...)“ Mitglieder der schleswig-holsteinischen NPD begeisterte, ließ er auf einer Kundgebung in Halbe (Brandenburg) an den von ihm verfolgten Zielen keine Zweifel:

„Das System, das sich BRD nennt, ist irreparabel. (...) Eine wirkliche Perspektive für die Zukunft kann diese BRD euch jungen Leuten niemals mehr bieten, liebe Freunde. Und, wenn man schon erkennt, als Mensch, der zumindest vernunftbegabt ist, wenn auch oft unvernünftig, dass das so ist, dann legitimiert sich daraus auch das Recht, ja sogar die Pflicht, das kaputt zu machen, was euch und uns kaputt machen will, meine sehr verehrten Damen und Herren. Lasst uns diese ganze verfaulte Republik unterwühlen. Lasst sie uns unterwühlen.“

Dementsprechend werden die demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig als Systemparteien oder Blockparteien bezeichnet, die den Verfassungsschutz als „Schild und Schwert der Zweiparteiendespotie“ benutzen. Kritische Kommentierungen allgemein-politischer Sachverhalte dienen den Rechtsextremisten dabei lediglich als Vehikel. Regelmäßig erkennbar geht es ihnen in die-

sen Fällen nicht um Kritik an der Sache, sondern um die Diskreditierung der Entscheidungsträger, um damit letztendlich wieder das durch freie Wahlen in ständigem Wandel befindliche parlamentarische System als ungeeignet darzustellen oder lächerlich zu machen. Mag die Verschleierung dieser Strategie auch mit großer Anstrengung verfolgt werden, zumeist entlarvt sich die Partei durch die Berichterstattung in NPD-eigenen Medien jedoch selbst.

In Schleswig-Holstein wird diese Absicht besonders in der regelmäßig vom NPD-Landesverband herausgegebenen Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ deutlich. Im Vorwort der Ausgabe Nr. 20 (Jan. - Feb. 2007) kommentiert der Landesvorsitzende Uwe Schäfer die Gesundheitsreform wie folgt:

„Mit der Eröffnung einer neuen Völkerwanderung (oder auch Völkerunterwanderung) wurde die ganze Misswirtschaft eingeleitet. Der Betroffene, der 30 oder 40 Jahre treu eingezahlt hat, wird jetzt noch einmal zusätzlich zur Kasse gebeten. (...) Man muß sich jedenfalls nicht wundern, wenn im Volksmund immer häufiger die Auffassung vertreten wird, dass man im Krankheitsfall lieber ein Asylant als ein Deutscher sein sollte. (...) Es fehlt zurecht das Vertrauen, daß hier Politik für den Bürger gemacht wird. Es handelt sich und das spürt jeder, um reine Parteipolitik, abhängig von persönlichen und Kapitalinteressen.“

Der stellvertretende Landesvorsitzende Ingo Stawitz kommentiert ebenfalls in dieser Ausgabe unter der Überschrift „Undemokratische ‚Gebietsreform‘“:

„Die Argumente der Gegner (...) sind so zahlreich und so stichhaltig, daß normale Bürger sich fragen, was denn mit den etablierten Landespolitikern los ist? Wir von der NPD wissen es! (...) Sie glauben die Probleme nicht anders als durch immer höhere Steuerlasten und Abgaben sowie immer mehr obrigkeitbedingte Willkür lösen zu können. Dabei verkennen sie, dass sie selbst das eigentliche Problem sind, (...).“

In der letzten im Berichtsjahr erschienenen Ausgabe der „Schleswig-Holstein-Stimme“ wird über eine Verteilung von Flugblättern in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn berichtet. Diese seien „in Briefkästen und wartende Hände“ gegeben worden „in der nicht unberechtigten Hoffnung, daß immer mehr Menschen

sich der Lügen und üblen Machenschaften der derzeit Herrschenden bewußt werden“.

Die Gleichsetzung der Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland mit dem DDR-Regime und das Bestreiten eines Wettbewerbs zwischen den demokratischen Parteien dienen ebenfalls der Diffamierung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung:

„Das Zweiparteiensystem der BRD hat einen ungeheuerlichen Vorteil gegenüber dem DDR-System. Die SED hatte niemanden, dem sie die Verantwortung für Bürokratie und Misswirtschaft in die Schuhe schieben konnte. (...) Die 5-%-Hürde dient der Stabilisierung des Systems. (...) Deshalb hat die 5-%-Hürde die Herrschaft von SPD und CDU inzwischen soweit zementiert, dass sich unser System bereits in der politischen Totenstarre befindet.“

Durch die Berichterstattung in der „Schleswig-Holstein-Stimme“ versucht die NPD, auch staatliche Funktionsträger persönlich zu diffamieren, indem sie diesen rechtswidriges Handeln unterstellt. Der damalige schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Ralf Stegner war, offensichtlich aufgrund seiner offensiv gegen Rechtsextremismus gerichteten Initiativen, wie schon im Vorjahr auch im Berichtsjahr wieder ein Ziel derartiger Angriffe. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Verabschiedung des schleswig-holsteinischen Polizeigesetzes wurde nicht nur dem Landtag und der Landesregierung verfassungswidriges Handeln unterstellt, sondern Dr. Stegner auch persönlich attackiert:

„(...) aber Innenminister Stegner scheren solche Bedenken recht wenig. Wir kennen seine extremistischen Positionen bereits aus vielen anderen Bereichen, (...).“

Bei öffentlichen Auftritten gab es Versuche, die demokratischen Parteien dadurch zu diskreditieren, dass ihnen die Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Linksextremisten unterstellt wurde. Beispielhaft ist ein Artikel des stellvertretenden Landesvorsitzenden Jörn Lemke, der unter anderem auf der Internet-Seite der Partei verbreitet wurde: Der Innenminister habe, so Lemke, regelmäßig durch „unqualifizierte Äußerungen“ und „dumpfe Hetze“ gegen die NPD für Schlagzeilen gesorgt. Linke fühlten sich

durch dessen Äußerungen beflügelt. Es sei der „klägliche Versuch, in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung ein linksextremes Wählerklientel zu bedienen“. Die Propaganda des Innenministers trage bereits erste Früchte. In Tarp bei Flensburg sei ein NPD-Mitglied von Hilfstruppen des Ministers eingeschüchtert worden.

Eine Gleichsetzung von Entscheidungen demokratischer Parteien mit diktatorischen Unrechtspogromen lässt auch ein Kreisvorsitzender in einem Artikel in der zum Jahresende erschienenen Ausgabe Nr. 25 der „Schleswig-Holstein-Stimme“ erkennen, indem er dort einen Parteitagsbeschluss der SPD zur NPD mit den Worten „Stalin lässt grüßen!“ kommentiert.

Im Vorwort dieser Ausgabe nimmt auch der Landesvorsitzende Uwe Schäfer die öffentliche Diskussion über die rechtsextremistische Bedrohung zum Anlass für eine erneute Diffamierung staatlicher Institutionen:

„Und noch eine Frage stellt sich angesichts des Theaters: Ist ein Staat noch ein freiheitlicher Rechtsstaat, wenn Verhältnisse herrschen wie bei der Christenverfolgung im alten Rom?“

Wenngleich die Partei öffentlich nicht zugibt, was sie anstelle des verhassten freiheitlichen Rechtsstaates setzen will - dadurch, dass sie immer wieder das durch die Verfassung festgelegte parlamentarische und demokratische System und dessen Repräsentanten als Ursache aller angeblichen Missstände beschreibt, lässt sie an ihrer systemverändernden Absicht keine Zweifel.

2.2 Tagespolitik und dumpfe Parolen - Die Doppelstrategie der NPD in Schleswig-Holstein

Obwohl die NPD innerhalb des rechtsextremistischen Lagers inzwischen eine Führungsposition erlangt hat, ist es ihr in den vergangenen Jahren mit Ausnahme punktueller Wahlerfolge in ostdeutschen Bundesländern nicht gelungen, ihren Stimmenanteil bei Wahlen deutlich zu erhöhen. Einer der Gründe für die wenigen Erfolge war die Thematisierung so genannter sozialer Themen. In Schleswig-Holstein war der Partei allerdings mit dieser Taktik in den letzten Jahren nur wenig oder gar kein Erfolg beschieden. Die wesentlichen Gründe für die ausgebliebenen Erfolge dürften in

der mangelnden Akzeptanz von Funktionsträgern der Partei in der Bevölkerung, aber auch in fehlender Präsenz in den kommunalen Parlamenten des Landes liegen. Dies hat die schleswig-holsteinische NPD auch selbst erkannt und entsprechend reagiert: Nahezu alle öffentlichen Aktivitäten im Berichtsjahr zielten darauf ab, eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen. Durchweg bemühten sich die hiesigen Aktivisten, sich durch das Aufgreifen verschiedener, unverfänglicher tagespolitischer Themen als wahre Interessenvertretung der Bevölkerung, insbesondere der „kleinen Leute“ zu präsentieren.

Mit einer derart „verbürgerlichten“ Strategie können die Erwartungen der in weiten Teilen neo-nationalsozialistisch geprägten Parteibasis der NPD nicht dauerhaft erfüllt werden. Diese oftmals der Subkultur-Szene entstammenden Mitglieder drängen auf „traditionelle“ rechtsextremistische Aktivitäten. Ihrem Bedürfnis entsprach die Partei auf zweierlei Weise:

- Nicht-öffentlich fand eine Reihe von Aktivitäten statt, die von Parteimitgliedern als „Privatveranstaltungen“ deklariert wurden. Beispiele sind Geburtstags- und Sonnenwendfeiern, aber auch so genannte Stammtische und Kameradschaftsabende. Zugänglich waren diese in der Regel lediglich mit einer persönlichen Einladung. Auf diesen Veranstaltungen brauchen die Teilnehmer aus ihrer rechtsextremistischen, verfassungsfeindlichen Gesinnung keinen Hehl zu machen.
- Öffentlich versuchten dagegen die vielfach aus dem neo-nationalsozialistischen Milieu entstammenden Funktionäre der NPD, bei Veranstaltungen mit offenkundigen Bezügen zum historischen Nationalsozialismus die Partei dadurch zu entlasten, dass sie als „Freie Nationalisten“ auftraten. Ein Beispiel hierfür ist die Anmeldung einer überregional beworbenen Demonstration in Lübeck. So trat der Anmelder nicht in seiner Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, sondern als Privatperson und damit nach Szene-Verständnis als „Freier Nationalist“ auf.

Dennoch gelang es der Partei nicht, ihre revisionistische, pro-nationalsozialistische Haltung völlig zu verschleiern. Beispielhaft ist die glorifizierende Berichterstattung

über eine in Schleswig-Holstein durchgeführte Ersatzveranstaltung für eine ausgefallene „deutschlandweite Gedenkveranstaltung zum 20. Todestag des Friedensfliegers Rudolf Heß“:

„Dieses System ließ jedoch nichts unversucht, um ein öffentliches Gedenken zu verhindern. (...) Eine Gruppe nationale Aktivisten aus Schleswig-Holstein traf sich am frühen Sonnabend morgen in der Hoffnung an einer Mahnwache zum Gedenken an Rudolf Heß in Hamburg teilnehmen zu können. (...) Angemeldete Versammlungen können zwar durch diesen Staat verboten werden, ein Gedenken an einen 46 Jahre inhaftierten Mann, der im Alter von 93 Jahren durch den Britischen Geheimdienst feige ermordet wurde, kann auch der mächtigste Staatsapparat nicht verhindern.“

Ganz überwiegend versuchte die Partei aber, in der Öffentlichkeit offenkundig extremistische und verfassungsfeindliche Darstellungen zu vermeiden. Um das Interesse der Bevölkerung und nicht zuletzt der Medien zu wecken, widmete sich der schleswig-holsteinische Landesverband der Partei daher, wie schon im Vorjahr, wieder zahlreichen allgemein- oder regionalpolitischen Themen. Der Kreisverband Lübeck/Ostholstein bezeichnete die derartige Vorgehensweise als Kampagne „Bürger Nähe - Nationaldemokraten zeigen Gesicht“.

Als Propagandamittel dienten dabei in erster Linie die Internet-Seiten der verschiedenen Kreisverbände, aber auch zu diesem Zweck erstellte „Bürgerzeitungen“. In einer sich zeitgemäß gebenden NPD versuchten die Aktivisten, sich außerdem durch Informationsstände in kleineren Gemeinden als integraler Bestandteil der örtlichen politischen Landschaft zu präsentieren. Allerdings konnte dieser direkte Kontakt zur Bevölkerung aufgrund der nach wie vor dürrtigen Personaldecke in Schleswig-Holstein nur vereinzelt realisiert werden. Im zweiten Halbjahr nahmen die öffentlichen Aktivitäten sogar wieder ab.

Neben regional- und wirtschaftspolitischen Kommentaren gab es vermehrt Beiträge zu landespolitischen Themen, den Folgen der Globalisierung und anderen gegenwartsbezogenen Bereichen. Dabei waren nahezu alle gewählten Themen durchaus geeignet, sie in den politischen Dialog mit demokratischen Kräften einzubringen.

Die tatsächliche Zielrichtung vordergründig „unverdächtiger“ Beiträge erschließt sich jedoch bei genauerer Betrachtung. Die jeweiligen Einlassungen der NPD lassen regelmäßig deren rechtsextremistische Intention erkennen:

- So die Unterstützung eines Bewerbers für die Landratswahl im September im Kreis Nordfriesland. Die „Schleswig-Holstein-Stimme“ nannte als „wichtige Wahlkampfthemen und Ziele“ die „sofortige Schließung des linksextremistischen ‚Kulturzentrums Speicher‘ in Husum sowie die Einstellung der finanziellen Förderung durch Stadt und Kreis“ und „Überfremdung in Nordfriesland sofort stoppen“.
- Die Berichterstattung über eine mit der Forderung „Todesstrafe für Kindermörder“ überschriebene Propagandaaktion des Kreisverbandes Nordfriesland ließ neben der Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe in dem mit den Worten „denn deutsche Kinder sind unsere Zukunft“ endenden Artikel erkennen, dass es der Partei hier lediglich um den Schutz deutscher, nicht aber auch ausländischer oder eingebürgerter Kinder geht.
- Auch die Kommentierung eines ähnlichen Themas durch den Kreisverband Lübeck/Ostholstein, in der die als zu milde empfundene Bestrafung eines Sexualdeliktes zum Nachteil eines Kindes kritisiert wird, lässt über die wahren Absichten der Partei keine Zweifel aufkommen:

„Dafür ist eine radikale Umkehr der politischen Verhältnisse nötig, welche diesem System eine neue Werteordnung entgegensetzt. Es müssen die sittlichen, kulturellen, nationalen und sozialen Grundlagen für eine gesunde Volksgemeinschaft geschaffen werden.“

- Selbst bei den Einlassungen zu verkehrspolitischen Planungen, wie der Brücke über den Fehmarnbelt, die von der NPD mehrfach in Informationsständen thematisiert wurde, verfallen die Verfasser in die bekannten, gebetsmühlenartig vorgebrachten Argumente der Rechtsextremisten:

„Die Sorge der Fehmaraner über die bevorstehende ökologische und ökonomische Katastrophe ihrer Insel, durch die geplante Fehmarnbelt-Querung nach Dänemark, wurde in der Vergangenheit von den Blockparteien nur belächelt und verhöhnt. Ein Paradebeispiel für eine nur suggerierte Herrschaft des Volkes, die sogar auf kommunaler Ebene längst ihre Bodenhaftung verloren hat. Gewissenlos werden hier fatale Fehlentscheidungen für die Menschen in der Region nicht nur über die

Köpfe hinweg, sondern sogar bedenkenlos gegen den Willen der Bevölkerung gefällt. Das immer wieder so betonte Aushängeschild stets demokratisch zu sein und zu handeln, wird hier wieder einmal durch die Frage, wessen Interessen diese ‚Volkvertreter‘ eigentlich vertreten ad absurdum geführt.“

(Internet-Seite des NPD-Kreisverbandes Lübeck/Ostholstein)

- Der im Juni in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) durchgeführte Weltwirtschaftsgipfel wurde von der NPD unter anderem zum Anlass für bundesweit koordinierte Informationsstände, überwiegend in Kleinstädten, genommen. Es kann kaum verwundern, dass in einem Aufruf zu einer Demonstration am 2. Juni in Schwerin („Sozial statt Global - Gib 8“) neben der Kritik an der Globalisierung („die nur den Herrschenden und Reichen nutzt“) unter anderem die „Rückführung der nicht integrierbaren Ausländermassen“ als Gegenmittel propagiert wurde („Schleswig-Holstein-Stimme“ Nr. 22).
- Erwartungsgemäß sind von der NPD auch 2007 wieder die Folgen der Änderung des nicht unumstrittenen Landesschulgesetzes aufgegriffen worden. Bei der Kommentierung der Errichtung der ersten Regionalschule im Land verfiel der hierfür verantwortliche Kreisverband Kiel/Plön ungewöhnlich durchsichtig in die klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmuster, die nach wie vor von einer jüdischen Weltverschwörung ausgehen: Die Entscheidung, die Regionalschule in Schleswig-Holstein einzuführen, werde mit hoher Wahrscheinlichkeit den allgemeinen Bildungsstandard an den Schulen im Lande noch weiter absenken. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die politisch Verantwortlichen eine zunehmende Unwissenheit in der Bevölkerung wünschen:

„Bereits Ende der 1930-er Jahre - noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs - wurden von der ‚Frankfurter Schule‘ aber auch von einflußreichen Kreisen in den USA eine Umerziehung und Reduzierung des Bildungsniveaus in Deutschland angeregt. Der ‚Morgenthau-Plan‘ wäre ohne Verringerung des allgemeinen Wissenstands in Deutschland gar nicht möglich gewesen. Die mit der Regionalschule verbundene weitere Senkung des Bildungsstands in der Bevölkerung liegt also durchaus im Interesse unserer ehemaligen Kriegsgegner. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die ‚Feindstaatenklausel‘ der UNO gegen Deutschland noch immer besteht.“

Sicher haben nicht nur einige unserer ehemaligen Kriegsgegner ein Interesse an der Verblödung des Deutschen Volkes, sondern es nutzt auch den international tätigen Großkonzernen. Menschen mit geringer Bildung können sich schwerer gegen ihre Ausbeutung zur Wehr setzen, als Personen, die auf Grund ihrer Bildung und ihres Wissens in der Lage sind, die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu erkennen.“

In der antisemitischen Propaganda, insbesondere von Neo-Nationalsozialisten, wird gern über die angeblich betriebene Umsetzung des von US-Finanzminister Henry Morgenthau aus dem Jahr 1944 stammenden gleichnamigen Planes berichtet. Dessen Durchführung hätte nach dem Krieg in der Tat die weitgehende Auflösung Deutschlands zur Folge gehabt. Bekanntlich ist dieser Plan nie ernsthaft verfolgt worden, wurde aber schon während des Krieges von den nationalsozialistischen Machthabern für antisemitische Propaganda genutzt. Goebbels und Hitler hatten den „jüdischen Mordplan“ zur „Versklavung Deutschlands“ mit so großem Erfolg für ihre Durchhaltepropaganda benutzt, dass bei vielen der Eindruck entstand, das Programm habe tatsächlich zur Debatte gestanden. In der rechtsextremistischen Publizistik spielt der Morgenthau-Plan diese Rolle bis zum heutigen Tag.

Wegen der Durchsichtigkeit der von der NPD vorgetragenen Argumente, die von den hinlänglich bekannten rechtsextremistischen Phrasen der Vergangenheit nicht abweichen, ist es der Partei auch im Jahr 2007 nicht gelungen, ihre Anhängerschaft außerhalb der rechtsextremistischen Klientel zu vergrößern. Die dessen ungeachtet euphorische Berichterstattung in den NPD-Medien dient dazu, die meist junge Anhängerschaft für weitere Aktivitäten zu motivieren.

2.3 Subkultur- und Musik-Szene im Wandel

Die Skinhead-Szene hatte ihre Anfänge Ende der 1960er-Jahre in Großbritannien. Sie entwickelte sich als eine „Bewegung von unten“ und war ein Synonym des jugendlichen Arbeiterprotestes gegen soziale Missstände und Arbeitslosigkeit. Durch szenetypische Kleidung und Frisur (Springerstiefel, Bomberjacke, Glatze etc.) grenzte sie sich von anderen Subkulturen sowie von der „bürgerlichen“ Gesellschaft ab. In

ihrer Freizeit besuchten die zunächst unpolitischen Skinheads gemeinsam Konzerte oder Fußballspiele.

Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre nutzten rechtsextremistische Organisationen die schlechte wirtschaftliche Lage Großbritanniens zur Anpolitisierung der Szene. Fremdenfeindliche Gewalttaten richteten sich insbesondere gegen Immigranten aus Commonwealth-Staaten, die zu jener Zeit für schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht wurden.

Im Laufe der Zeit entwickelten sich in der Skinhead-Subkultur jedoch unterschiedliche politische Strömungen. Die Mehrzahl der heutigen Skinheads ist rechtsextremistisch eingestellt. Daneben gibt es auch eine geringe Anzahl politisch „links“ oder „linksextremistisch“ zu bewertender Skinheads, die so genannten Red-Skins sowie die „Sharp-Skins“, sowie einen weiteren Teil unpolitischer Skinheads („Oi!-Skins“), die sich auf die Ursprünge der Skinhead-Bewegung (spaß- und aktionsorientierte Lebenshaltung) berufen.

Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre konnten auch in Deutschland, vornehmlich in räumlicher Nähe britischer Militärstützpunkte, die ersten Skinheads festgestellt werden. Seit Anfang der 1990er-Jahre bilden rechtsextremistische Skinheads die zahlenmäßig größte Gruppe der gewaltbereiten Rechtsextremisten in Deutschland. Nach der Wiedervereinigung lag der Schwerpunkt der Szene in den östlichen Bundesländern.

Der größte Teil der rechtsextremistischen Subkultur verfügt über kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. Die Haltung der Skinheads ist geprägt durch unterschiedliche Versatzstücke diffuser nationalistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Einstellungsmuster.

Der seit einigen Jahren festzustellende Wandel im äußeren Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Subkultur hatte auch im Berichtsjahr Bestand. Bomberjacke und Springerstiefel werden auch in Schleswig-Holstein immer weniger getragen und modische Elemente anderer Jugend-Szenen übernommen.

Einhergehend mit dieser Entwicklung ist festzustellen, dass die Besucher der 2007 in Schleswig-Holstein veranstalteten rechtsextremistischen Skinhead-Konzerte nicht ausschließlich der Skinhead-Szene zuzurechnen sind. Unter ihnen befanden sich auch Angehörige anderer Subkulturen (Hooligan-, Rocker-, Metal-Szene etc.).

Zudem hat sich in den letzten Jahren das Spektrum der rechtsextremistischen Musik erweitert. Hard Rock war und ist der dominante Musikstil der Szene, jedoch wird mit zunehmender Tendenz Hardcore- (szeneintern „Hatecore“: aggressiver Stil mit kaum verständlichen Texten) sowie Black-Metal-Musik (Anlehnung an heidnische Mythen) gehört.

Auch wenn die Modifizierungen im äußeren Erscheinungsbild sowie in den Musikrichtungen einen Wandel innerhalb der Szene bewirken, so ist die allgemeine Bedeutung der Musik weiterhin eindeutig; sie verbindet und stärkt das „Wir-Gefühl“ der rechtsextremistischen Subkultur:

„Die Szene definiert sich nur über Musik, nicht über politische Inhalte oder eine gefestigte Ideologie. Nimm der Szene die Musik, und sie ist tot.“

(Zitat aus dem rechtsextremistischen „Hatecore-Forum“, Internet-Einstellung vom 8. August 2004)

Untermuert wird der Stellenwert der Musik für die über 700 latent gewaltbereiten schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Skinheads durch die Anzahl der 2007 durchgeführten Musikveranstaltungen. Bundesweit fanden 2007 152 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2006: 163). In Schleswig-Holstein wurden sieben Konzerte durchgeführt (2006: zwei). Neben einer Veranstaltung in Norderstedt (Kreis Segeberg) am 17. Februar wurden sechs Konzerte in einer ehemaligen Gaststätte in Neufeld (Kreis Dithmarschen) veranstaltet, wobei das letzte am 5. Mai von der Polizei aufgelöst wurde.

- 6. Januar, Neufeld, rund 60 Teilnehmer, eine Band und ein Liedermacher

- 20. Januar, Neufeld, rund 150 Teilnehmer, drei Bands (davon zwei rechtsextremistische)
- 17. Februar, Norderstedt, rund 150 bis 200 Teilnehmer, vier Bands
- 17. März, Neufeld, rund 150 bis 180 Teilnehmer, drei Bands
- 31. März, Neufeld, rund 350 Teilnehmer, vier Bands
- 21. April, Neufeld, rund 120 Teilnehmer, fünf Bands
- 5. Mai, Neufeld, rund 180 Teilnehmer, geplanter Auftritt von vier Bands, Auflösung nach Auftritt der zweiten Band

Zudem wurde von der Polizei ein am 21. April geplantes Konzert in Kosel (Kreis Rendsburg-Eckernförde) im Vorfeld verhindert. Die Veranstaltung mit rund 80 Teilnehmern wurde aufgelöst.

Rechtsextremistische Liedermacher traten bundesweit bei 31 Liederabenden auf (2006: 29). In Schleswig-Holstein wurden 2007 zwei Liederabende bekannt (2006: drei), beide im „Club 88“ in Neumünster.

Bei den sonstigen Musikveranstaltungen, bei denen nach der Intention der Organisatoren nicht die musikalische Darbietung, sondern die übergeordnete Rahmenveranstaltung im Vordergrund steht, sind bundesweit im Berichtsjahr 72 Darbietungen bekannt geworden (2006: 75). In Schleswig-Holstein konnten 2007 zwei derartige Veranstaltungen verzeichnet werden:

- 29. September, Neumünster, Feier anlässlich des 11. Geburtstages des „Club 88“, Auftritt eines Liedermachers
- 15. Dezember, Kosel, Sonnenwendfeier, Auftritt von zwei Liedermachern

		2003	2004	2005	2006	2007
Rechtsextremistische Skinhead-Konzerte	Bund	119	137	193	163	152
	Land	2	4	2	2	7
Rechtsextremistische Liederabende	Bund	33	42	52	29	31

	Land	0	12	9	3	2
Skinhead-Bands und Liedermacher	Bund	24	38	47	75	72
bei sonstigen Veranstaltungen	Land	0	2	8	2	2

Bundesweit sind mehr als 130 Bands und rund 20 Liedermacher aktiv. Hierzu zählten 2007 vier rechtsextremistische Skinhead-Musikgruppen aus Schleswig-Holstein:

- „Einherjer“ aus dem Raum Lübeck trat 2007 lediglich sporadisch auf und ist bundesweit kaum bekannt.
- „Das letzte Aufgebot“, ebenfalls örtlich dem Bereich Lübeck zuzuordnen, ist eine Nachwuchs-Band, die Ende 2006 bekannt wurde und im Berichtsjahr vier Auftritte hatte, davon drei in Neufeld.
- Die „Holsteiner Wölfe“ aus dem Raum Ratzeburg (Kreis Herzogtum Lauenburg) bestehen aus fünf rechtsextremistischen Skinheads. Die Anfang 2007 gegründete Band ist im Fokus der bundesdeutschen Bands als unbedeutend anzusehen.
- Die ostholsteinische Band „Words of Anger“ ist die bekannteste und aktivste Gruppe in Schleswig-Holstein. In 2007 wurden Auftritte im In- sowie im europäischen Ausland bekannt. Zudem gab die Band eine weitere eigene CD heraus und war an verschiedenen Samplern beteiligt.

Unter den aktiven rechtsextremistischen Liedermachern befinden sich zwei Schleswig-Holsteiner; einer stammt aus dem Kreis Steinburg, der andere ist im Kreis Ostholstein wohnhaft.

Die Zahl der rechtsextremistischen Skinhead-Vertriebe in Deutschland belief sich in 2007 auf rund 90 bis 100 Unternehmen (2006: 80 bis 90). In Schleswig-Holstein sind Vertriebe/Ladengeschäfte in Kiel, Eckernförde (Kreis Rendsburg-Eckernförde), Lägerdorf (Kreis Steinburg) und Tornesch/Seestermühle (Kreis Pinneberg) vorhanden.

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

3.1.1 Entwicklung und Organisation

Die NPD hat sich unter der Führung ihres Parteivorsitzenden Udo Voigt wieder zur dominierenden Kraft im Rechtsextremismus entwickelt. Das wird auch an der Ent-

wicklung ihrer Mitgliederzahlen deutlich. Mit 7.200 Mitgliedern ist sie Jahrzehnte nach ihren Erfolgen in den 1960er-Jahren wieder die größte rechtsextremistische Organisation. Zurückzuführen ist das allerdings nicht nur auf den Mitgliederzuwachs von etwa 200 Personen gegenüber 2006, sondern auch auf den Bedeutungsverlust der „Deutschen Volksunion“ (DVU). In Schleswig-Holstein hat die NPD nach wie vor etwa 240 Mitglieder. Der so genannte Deutschlandpakt - das seit Herbst 2004 existierende Bündnis aus Nationaldemokraten, „Freien Nationalisten“ und der DVU - besteht weiterhin. Sichere Prognosen über dessen Zukunft gibt es nicht. Die Grundlage für die von der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern erzielten Wahlerfolge bildete bekanntlich dieses zwischen den Vorsitzenden der DVU, Dr. Gerhard Frey, und der NPD, Udo Voigt, geschlossene Wahlabkommen, das eine Konkurrenz bei Wahlen ausschließt. Allerdings zahlte sich das zunächst als „Volksfront von rechts“, später als „Deutschlandpakt“ firmierende Bündnis bislang ausschließlich für die NPD aus. Bei der DVU war der Bedeutungsverlust dagegen unübersehbar. Die Beweggründe, die den autokratisch agierenden Vorsitzenden und Gründer der DVU zu dieser Zusammenarbeit bewogen haben, sind weiterhin unklar. Jedenfalls dürfte eine erneute etwaige Konkurrenz mit der DVU bei den Wahlen die Erfolgsaussichten der NPD verschlechtern. Zudem gibt es weiterhin in Kreisen führender „Freier Nationalisten“ kritische Stimmen. Nicht nur in Schleswig-Holstein ist die NPD aber auf die neo-nationalsozialistische Unterstützung angewiesen.

In Schleswig-Holstein ist die Partei in sechs Kreisverbänden organisiert. Aufgrund ihrer Mitgliederzahl fiel es der NPD erneut schwer, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchzuführen. Lediglich bei drei geschlossenen Saalveranstaltungen war es möglich, um die 100 Personen zu mobilisieren. An Aktivitäten anderer rechtsextremistischer Organisationen bzw. Organisatoren, wie z. B. bei der im März in Lübeck durchgeführten Demonstration „Bomben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ oder bei der Demonstration „Schluss mit der Repression gegen den Club 88“ in Neumünster im November nahmen wiederum auch vermehrt NPD-Mitglieder teil. Gleiches gilt für bundesweite Veranstaltungen, wobei sich hier der Teilnehmerkreis in der Regel auf wenige Personen beschränkte.

Das bundesweite Presseorgan der NPD ist die „Deutsche Stimme“, die monatlich an alle Mitglieder versandt wird. In Schleswig-Holstein gibt der Landesverband im Abstand von zwei Monaten zudem die „Schleswig-Holstein-Stimme“ heraus, die oftmals Artikel enthält, die bereits auf den Internet-Seiten der Partei veröffentlicht wurden. Inhaltlich enthalten die Ausgaben der „Schleswig-Holstein-Stimme“ sowohl allgemein-politische Themen als auch Informationen aus den Kreisverbänden zu Wahlen oder Aktivitäten. Weiterhin werden in einigen Regionen so genannte Bürgerzeitungen herausgegeben, die vor allem lokale Themen aufgreifen. Im Internet sind sowohl der Landesverband als auch die Kreisverbände mit eigenen Seiten vertreten.

3.1.2 Öffentliche Präsenz

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand zu Beginn des Berichtszeitraums vor allem die verstärkte öffentliche Präsenz. Im Rahmen der so genannten Wortergreifungsstrategie wollte die Partei darüber hinaus das Interesse der Medien wecken. Die tatsächlichen Aktivitäten zeigten im Laufe des Jahres, dass zwischen den der Anhängerschaft verkündeten Zielen und der Wirklichkeit aber nach wie vor eine große Lücke klafft. Soweit die Partei an die Öffentlichkeit ging, versuchte sie wiederum, durch „moderne“ Themen ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung zu verschleiern. Kritik an Schulpolitik, Verwaltungsstrukturreform, Ladenschluss, der Planung einer Brücke über den Fehmarnbelt oder Kritik am Herrentunnel in Lübeck sowie der Aufruf zum Kampf gegen Kinderschänder konnten für sich betrachtet nicht als extremismusverdächtig bezeichnet werden. Das galt ebenso für die Kritik an der Mehrwertsteuererhöhung oder den negativen Folgen der Globalisierung. Alle Themen erschienen grundsätzlich geeignet, sie in den politischen Dialog einzubringen. Dennoch gelang es der NPD bislang nicht, in Schleswig-Holstein außerhalb der eigenen Klientel Gehör zu finden.

Die Thematisierung des G8-Gipfels in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) im Juni lieferte im ersten Halbjahr den Themenschwerpunkt für die Partei. Die NPD gerierte sich im Vorfeld des Gipfels als Vertreter der sozial benachteiligten und ordnungsliebenden Deutschen, indem sie die hohen Kosten des G8-Gipfels im Angesicht von „Hartz IV“ und des von ihr behaupteten wirtschaftlichen Niedergangs in

Teilen der Bundesrepublik anprangerte oder in Szenarien das Bild von randalierenden, außer Kontrolle geratenen Linken zeichnete. Mit der Internet-Seite „gib8“ wurde eigens eine Mobilisierungs-Seite zur angekündigten Demonstration am 2. Juni in Schwerin eingerichtet. Die NPD wollte an diesem Tag eine eigene Demonstration unter dem Motto „Nein zum G8-Gipfel - Für eine Welt Freier Völker“ in Rostock durchführen. Die Kritik der NPD an der Globalisierung richtete sich dabei gegen die aus ihrer Sicht negativen Auswirkungen für die nationale Identität und das deutsche Volk. Zudem übte sie Kritik am System der freien Marktwirtschaft, das sie als asozial brandmarkte, sowie an der Politik der acht mächtigsten Industriestaaten. Die Demonstration wurde letztendlich verboten, was die NPD nicht davon abhielt, kleinere einzelne Demonstrationen, unter anderem in Lauenburg und Lüneburg (Niedersachsen), abzuhalten. Eine Woche später (7. Juni) meldete dann die Fraktion der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine weitere Kundgebung in Rostock unter dem Motto „Für Meinungs- und Versammlungsfreiheit! Nein zu Gewalt“ an. Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender, ließ hierzu verlauten:

„(...) Wir dürfen es nicht zulassen, daß die alte Hansestadt Rostock völlig den Linken überlassen wird. Ferner müssen wir der Weltöffentlichkeit zeigen, daß es in Deutschland einen inhaltlich qualifizierten Widerstand aus nationaler Sicht gegen die Globalisierung gibt. Letztlich wollen wir wissen, ob das Versammlungsrecht in der BRD nur noch für linke Gewalttäter gilt?“

Nachdem auch diese Demonstration verboten wurde, bezeichnete die NPD die Verbotsverfügung in mehreren Pressemitteilungen als „Kapitulationserklärung des BRD-Systems“ und kündigte an, im Hinblick auf künftige Demonstrationen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen. Auch in dieser Erklärung wird die gegenwärtig planmäßig betriebene Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates allzu deutlich.

Die von der Parteiführung geplanten bundesweiten Aktionstage zum G8-Gipfel führten auch in Schleswig-Holstein zu verstärkter Präsenz in der Öffentlichkeit. So gab es am 9. Juni gleichzeitig Informationsstände in Plön, Kropp (Kreis Schleswig-Flensburg), Marne (Kreis Dithmarschen), Ahrensböök (Kreis Ostholstein), Norderstedt (Kreis Segeberg), Uetersen (Kreis Pinneberg) und Wentorf (Kreis Herzogtum Lau-

enburg). Die Vielzahl der Veranstaltungen sollte eine tatsächlich gar nicht vorhandene Stärke der Partei suggerieren. Dementsprechend stand der in Plön durchgeführte Stand parteiintern unter dem Motto „Sehen und gesehen werden“. Die NPD stellte diese Aktionen wie üblich als „erfolgreiche Veranstaltungen“ dar, die belegten, dass die NPD „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen sei. – Bislang handelt es sich hierbei um reines Wunschdenken der Parteiführung. Der tatsächliche Zuspruch für die Partei in Schleswig-Holstein zeigte sich zuletzt bei der Landratswahl in Nordfriesland im September deutlich, als der von der NPD unterstützte Kandidat trotz geringer Wahlbeteiligung lediglich 2,33 % der abgegebenen Stimmen erhielt. Die Wertung der NPD diene offenkundig nur dazu, die eigenen Aktivisten zum Durchhalten zu ermuntern:

„Auch wenn wir ahnten dass wir chancenlos sind, zeigt es uns doch, daß die NPD auch im nördlichsten Teil unseres Landes enormes Potential hat! Nicht alle Menschen in Nordfriesland glauben der anhaltenden Medienhetze und machen sich ihr eigenes Bild von der NPD!“

Es ist offenkundig, dass die Partei derzeit zumindest in den westdeutschen Bundesländern politisch nicht gesellschaftsfähig ist. Die letzte Bestätigung hierfür erbrachte die nach dem Ende des Berichtszeitraumes am 27. Januar 2008 durchgeführte Landtagswahl in Niedersachsen, bei der die NPD trotz eines intensiv geführten Wahlkampfes lediglich 1,5 % der abgegebenen Stimmen erzielte.

3.1.3 NPD und Neo-Nationalsozialisten

Obwohl zahlreiche Neo-Nationalsozialisten inzwischen mit Funktionen in der NPD betraut sind, ist ihr Verhältnis zur Partei nach wie vor nicht frei von Spannungen. Bislang haben die in den vergangenen Jahren in einigen ostdeutschen Ländern erzielten Wahlerfolge der NPD diesen Konflikt aber verdeckt. Das mitunter gespannte Verhältnis zwischen der NPD und den „Freien Nationalisten“ wurde 2007 durch eine am 16. August veröffentlichte Erklärung des NPD-Präsidiums mit dem Titel „Unsere Fahnen sind schwarz - unsere Blöcke nicht!“ wieder einmal offenkundig. Die NPD-Parteispitze distanzierte sich von dem „bisher nur von linksradikalen/antifaschistischen Demonstrationen bekannte(n) Phänomen des >>Schwarzen Blocks<<“ der „Autonomen Nationalisten“ (siehe dazu unter Nr. II 3.3.3) und sprach sich „in aller

Deutlichkeit“ gegen „derartige anarchistische Erscheinungsformen“ aus. Nach der Devise <<Qualität statt Quantität<< sei man - auch auf die Gefahr hin, künftig geringere Teilnehmerzahlen bei parteieigenen Demonstrationen hinnehmen zu müssen - nicht bereit, sich diesem politischen Zeitgeistphänomen anzupassen. Man müsse den Kreislauf der Stigmatisierung durchbrechen und dürfe nicht länger zulassen, dass Demonstrationen zur Eigendarstellung einzelner Teilnehmer bzw. Gruppen missbraucht würden. Zumindest über die Gesamterscheinung sollte die NPD zeigen, dass sie „die Mitte des Volkes, das wahre Deutschland und dessen Zukunft“ repräsentiere. Die Reaktionen bei den „Freien Nationalisten“ reichten von strikter Ablehnung bis hin zu einem gewissen Verständnis für die Position der NPD. Bei Kritikern der Partei wurde deren Erklärung in Teilen nicht nur als Kritik an der Aktionsform des „Schwarzen Blocks“, sondern auch als Angriff auf die neo-nationalsozialistische Weltanschauung gewertet. Auf der Internet-Seite „widerstandnord.com“ erschien unter anderem ein Artikel mit dem Titel „Widerstand ./ NPD-Parteipräsidium: Keine Ausgrenzung von nationalen Demonstranten!“. Hier hieß es unter anderem:

„Die Erklärung des NPD-Parteipräsidiums ist eine offene Ausgrenzungspolitik. Das hat leider Tradition in reaktionären Führungszirkeln der NPD. Früher waren es mal die Skinheads, dann sog. Neonazis, dann freie Nationalisten, nun autonome Nationalisten. (...) Die Parteiführung setzt mit dieser öffentlichen Ausgrenzung ihre widersprüchliche Gesamthaltung fort. Einerseits möchte die Parteiführung gerne alles und jeden vereinnahmen, was für ihre politischen Zwecke nützlich sein kann, andererseits hat die NPD schon immer das Bestreben gehabt, sich von vermeintlichen Schmutzkindern und szenischen Erscheinungsformen zu distanzieren, um ihre vermeintliche bürgerliche Reputation, die sie zu haben glaubt oder gerne haben möchte, nicht zu beflecken. Für eine Partei, die sich selbst gerne in der Rolle einer Meinungsführerin des nationalen Widerstandes gefallen möchte, ist das ungläubwürdig und offenbart, dass sie eben keine solche ist.“

Sogar Konsequenzen für das bisher bestehende Bündnis wurden gefordert:

„Zuerst entwickelt die Parteiführung eine so genannte ‚Volksfront‘ und konnte somit auf die Mitarbeit von freien Nationalisten bauen und macht diese nun durch eine solche ‚Erklärung‘ zunichte. Das wird Konsequenzen haben müssen: Wo es künftig um eine Zusammenarbeit zwischen freien Kräften und NPD-Verbänden geht, müssen die entsprechenden NPD-Verbände in die Pflicht genommen werden, sich zu

dieser Erklärung des NPD-Parteipräsidiums zu positionieren. Sollte dieser ‚Erklärung‘ von den Kreis- und Landesverbänden nicht widersprochen werden, dann ist jedes dem ‚schwarzen Block‘ solidarisch gesonnene Parteimitglied aufgerufen, nicht nur aus der NPD auszutreten, sondern vielmehr die Arbeit der Partei nicht mehr zu unterstützen. Die aktive Basis des nationalen Widerstandes, ob derzeit frei oder parteigebunden, darf sich durch solche Ausgrenzungsversuche nicht auseinanderdividieren lassen!“

Mit einer erneuten Erklärung vom 10. September rechtfertigte die NPD ihre Erklärung „Unsere Fahnen sind schwarz - unsere Blöcke nicht!“:

„Die Erklärung (...) hat erwartungsgemäß zu Debatten geführt. Sofern sie fern von Beleidigungen geführt wird, begrüßt die NPD-Parteiführung diese Diskussion, da es allemal besser ist, diese Problematik auszudiskutieren als auszusetzen. (...) Die NPD verwahrt sich gegen die Unterstellung reaktionärer Angepaßtheit. (...) Die NPD strebt unvermindert die enge Zusammenarbeit mit dem überwiegenden Teil des freien nationalen Widerstandes an (...). Abgesehen von den üblichen Demo-Auflagen gibt es keine Kleidervorschrift bei Demos, sondern nur eine Abgrenzung zu einer bestimmten Erscheinungs/Aktionsform! Die NPD schreibt niemand anderem vor, wie er auf seinen Versammlungen mit dem ‚Schwarzen Block‘ umgehen soll. (...) Die NPD stellt lediglich fest, daß dies auf den von ihr organisierten Versammlungen unerwünscht ist!“

Die NPD machte aber auch deutlich, dass die ursprüngliche Erklärung unvermeidbar gewesen sei und macht die „Freien Kräfte“ hierfür verantwortlich:

„Entgegen anderweitiger Vermutungen hat der Bundesorganisationsleiter Jens Pühse vor der Beschlußfassung zum ‚Schwarzen Block‘ über den parteilosen Hamburger Aktivist Christian Worch Vertretern das Angebot eines klärenden Gesprächs gemacht - verbunden mit der Bereitschaft, hierfür ggf. auch nach Dortmund oder anderswohin zu fahren. Erst als dieses Gespräch als nicht zielführend abgelehnt wurde, kam es zur öffentlichen Erklärung.“

Bei der Auftaktveranstaltung am 15. September für die niedersächsische Landtagswahl im Januar 2008 begrüßte Angaben im Internet zufolge der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt in seiner Rede ausdrücklich dann aber auch die Anhänger des „Schwarzen Blocks“, um den Konflikt zu schlichten.

Die Diskussion um den „Schwarzen Block“ hat sich zunächst nicht weiter fortgesetzt, allerdings hat dieses Ereignis Spuren in der Beziehung der NPD zu den „Freien Kräften“ hinterlassen. Sollte der „Schwarze Block“ zukünftig auf einer von der NPD initiierten Demonstration negativ auffallen, bräche der Konflikt erneut auf und die Folgen wären unvorhersehbar.

In Schleswig-Holstein hatte der Konflikt zunächst keine größeren Auswirkungen auf die beiden „Lager“, allerdings befinden sich die Mitglieder der NPD, die sich auch den „Freien Kräften“ zugehörig fühlen, hinsichtlich ihrer Positionierung zu diesem Thema in einem Zwiespalt.

3.1.4 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die JN, die Jugendorganisation der NPD, haben auf ihrem 37. Bundeskongress einen neuen Bundesvorsitzenden gewählt: Der 25-jährige Politikstudent Michael Schäfer löste den von 2002 bis 2007 an der Spitze der Organisation stehenden Stefan Rochow ab. Bei seinem Antrittsbesuch in der NPD-Zentrale in Berlin sicherte ihm der NPD-Bundesvorsitzende Voigt im Namen der gesamten Partei die „volle Unterstützung beim Ausbau der nationalistischen Jugendarbeit zu“. Aufgrund der offenkundig pro-neo-nationalsozialistischen Einstellung des neuen Bundesvorsitzenden und der übrigen Mitglieder des neuen Bundesvorstandes ist zu erwarten, dass sich die JN noch deutlicher als in der jüngeren Vergangenheit bemühen werden, ein eigenständigeres Profil zu zeigen.

Wahlanalysen erbringen regelmäßig den Nachweis, dass rechtsextremistische Parteien zu einem überdurchschnittlichen Prozentsatz von jüngeren Wählern Stimmen erhalten. Durch die Veröffentlichung von so genannten Schülerzeitungen, wie z. B. „Perplex“ oder „Hier & Jetzt“, die beide vom JN-Landesverband Sachsen herausgegeben werden, werben die JN demgemäß verstärkt um die Zielgruppe der Jugendlichen und Schüler.

In Norddeutschland waren die JN in den letzten Jahren unbedeutend. Aktuell versuchen sie aber auch hier, sich dauerhaft zu etablieren. So wurde vor kurzem auf der Internet-Seite der JN verkündet, dass im Dezember 2007 in Hamburg „nach mehre-

ren Jahren ohne JN-Landesverband oder Stützpunkt (...) eine Stützpunktgründung durch zahlreiche junge Aktivisten aus der Hansestadt Hamburg beschlossen“ wurde. Dieser verstehe sich „zukünftig als Anlaufstelle für genau diese aktivistische Jugend in der Hansestadt (...)“:

„Angesichts des frischen Windes durch den neu gewählten Bundesvorsitzenden Michael Schäfer verspricht die JN in allen Teilen des Landes an Bedeutung zu gewinnen. Die JN Hamburg wird als Gegenpol zu den korrupten Systemparteien der Jugend in Hamburg eine Perspektive sein, denn wo wir stehen ist vorn!“

In Schleswig-Holstein sind die Aktivitäten der JN derzeit nicht wahrnehmbar, zumal sich der Kreis der Aktivisten auf wenige Personen beschränkt. Inwieweit es zukünftig zu einer Reaktivierung bzw. Mobilisierung des vorhandenen Potenzials kommen wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Infolge der strukturellen Veränderungen des Rechtsextremismus ist die Bedeutung der DVU weiter zurückgegangen. Bundesweit hat sie mittlerweile nur noch einen Mitgliederbestand von rund 7.000 (2006: rund 8.500) und ist somit nur noch die zweitstärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland (siehe dazu unter Nr. II 3.1). In Schleswig-Holstein verhält es sich ähnlich: Die Mitgliederzahl liegt nunmehr bei rund 250 (2006: 300). Für die Öffentlichkeit erkennbare Aktivitäten hat die Partei im Berichtsjahr nicht entfaltet. Der Hinweis auf der Internet-Seite der DVU auf den Landesverband Schleswig-Holstein und deren Vorsitzende Renate Köhler ist einer der wenigen Belege für die Existenz des hiesigen Landesverbandes. Die Internet-Seite weist außerdem auf einen angeblich monatlich stattfindenden Stammtisch im Raum Ostholstein/Plön hin.

Eine der wenigen Möglichkeiten für die Mitglieder, an einer Parteiveranstaltung teilzunehmen, bot der Landesparteitag am 7. Juli in Rastow (Mecklenburg-Vorpommern). Gleichzeitig hielten dort auch jeweils die Landesverbände von Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ihre ordentlichen Parteitage ab. Der auf der Internet-

Seite der DVU geschilderte Ablauf entsprach den langjährig bekannten parteibekanntem Ritualen:

„Mehr als 400 Veranstaltungsteilnehmer begrüßten mit großer Begeisterung den DVU-Bundessvorsitzenden Dr. Gerhard Frey und den Ehrengast Oberst a. D. Hajo Herrmann, einstiger Inspekteur der Nachtjäger bei der Reichsverteidigung im Zweiten Weltkrieg.

Dr. Gerhard Frey prangerte in seiner Rede insbesondere die gegen deutsche Interessen gerichtete Politik der Bundeskanzlerin Merkel an. Scharf ging er im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr wie in Afghanistan oder am Horn von Afrika mit der ‚irrwitzigen Kriegspolitik‘ der Bundesregierung ins Gericht. Unter großem Beifall stellte der DVU-Chef zudem ‚Totalversagen‘ des etablierten Parteien-Kartells in Bezug auf entscheidende Lebensfragen des deutschen Volkes heraus.

Oberst a. D. Hajo Herrmann schilderte mit fesselnden Worten Stationen seines Lebens. In seinen Ausführungen zum Einsatz der Wehrmacht stellte der mit dem Ritterkreuz und Eichenlaub und Schwertern ausgezeichnete ehemalige Bomber- und Jägerpilot fest: ‚Kämpften wir, angreifend oder verteidigend, so war es für unser Land, unsere Heimat, für Familie, Freunde, für unser Volk.‘ Mit viel Applaus danken die Veranstaltungsteilnehmer dem deutschen Nationalhelden. Im Gedenken an die Gefallenen erklang die Weise ‚Ich hatt‘ einen Kameraden‘. (...)

Gemeinsam sangen Mitglieder und Gäste nach dem Schlusswort des DVU-Bundessvorsitzenden das Deutschlandlied mit seinen drei Strophen.“

Nicht zufällig stellt die DVU aufgrund der Struktur weiter Teile ihrer Anhängerschaft die verklärte Darstellung der Wehrmacht an den Anfang der Berichterstattung. Bezüglich der Diffamierung des angeblichen „Parteienkartells“ unterscheidet sich die Argumentation der DVU nicht von der anderer rechtsextremistischer Gruppierungen.

Als Ergebnis des mit der NPD geschlossenen „Deutschlandpaktes“ (früher auch als „Volksfront von rechts“ bekannt) nahm die DVU, ohne in Konkurrenz mit der NPD zu stehen, an der Bürgerschaftswahl am 13. Mai in Bremen teil. Das besondere Wahlrecht in Bremen mit der in den beiden Wahlbereichen (Bremen und Bremerhaven) mit stark ungleicher Größe getrennt angewendeten 5-%-Klausel führte im Fall der DVU dazu, dass sie trotz eines Stimmenanteils von landesweit nur 2,74 % aufgrund ihres Ergebnisses in Bremerhaven (5,4 %) wieder mit einem Abgeordneten in die Bremer Bürgerschaft einzog. Das für die DVU insgesamt aber enttäuschende Ergebnis wurde noch dadurch weiter entwertet, dass der Abgeordnete Siegfried Tittmann, stellvertretender DVU-Landesvorsitzender in Bremen und zugleich stellvertretender DVU-Bundessvorsitzender, aufgrund parteiinterner Kritik am 17. Juli aus per-

sönlichen Gründen die Partei verließ. Seine Mandate als Bremerhavener Stadtverordneter und als Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft will er allerdings bis 2011 behalten. Mit dem Austritt Tittmanns verlor die DVU nicht nur den einzigen Abgeordneten in einem westdeutschen Landesparlament, sondern auch eine der wenigen halbwegs bekannten Persönlichkeiten, die seit vielen Jahren als Aushängeschild der Partei diente. Die DVU appellierte an ihn, sein „Amt“ spätestens in zwei Jahren abzugeben und kommentierte den Austritt auf ihrer Internet-Seite am 17. Juli wörtlich:

„Die unausweichliche Erneuerung in Bremerhaven wird davon unabhängig stattfinden. Eine Reihe junger und begabter Mitglieder stehen bereit und wollen Verantwortung übernehmen und nun wird niemand mehr versuchen, sie in den Hintergrund zu drängen.“

Bereits seit 1999 ist die DVU im Landtag des Landes Brandenburg vertreten. Der anstehende Konkurrenzkampf mit der NPD bei der Kommunalwahl im Herbst 2008 führte dazu, dass die DVU aus wahltaktischen Gründen das Rampenlicht suchte, indem sie knapp 100 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Landesregierung machte. Da der „Deutschlandpakt“ nicht für Kommunalwahlen gilt, werden DVU und NPD dort nebeneinander und damit auch gegeneinander kandidieren.

Anders war es bei der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 in Hamburg: Es trat lediglich die DVU an. Das Ergebnis mit einem Stimmenanteil von 0,8 % war eher ernüchternd und spiegelt die Gesichtslosigkeit der Partei in der Öffentlichkeit wider. Der Wahlkampf wirkte sich nicht auf Schleswig-Holstein aus. Wechselseitige Unterstützungen benachbarter Landesverbände, wie z. B. bei der NPD, kommen bei der DVU aufgrund ihrer eher passiven Parteibasis in der Regel nicht in Betracht.

3.3. Neo-nationalsozialistische Personenzusammenschlüsse

Die bundesweit rund 4.400 Personen umfassende neo-nationalsozialistische Szene ist seit Mitte der 1990er-Jahre in so genannten Kameradschaften oder ähnlichen, kaum strukturierten Gruppen organisiert. Alle maßgeblichen Aktivisten sind untereinander informell vernetzt. Bindeglieder sind aber auch die persönlichen Bekanntschaften zahlreicher Führungsaktivisten aufgrund zum Teil langjähriger Szene-Zuge-

hörigkeit. Die Aktionsfähigkeit der Neo-Nationalsozialisten, die sich auch als „Freie Nationalisten“ bezeichnen, wird über die gängigen Kommunikationsmittel wie Mobiltelefone, Internet und E-Mail-Adressen sichergestellt. Auf Internet-Seiten wird für geplante Demonstrationen und Aktionen mobilisiert. Für kurzfristig angesetzte Aktionen geschieht dies außerdem durch SMS oder durch Telefonketten.

Ein bedeutendes Steuerungsinstrument für die hiesige Szene stellte auch 2007 das von einem in Schleswig-Holstein wohnenden Rechtsextremisten betriebene „Aktionsbüro Norddeutschland“ dar. In dessen Selbstdarstellung heißt es:

„Das Aktionsbüro Norddeutschland wird seit 1997 von einem freien Einzelaktivisten betrieben und dient als informeller Knotenpunkt zur Koordination und zum Informationsaustausch für viele Aktivisten/-gruppen vorwiegend in Norddeutschland, aber auch darüber hinaus.“

Die seit Jahren bestehenden länderübergreifenden Kontakte norddeutscher Neo-Nationalsozialisten wurden 2007 weiter vertieft. Führungskader zahlreicher norddeutscher „Kameradschaften“ kamen im Berichtsjahr regelmäßig zu Koordinierungsgesprächen zusammen. Derartige Veranstaltungen dienen neben dem Erfahrungsaustausch auch zur Absprache und der Mobilisierung für Aktionen. Bei einem dieser Treffen in Niedersachsen wurden im Juli rund 50 Personen festgestellt. Bei einer anlassbezogenen Kontrolle am 9. November in Celle überprüfte die niedersächsische Polizei rund 25 Personen, darunter auch Schleswig-Holsteiner.

Neben der Vernetzung im Bereich der „Freien Nationalisten“ ist die Szene zudem eng mit der NPD verflochten. Mitunter ist kaum erkennbar, ob Aktionen der NPD oder den „Freien Nationalisten“ zuzurechnen sind. Bezüglich der Themen ist aber nach wie vor eine Art Arbeitsteilung zu erkennen. Die Gegenüberstellung der Aktivitäten zeigt, dass Neo-Nationalsozialisten die traditionellen rechtsextremistischen Themen mit revisionistischem oder rassistischem Bezug bevorzugen, während sich die NPD eher gegenwartsbezogenen Themen mit allgemein-politischem Bezug annimmt.

Die Gesamtzahl der schleswig-holsteinischen Neo-Nationalsozialisten ist im Berichtsjahr leicht von 90 auf etwa 100 gestiegen. Die Bedeutung der „Kameradschaft-

ten“, die jahrelang das Bild des Neo-Nationalsozialismus geprägt haben, ist in Schleswig-Holstein dennoch eher rückläufig. Eine der Ursachen hierfür ist darin zu finden, dass Anführer der „Kameradschaften“ ihren Tätigkeitsschwerpunkt zunehmend in den mit Neo-Nationalsozialisten durchsetzten Kreisverbänden der NPD sehen. Aber auch das Fehlen von Versammlungslokalen, veränderte politische Interessen von Führungsaktivisten, Wohnortwechsel oder nachlassender Einsatz von Einzelpersonen wirkten sich aus. Aus diesem Grund gibt es gegenwärtig nur noch wenige neo-nationalsozialistische „Kameradschaften“, die zu planmäßigen politischen Aktivitäten bereit sind. Sie finden sich im Kreis Dithmarschen und im Bereich Lübeck/Ostholstein. An drei weiteren Orten in Schleswig-Holstein gab es allerdings Hinweise auf beabsichtigte oder bereits erfolgte Neugründungen. Die hieran beteiligten Personen sind überwiegend der subkulturellen Szene zuzurechnen. Vor dem Hintergrund einer in den letzten Jahren nur beschränkten Mobilisierungsfähigkeit der Subkultur-Szene ist dieser Entwicklung eine besondere Bedeutung beizumessen und bedarf daher einer sorgfältigen Beobachtung.

Mit dem seit 2004 in einer Auflage von 400 Stück von einer „Redaktionsgemeinschaft freier Nationalisten in Schleswig-Holstein“ vierteljährlich herausgegebenen Heft „Durchblick - Sozialrevolutionäre Zeitschrift aus Norddeutschland“ verfügen die „Freien Nationalisten“ in Schleswig-Holstein über eine eigene Publikation. Erklärtes Ziel ist es, „durch politische Aufklärungsarbeit zu einem wirklichen Systemwechsel in Deutschland mit beizutragen“. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes zeichnete 2007 Jörn Lemke aus Lübeck. Die Themenbereiche sind vielfältig und reichen von (tendenziösen) Berichten über multikulturelle Gesellschaftsformen, Globalisierung, Umweltprobleme, Asylrecht bis hin zu Ausführungen zum Thema „Sozialismus“. Vom erstmaligen Erscheinen im Jahr 2004 bis Mitte 2007 waren allerdings keine Berichte zu Aktionen und Ereignissen oder mit Bezug zu regionalen Aktivitäten in Schleswig-Holstein zu finden.

Seit Sommer 2007 hat der „Durchblick“ durch zunehmende Berichterstattung aus Schleswig-Holstein und Hamburg nun auch regionale Bezüge hergestellt. Erstmals erschien in der Ausgabe Nr. 15 auch ein Werbeslogan des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein mit Foto, Adresse, Kontakt-Telefonnummer und Internet-

Adresse, verbunden mit der Aufforderung, durch eine Spende die Partei zu unterstützen. Hintergrund für die NPD-Werbung dürften neben dem finanziellen Aspekt auch die politischen Ziele des Herausgebers sein. Neben seiner Tätigkeit für die „Freien Nationalisten“ gehört er dem Landesvorstand der NPD an. Beispielhaft wird die Verknüpfung mit der NPD an einem Beitrag gegen den Synagogenbau in Bad Segeberg. Der Text stimmt mit einem Artikel in der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ und einem Beitrag auf den Internet-Seiten des NPD-Kreisverbandes Segeberg/Neumünster überein.

3.3.1 *Neo-nationalsozialistisch dominierte Demonstrationen und andere Veranstaltungen*

Obwohl die „Freien Nationalisten“ keine bedeutenden politischen Impulse setzen konnten, führten sie wiederum mehrere auf öffentliche Provokation gerichtete Veranstaltungen durch. Herausragend war, wie schon im Jahr 2006, der unter dem Motto „Bomben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ am 31. März in Lübeck durchgeführte Gedenkmarsch. Der NPD-Funktionär Jörn Lemke aus Lübeck hatte die Demonstration als „Freier Nationalist“ angemeldet und durchgeführt. Rund 350 Rechtsextremisten sowohl aus dem aktionistischen Lager als auch aus dem rechtsextremistischen Parteienspektrum nahmen teil. Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ wertete die Veranstaltung als Erfolg und kündigte an, dass der Gedenkmarsch sich künftig alljährlich in Lübeck wiederholen werde.

Der 1. Mai bietet Rechtsextremisten seit Jahren immer wieder Anlass für eigene Demonstrationen. 2007 wurden bundesweit mehrere dezentrale Veranstaltungen durchgeführt, unter anderem in Dortmund, Nürnberg, Erfurt und Neubrandenburg. An sechs von der NPD organisierten Demonstrationen nahmen rund 2.400 Personen teil, an den von der neo-nationalsozialistischen Szene durchgeführten Aktionen weitere 1.000. Damit hat sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr wiederum erhöht (2005: 2.200; 2006: 3.200 Teilnehmer). Die Entwicklung zeigt, dass der 1. Mai zu einem bedeutenden Demonstrationstermin für Rechtsextremisten geworden ist. Auch in Schleswig-Holstein nahmen 130 Szene-Angehörige an einem Aufzug unter dem

Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ in Bad Bramstedt (Kreis Segeberg) teil.

Der 8. Mai, Jahrestag der Kapitulation, wird von Rechtsextremisten regelmäßig zum Anlass für geschichtsrevisionistische Aktivitäten genommen. Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ dokumentierte auf der Internet-Seite „widerstandnord.com“ verschiedene regionale Aktionen mit den Worten: „Auch in diesem Jahr folgten wieder viele Kräfte des nationalen Widerstandes dem Leitgedanken, am 8. Mai mit einem stillen Ehrendienst an Soldatenehrenmalen und Soldatengräbern der etablierten Befreiungslüge entgegenzutreten.“ In dem zuvor veröffentlichten Aufruf fanden sich nicht nur revisionistische Bezüge, sondern auch Formulierungen aus dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch: So wurden Gefallene auch als „Sozialisten der Tat“ bezeichnet. Dementsprechend schließt der Aufruf mit den Worten: „Heraus zum Tag der Ehre! Ehrendienst ist Sozialismus der Tat.“

In Schleswig-Holstein wurden „Reinigungsmaßnahmen“ an Gedenkstätten unter dieser Parole in Wesseln (Kreis Dithmarschen), Husum, Kiel, Uetersen/Tornesch (Kreis Pinneberg), Wahlstedt (Kreis Segeberg) und Lübeck durch Neo-Nationalsozialisten und NPD-Angehörige bekannt.

Die Verflechtung von „Freien Nationalisten“ und der NPD zeigte sich bei einer angeblichen Spontan-Demonstration in Lauenburg, die anstelle einer in Schwerin geplanten NPD-Demonstration gegen den G8-Gipfel am 2. Juni von rund 150 Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wurde. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs aus Mecklenburg-Vorpommern trat als Redner auf. Der „spontane Protestmarsch“ richtete sich nach eigenen Angaben gegen den G8-Gipfel, gegen das System und gegen die Verbotswillkür. Die NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ kommentierte diese und andere an diesem Tag in benachbarten Bundesländern durchgeführten Aktionen wie folgt:

„NPD-Mitglieder und freie Nationalisten (...) haben deutlich bewiesen, dass sie gemeinsam zeitgleich dutzende spontane Aktionen durchführen können, ohne dass unsere Gegner diese nennenswert behindern kann!“

Die Einweihung einer in Bad Segeberg neu erbauten Synagoge nutzten „Freie Nationalisten“ und NPD-Mitglieder am 23. Juni zu antisemitischer Agitation. Es wurden mehrere tausend Flugblätter verteilt, in denen gegen die am nächsten Tag geplante Einweihungsfeier agitiert wurde. Über die Aktion wurde umfassend auf den Internet-Seiten des „Aktionsbüro Norddeutschland“ berichtet. Die antisemitische Motivation wurde dabei durch die Thematisierung der finanziellen Situation des Landes Schleswig-Holstein verschleiert:

„Hoch verschuldet ist das Land Schleswig-Holstein mit satten 22,5 Milliarden Euro Staatsschulden, die sich durch jahrzehntelange Mißwirtschaft der etablierten Systemparteien und Politbonzen angehäuft haben. Ausbaden muß diese Mißwirtschaft natürlich die Allgemeinheit, das einfache Volk. In einer Zeit des volksfeindlichen Sozialabbaus, wo Kindergärten, Schwimmbäder, Bücherhallen, Schulen etc. geschlossen werden, wo Staatsbedienstete in Schleswig-Holstein die Urlaubs- und Weihnachtsgelder gestrichen werden, wo Arbeitslose nur noch mit Hartz IV abgespeist werden (...) da müssen dann ausgerechnet für eine Synagoge noch Steuergelder ausgegeben werden? (...) Gemeinnutz vor Minderheitennutz! Sollen die Politbonzen doch ihre unverschämte horrenden Diäten und Vorstandsgehälter in den Synagogenbau stecken, wenn es ihnen so wichtig ist. Aber: Finger weg von unseren Steuergeldern!“

Alljährlich im August bildet der Todestag des Nationalsozialisten Rudolf Heß für Rechtsextremisten einen Anlass für vielfältige Aktivitäten. Die von Jürgen Rieger (Hamburg) für den 18. August in Wunsiedel (Bayern) angemeldete zentrale Gedenkveranstaltung wurde, wie in den Vorjahren, verboten. Nennenswerte Ersatzdemonstrationen sind lediglich in Friedrichshafen (Baden-Württemberg), Gräfenberg (Bayern) und in Jena (Thüringen) mit insgesamt 1.200 Personen durchgeführt worden.

Rund 150 überwiegend dänische und schwedische, aber auch vereinzelte deutsche Rechtsextremisten nahmen an einer „Heß-Demonstration“ in Kolding (Dänemark) teil, die von der „Dänischen nationalsozialistischen Bewegung“ und der rechtsextremistischen „Dansk Front“ organisiert worden war. Aus Schleswig-Holstein beteiligten sich knapp 20 Personen. Durch intensive Kontrollen an den Grenzübergängen wurden rund 50 weitere deutsche Rechtsextremisten an der Demonstrationsteilnahme gehindert.

Im norddeutschen Raum kam es zu keiner größeren Kundgebung. Auch eine vom Neo-Nationalsozialisten Tobias Thiessen (Alveslohe) in Hamburg angemeldete Demonstration wurde durch das Obergerverwaltungsgericht Hamburg untersagt.

Am Vormittag des 18. August fanden sich etwa 30 Personen zu einem rund 20-minütigen Aufmarsch in Nützen (Kreis Segeberg) zusammen, um am örtlichen Ehrenmal eine Mahnwache abzuhalten. In einem auf den Internet-Seiten des „Aktionsbüro Norddeutschland“ veröffentlichten Beitrag wurde eine gewisse Resignation deutlich:

„Alles in allem lief aus norddeutscher Sicht aber nicht wirklich viel. (...) Es bedarf scheinbar erst wieder einer gewissen Übung und Überwindung, um zu den kreativen und spontanen Aktionen der 90er Jahre zurück zu kommen, mit denen zum Heiß-Todestag über viele Jahre immer wieder ein mächtiger Staats- und Polizeiapparat erfolgreich in Atem gehalten wurde.“

Am 18. November, dem Volkstrauertag, der in der Szene als „Heldengedenktag“ bezeichnet wird, führten schleswig-holsteinische Rechtsextremisten, wie schon im Vorjahr, regionale Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen durch, so in Lütbeck, Eutin und Seth (Kreis Segeberg).

Der NPD-Kreisverband Nordfriesland/Schleswig-Flensburg/Flensburg kommentierte auf seinen Internet-Seiten eine „stille Andacht für die Gefallenen mit anschließender Kranzniederlegung“ wie folgt:

„Der Ort des Gedenkens 2007 wird hier absichtlich nicht erwähnt. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Systemschergen, die sogenannte ‚Antifa‘ auch diesen Ort des Gedenkens in ihrer Liste der ‚Hassobjekte‘ aufnimmt und mit hirnlosen Sprüchen voll schmiert oder anderweitig zerstören.“

Der Szene-Treff „Club 88“ in Neumünster hat zwar an Anziehungskraft verloren, bot Rechtsextremisten aber erneut den Anlass für eine Demonstration am 24. November (siehe dazu unter Nr. II 4.2).

3.3.2 Von Neo-Nationalsozialisten initiierte Kampagnen

Fremdenfeindliche Agitation bietet Neo-Nationalsozialisten die Möglichkeit, auch außerhalb der eigenen Klientel wahrgenommen zu werden. Beispielhaft hierfür ist die „Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf“, die sich zwar formal auf Hamburg bezieht, aber durch den in Schleswig-Holstein wohnenden Betreiber des „Aktionsbüro Norddeutschland“ unterstützt wird. Zudem waren schleswig-holsteinische Neo-Nationalsozialisten stark in deren Aktionen eingebunden. Der Gründung vorangegangen war am 10. Februar in Hamburg-Bergedorf zunächst eine Kundgebung gegen den Bau einer Moschee, an der unter anderem die ehemalige NPD-Landesvorsitzende Anja Zysk sowie der Neo-Nationalsozialist Christian Worch (beide Hamburg) teilnahmen. In seiner Rede betonte Worch:

„Wir Nationalisten haben nichts gegen den Islam. Der Islam gehört aber nicht nach Deutschland, sondern in den Orient. Wenn die Moslems Moscheen bauen wollen, dann bitte nicht bei uns, sondern in ihrer orientalischen Heimat. Auch wir Deutschen haben ein Recht auf unsere nationale Identität und Kultur. Unsere Forderung lautet deshalb: Schluß mit Multikulti und Überfremdung! Bergedorf muß eine deutsche Stadt bleiben!“

Später initiierten dann norddeutsche „Freie Nationalisten“ eigenständig eine Kampagne mit der Bezeichnung „Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf“. Hierzu gehörten Informationsstände, Flugblattverteilungen, Postkartenaktionen und Straßentheater. Zur Unterstützung der Aktivitäten wurde auf der Internet-Plattform von „widerstandnord.com“ eine neue Seite „Für ein sicheres Bergedorf“ eingerichtet. Um

die Kampagne auf eine breite Basis zu stellen, wurde die Möglichkeit zum Herunterladen unterschiedlicher Flugblätter geboten:

„Ausländer rein? WIR SAGEN NEIN! keine Überfremdung = keine Moschee“

„14 Millionen sind 14 Millionen zuviel!“,
verbunden mit der Forderung:

- „Rückführung der in Deutschland lebenden Ausländer in ihre Heimat!
- Abschaffung des Asylrechts!
- Harte Strafen für die Verantwortlichen der verfehlten Ausländerpolitik in der BRD!
- Weg mit dem volksfeindlichen System!
- Radikaler Neuanfang für eine deutsche Zukunft!“

In den Vormittagsstunden des 1. Dezember betrieb die „Bürgerinitiative“ einen Informationsstand in der Fußgängerzone in Bergedorf und verteilte die bekannten Flugblätter an Passanten. Die Aktion wurde wegen der Gefahr von Übergriffen durch linksextremistische „Autonome Aktivisten“ von Polizeikräften geschützt. Auf ihrer Internet-Seite zogen die Veranstalter folgendes Fazit:

„In dem bisherigen Kampagnenverlauf stellt dieser Informationsstand sicher einen Höhepunkt dar, was die Öffentlichkeitswirksamkeit betrifft. Dank öffentlicher linker Gegenmobilisierung, stand die Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf im Brennpunkt des Geschehens und hat propagandistisch erfolgreich Flagge gezeigt.“

Von den rund 50 beteiligten Rechtsextremisten kam knapp die Hälfte aus Schleswig-Holstein.

Am 8. Dezember verteilten Aktivisten der „Bürgerinitiative“ in der Bergedorfer Fußgängerzone Tannenzweige mit Weihnachtsgedichten. Dabei wurden bekannte Gedichte umgedichtet mit „gar frechen, kritischen und politisch unkorrekten Reimen zum Thema Überfremdung“, unter anderem:

„Leise rieselt der Schnee, Bergedorf kriegt ne Moschee. Hört nur wie lieblich es schallt. Freuet euch Islam kommt bald!
Menschen aus aller Welt nehmen gern unser Geld kommen nach Deutschland hinein. Freut euch sie gehen nie mehr heim!
Unser Volk wird ersetzt 14 Millionen bis jetzt und noch kein Ende in

Sicht. Freut euch, ihr Spießler merkt's nicht!
Bald ist heiliger Krieg Deutschland am Boden liegt. Wohlstand und Zukunft sind fern. Freut euch, so habt ihr's doch gern!"

In ihrem Internet-Bericht zogen die Initiatoren eine positive Jahresbilanz:

„Mit relativ wenig Aufwand, aber viel Einsatzfreude und kreativen Ideen wurde die Überfremdungspolitik der etablierten Systemparteien immer wieder deutlich gebrandmarkt und der dringend notwendige Kampf für eine deutsche Zukunft betont.“

Ein gleichfalls auf „widerstandnord.com“ eingestellter Kommentar zu einer Veranstaltung am 3. Oktober zeigt, welchen hohen Stellenwert die Unterstützer den Aktionen des „nationalen Widerstandes gegen Überfremdungspolitik“ beimessen:

„(...) wurde die laufende Kampagne gegen Überfremdung im Stadtteil Bergedorf fortgesetzt. Erneut versammelten sich überwiegend junge Aktivisten des nationalen Widerstandes, um sich inhaltlich argumentativ weiterzubilden. Ein unerlässliches ‚Muß‘ für den Kampf um die Straße.“

Unabhängig von der Fertigstellung der Moschee in Hamburg-Bergedorf wird fremdenfeindliche Agitation auch in Zukunft einen Schwerpunkt der „Freien Nationalisten“ bilden.

3.3.3 „Autonome Nationalisten“ (AN)

Der Neo-Nationalsozialismus wurde in den letzten Jahren um eine weitere Erscheinungsform „bereichert“. Es gibt Hinweise darauf, dass diese Entwicklung nun auch Schleswig-Holstein erreicht hat. Das Phänomen der „Autonomen Nationalisten“ (AN) ist eine spezielle Ausprägung der neo-nationalsozialistischen Szene, deren Entstehung und Habitus unter anderem durch Einflüsse anderer Jugend-Subkulturen sowie der linksextremistischen Autonomen beeinflusst wurden. Die Angehörigen der AN versuchen, sich durch „erlebnisorientierte“ Aktionsformen Gehör zu verschaffen. Es handelt sich vornehmlich um jüngere Aktivisten, die sich in ihrem Erscheinungsbild an der Optik des linksextremistischen „Schwarzen Blocks“ orientieren und sich teilweise - oft auch nur vorgeblich - ideologisch am sozialrevolutionären Flügel der NSDAP um die Gebrüder Strasser ausrichten. Die AN sehen sich nicht als Organisa-

tion im klassischen Sinne, sondern als politische Strömung innerhalb der neo-nationalsozialistischen Szene.

In einem durch die „Autonomen Nationalisten Nord-West“ auf ihrer Internet-Präsenz veröffentlichten Text wird das Selbstverständnis der Strömung formuliert. Danach handelt es sich um „revolutionäre Linksnationalisten“ oder aber auch „Nationalsozialisten“, die sich jedoch vom Hitlerismus distanzieren und stattdessen auf „sozialrevolutionäre (...) Aktivisten in der nationalsozialistischen Ursprungsbewegung“ Bezug nehmen. Eine Selbsteinordnung „im stereotypen, ‚links-rechts‘ Schubladendenken“ lehne man ab, definiere sich vielmehr „positiv über eventuell bestehende Interessenüberschneidungen“ und sei gegenüber „bestehenden Parteien, Organisationen und Strukturen ungebunden“, stehe diesen aber „nicht unkooperativ gegenüber“:

„Das Konzept des politischen Soldaten ist der exekutiven Macht des Systems heute nicht mehr gewachsen. An seine Stelle tritt der politische Partisan, der sich unerkannt und anonym in der Gesellschaft, die er ablehnt, bewegt, um sie gezielt im Sinne der nationalen Revolution zu unterwandern.“

Anlässlich einer von NPD und „Freien Nationalisten“ am 1. Mai 2004 in Berlin durchgeführten Demonstration trat erstmalig ein „Schwarzer Block“ aus Neo-Nationalsozialisten in Erscheinung. Dieser versuchte seinerzeit erfolglos, Polizeiketten zu durchbrechen. Ziel war es, die Durchführung des Aufzugs zu erzwingen, dessen Strecke durch Gegendemonstranten blockiert wurde.

In Schleswig-Holstein traten auf der Demonstration „Gegen Multi-Kulti und Hartz IV - das Volk sind wir“ am 29. Januar 2005 in Kiel Anhänger der „Autonomen Nationalisten Karlsruhe“ auf. Erstmals haben sich auch einzelne schleswig-holsteinische „Autonome Nationalisten“ an der Demonstration „Schluss mit der Repression gegen den Club 88“ in Neumünster am 24. November beteiligt. Im Norden des Landes hat sich nach eigenen Angaben eine Gruppe „autonome Nationalisten auf Sylt“ gegründet: „Nach jahrelanger Inaktivität, haben sich auch auf Sylt frei denkende Menschen zusammengesetzt, um die Ideen von Freiheit, Nationalismus und Sozialismus ein wenig mehr in die Öffentlichkeit zu tragen.“

In einem „Aktionsbericht aus dem Widerstand“ berichtet die Gruppe im Internet von ihren Aktivitäten: „Innerhalb der letzten Monate wurden insgesamt über 1.000 Aufkleber ‚benutzt‘ und verschieden andere Aktionsformen zur Verschönerung der Umgebung verwendet.“ Die Selbstdarstellung der Gruppe lässt nur wenig Interpretation zu; die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

3.4 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die HNG bildet eine Ausnahme in der weitgehend strukturlosen neo-nationalsozialistischen Szene. Der Personenzusammenschluss ist als „eingetragener Verein“ nach dem Vereinsgesetz organisiert. Ihm gehören bundesweit rund 600 Mitglieder an, davon rund 35 aus Schleswig-Holstein. Einzige Aufgabe der HNG ist die materielle und ideelle Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen. Dies geschieht mit der monatlich erscheinenden Publikation „Nachrichten der HNG“. In der November-Ausgabe hat die Vorsitzende Ursel Müller (Mainz) zum Weihnachtsfest wiederum die „Aktion der Zehn“ proklamiert:

„Unter diesem Geleitwort stehe - 2007 - Die Aktion der Zehn für die - PVD's - Die Politisch - Verfolgten - der Democratie. Stellen wir ihnen, wie alljährlich (...) das Licht der Kameradschaft, als unser Zeichen der Verbundenheit mit ihrem Schicksal, ins Dunkel des Systemkerkers. Nicht nur in einen, in zehn. (...) An diesen Tagen soll keiner unserer Deutschen Volksgenossen die in Ketten liegen, ohne unseren Zuspruch, ohne eine Gabe der Liebe von uns sein. Bedenkt aber bei euren Schreiben die Besatzungsparagraphen 86, 86a, 130. Denn eure Grüße sollen ankommen und unseren Kameraden Freude bringen und nicht den Zensurschergen des Ego-Mammon-Systems.“

Bei der „Aktion der Zehn“ werden Mitglieder und Freunde der HNG aufgerufen, mindestens zehn Gefangenen Grußbotschaften zur Weihnachtszeit zu übermitteln. Die alljährliche Aktion findet jedoch nicht die vom HNG-Vorstand erhoffte Resonanz.

Die Bedeutung der HNG liegt hauptsächlich darin, dass sie das Gemeinschaftsgefühl der rechtsextremistischen Szene erhöht. Inhaftierten Rechtsextremisten vermittelt sie durch die Art ihrer Berichterstattung das Gefühl, als Märtyrer eine Strafe ver-

büßen zu müssen. Hierdurch soll eine mögliche Resozialisierung rechtsextremistischer Straftäter zielgerichtet verhindert werden. Für Angehörige der Szene in Schleswig-Holstein hat sie seit Jahren einen großen Stellenwert. Von den rund 35 Mitgliedern können zwei Drittel der Szene der Neo-Nationalsozialisten und Skinheads zugerechnet werden. HNG-Mitglieder und -Förderer, insbesondere aus den südlichen und östlichen Landesteilen, besuchen „politische Gefangene“ in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Auch der wegen des Mordes an einem Polizisten in Schleswig-Holstein 1997 zu lebenslanger Haft verurteilte Neo-Nationalsozialist Kay Diesner wird in der Lübecker Justizvollzugsanstalt durch Besuche von HNG Anhängern „betreut“.

4 Regionale Schwerpunkte

4.1 Lübeck

Der Großraum Lübeck gehört beinahe traditionell zu den regionalen Schwerpunkten des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Die dort zu beobachtenden Aktivitäten belegen exemplarisch die Verknüpfung von „Nationaldemokratischer Partei Deutschlands“ (NPD) und „Freien Nationalisten“. Der Grund hierfür ist die Geschäftigkeit des Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Lübeck/Ostholstein und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Jörn Lemke. Scheinbar mühelos wechselt er zwischen seinen Funktionen in der Partei oder als Stratege der „Freien Nationalisten“ hin und her. Nahezu alle Aktionen im Berichtsjahr hatten ihren Ausgangspunkt im NPD-Kreisverband bzw. in der Person des Kreisvorsitzenden. Fast alle Aktionen haben mittlerweile lokale Bezüge. Die Themenauswahl zeigt, dass die Lübecker Rechtsextremisten versuchen, sich bei der Bevölkerung anzubiedern, indem sie umstrittene Projekte und Probleme populistisch kommentieren. Unter anderem befasste man sich mit der Maut für den Herrentunnel, den Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Personennahverkehr und der geplanten Fehmarnbelt-Querung. Eines der hierbei verwendeten Propagandamittel war die im Frühjahr 2007 vom NPD-Kreisverband veröffentlichte zweite Ausgabe einer NPD-„Bürgerzeitung“.

Wie auch schon 2006 fand die für Schleswig-Holstein bedeutsamste, den „Freien Nationalisten“ zuzurechnende, Demonstration am 31. März unter dem Motto „Bom-

ben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ statt. Anmelder war, wie in den Vorjahren, Jörn Lemke. Er handelte hierbei offenkundig nicht für die NPD, sondern als „Einzelaktivist“. Dennoch haben sich auch 2007 zahlreiche NPD-Mitglieder aus Schleswig-Holstein an der Demonstration beteiligt. Hierfür war etwa seit Jahresbeginn auch bundesweit geworben worden. Dadurch gelang es, rund 350 Rechtsextremisten zur Teilnahme zu bewegen. Sie waren vornehmlich aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen angereist. Erstmals wurden auch Einzelpersonen aus den Niederlanden festgestellt. Die schleswig-holsteinischen Teilnehmer kamen, wie schon in den beiden Vorjahren, wiederum überwiegend aus Kiel, Lübeck, Neumünster, Bad Segeberg und Neustadt. Im Gegensatz zu der Veranstaltung im Jahr 2006, bei der aufgrund der zum Teil massiven Behinderungen durch aggressive Gegendemonstranten die geplante Marschstrecke erheblich abgekürzt wurde, konnte 2007 die angemeldete und genehmigte Route bis auf kleine Einschränkungen eingehalten werden. Zu Behinderungen durch den politischen Gegner kam es nur in geringem Maße. Die Veranstalter bzw. das „Aktionsbüro Norddeutschland“ kommentierten diese Störversuche im Internet mit den Worten:

„Rund um das Holstentor zeigte noch einmal der bürgerlich-antifaschistische Popanz seine erbärmliche deutschfeindliche Fratze, wie es von umerzogenen Besatzerknechten wohl nicht anders zu erwarten ist.“

Im Vergleich zu den Vorjahren stieg die Zahl der Demonstranten erneut an: Nach etwa 80 im Premierenjahren 2005 und 150 im Jahr 2006 waren 2007 mehr als 350 Personen zu verzeichnen. Die ungewöhnlich hohe Teilnehmerzahl ist in erster Linie auf die zahlreichen Auswärtigen zurückzuführen und deshalb differenziert zu bewerten. Ohne Zweifel genießen einige schleswig-holsteinische Neo-Nationalsozialisten aber auch die „Wertschätzung“ von Gleichgesinnten aus anderen Ländern.

Weitere erwähnenswerte Aktionen waren unter anderem eine Gedenkveranstaltung am 8. Mai auf dem Lübecker Ehrenfriedhof und eine „Kranzniederlegung“ am 18. November, ebenfalls auf dem Lübecker Ehrenfriedhof. Daneben unterstützte der

NPD-Kreisverband den NPD-Kandidaten bei der Landratswahl im Kreis Nordfriesland im September.

4.2 Neumünster

Allein die Existenz des bekannten Szene-Treffs „Club 88“ ist ein sichtbarer Beleg dafür, dass auch der Raum Neumünster einen regionalen Schwerpunkt des schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus bildet. Dennoch zeigt die dortige Entwicklung in den letzten Jahren eine eher rückläufige Tendenz. Seit mehreren Jahren ist sowohl bei den Veranstaltungen, öffentlichen Aktionen und dem Personenpotenzial ein erkennbarer Rückgang zu verzeichnen. Auch die mittlerweile seit mehr als elf Jahren in Neumünster bestehende „nationale Gaststätte“ „Club 88“ blieb von dieser Entwicklung nicht verschont. Nach und nach reduzierte sich der Kreis der Personen, die den Kontakt zur Szene und dem Club suchten. Auch der seit Jahren für den Club tätige „Unterstützerkreis“ ist offensichtlich nur noch unzureichend in der Lage, durch Spendeneinnahmen den weiteren Bestand des Clubs zu sichern. Daneben hat sich eine 2006 als Treffpunkt der rechten Szene erstmals in Erscheinung getretene Gaststätte mittlerweile offenkundig etabliert und einen nicht unerheblichen Teil der jüngeren Club-Besucher abwerben können. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Anzahl der Veranstaltungen im Berichtsjahr und dem jeweiligen Besucherinteresse wider. Aber auch dem NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster ist es bislang nicht gelungen, das insbesondere in der rechtsextremistischen Subkultur existierende Potenzial in größerer Zahl zu politisieren.

Alljährlicher Höhepunkt für die Sympathisanten des „Club 88“ ist dessen „Geburtstagsfeier“. Diese Feier fand am 29. September aus Anlass des 11-jährigen Bestehens in den Räumlichkeiten und Außenanlagen des Clubs statt. Das Motto lautete: „in die Hölle kommen wir eh ... 11 Jahre Club 88 wir feiern – aber richtig!!“. Unter den Teilnehmern befanden sich neben Skinheads und Neo-Nationalsozialisten aus dem gesamten Bundesgebiet auch Besucher aus Dänemark und Schweden. Aufgrund der starken Polizeipräsenz verlief die Veranstaltung größtenteils friedlich. Zu Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner, der für eine größere Gegenveranstaltung in der Neumünsteraner Innenstadt intensiv mobilisiert hatte, kam es nicht.

Die Gesamtzahl der Besucher lag im Verlauf des Abends zwischen 300 und 400 Personen. Die Tatsache, dass die Zahl der angereisten Besucher im Vergleich zum Vorjahr, als noch mehr als 500 Personen gezählt wurden, deutlich abgenommen hat, lässt den Schluss zu, dass die Anziehungskraft des „Club 88“ als rechtsextremistisches Symbol für eine „national befreite Zone“ weiter nachgelassen hat.

Als Reaktion auf die seit Beginn des Jahres in Neumünster durch die Polizei verfolgte „Null-Toleranz-Strategie“ führte der bundesweit agierende Hamburger Neo-Nationalsozialist Christian Worch am 24. November unter dem Motto „Schluss mit der Repression gegen den Club 88“ eine Demonstration durch, die als Höhepunkt der neo-nationalsozialistischen Aktivitäten im zweiten Halbjahr in Schleswig-Holstein angesehen werden kann. Die etwa 180 bis 200 Teilnehmer waren aus allen Teilen des Landes sowie aus Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern angereist, unter ihnen auch solche, die seit geraumer Zeit nicht mehr an rechtsextremistischen Aktionen teilgenommen hatten. Ein Zusammentreffen mit etwa 500 Gegendemonstranten konnte durch die starke Polizeipräsenz verhindert werden, hatte aber eine deutliche Verkürzung der angemeldeten Marschstrecke zur Folge.

4.3 Kreis Segeberg

Im Kreis Segeberg zeichnete sich im Jahr 2007 ein ungewöhnliches Bild ab: Obwohl es keine Informationen über die Existenz einer organisierten neo-nationalsozialistischen Szene im Kreisgebiet gibt, war der Kreis gleich mehrfach Schauplatz rechtsextremistischer Betätigungen. So fand am 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, in Bad Bramstedt eine Demonstration von etwa 130 Rechtsextremisten - überwiegend Neo-Nationalsozialisten - unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ statt. Es kam zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und eingesetzten Polizeikräften. Die Demonstration wurde daraufhin zwar vorzeitig aufgelöst, innerhalb der Szene jedoch als Erfolg gewertet:

„Die repressiven und rechtswidrigen Polizeistaatmethoden ändern aber nichts daran, daß die Demonstration in Bad Bramstedt ein Erfolg war.“

Am 23. Juni wurden im Stadtbereich von Bad Segeberg mehrere tausend Flugblätter einer „Volksinitiative Gemeinnutz vor Minderheitennutz“ verteilt, deren Inhalt sich gegen den Neubau einer Synagoge in der Stadt wandte. Verantwortlich hierfür waren sowohl der NPD-Kreisverband Segeberg/Neumünster als auch „Freie Nationalisten“.

An verschiedenen Orten im Bundesgebiet demonstrierten am 18. August etwa 1.200 Rechtsextremisten anlässlich von „Rudolf-Heß-Gedenkaktionen“. Auch der Kreis Segeberg wurde zum Schauplatz einer solchen Aktion. In Nützen fand eine etwa halbstündige Kundgebung statt. Hier versammelten sich rund 30 Neo-Nationalsozialisten beim örtlichen Ehrenmal, konnten allerdings kaum öffentliche Aufmerksamkeit erringen. Offensichtlich handelte es sich um eine Ersatzveranstaltung für eine nicht genehmigte Demonstration in Hamburg.

Auch die übrigen im Kreisgebiet zu beobachtenden Aktivitäten hatten zumeist einen revisionistischen Bezug: Anlässlich des Todestages von Paul von Lettow-Vorbeck am 9. März legten einige NPD-Mitglieder am 18. März einen Kranz an dessen Grabstätte in Pronstorf nieder, am Volkstrauertag (18. November) fand eine Kranzniederlegung in Seth statt. Den 8. Mai nutzten NPD-Angehörige und „Freie Nationalisten“, um in Wahlstedt das dortige Ehrenmal zu reinigen.

Als politische Aktion mit Gegenwartsbezug ist lediglich eine im Rahmen der bundesweiten NPD-Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm durchgeführte Aktion in Norderstedt zu bezeichnen: Dort verteilten einige NPD-Anhänger am 9. Juni Flugblätter in der Einkaufszone und in Hausbriefkästen.

4.4 Kreis Pinneberg

In der einstigen Hochburg der schleswig-holsteinischen Neo-Nationalsozialisten gab es auch 2007 keine nennenswerten Aktivitäten. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die ehemals vorhandene neo-nationalsozialistische Kameradschafts-Szene neu organisiert hat bzw. dieses anstrebt. Auch der NPD-Kreisverband Westküste, der die Landkreise Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg umfasst, entfaltet im Kreisgebiet kaum Aktivitäten. Allerdings war festzustellen, dass einige Mitglieder des Kreis-

verbandes aktiv den Landtagswahlkampf in Niedersachsen durch das Verteilen von Wahlkampfmaterialien und die Einwerbung von Unterschriften unterstützt haben.

4.5 Kreis Ostholstein

Der Kreis Ostholstein ist nach wie vor einer der regionalen Schwerpunkte im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus. Dies liegt besonders an den umfangreichen Aktivitäten des NPD-Kreisverbandes Lübeck/Ostholstein und seinem Vorsitzenden Jörn Lemke. Offenbar ist es Lemke gelungen, ein bestimmtes Personenpotenzial zu fortdauernder politischer Mitarbeit zu bewegen. So gelang es dem Kreisverband im Berichtsjahr, diverse Aktionen durchzuführen, darunter eine Vielzahl von Informationstischen im gesamten Kreisgebiet: Am 19. Mai in Grömitz, am 9. Juni in Ahrensböök, am 16. Juni in Süsel, am 23. Juni in Seeretz, am 11. August in Malente, am 6. Oktober in Burg (Fehmarn) und am 3. November in Heiligenhafen.

Alle diese Veranstaltungen verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Die Informationstische sollten dazu genutzt werden, mit Bürgern ins Gespräch zu kommen und Informationsmaterialien der Partei in Umlauf zu bringen. Teilweise wurde auch eine durch den Kreisverband selbst erstellte „Bürgerzeitung“ verteilt. Thematisch fokussierte sich der Kreisverband meist auf „regionale“ Themen (Fehmarnbelt-Querung, Verwaltungsstrukturreform usw.), die den Bürger direkt ansprechen sollten. So versuchte er, das Bild einer echten Kommunalpartei zu erwecken und politische Akzeptanz und Glaubwürdigkeit zu erlangen:

„(...) daß unser Kreisverband durchaus Lösungen zu dringenden kommunalpolitischen Problemen anbieten kann. (...) Dieser publizistischen Arbeit ist das Fundament jeder glaubwürdigen nationalen Politik, (...)“

Weiterhin fanden regelmäßige politische Stammtische in Ostholstein und Lübeck statt. Damit ist der NPD-Kreisverband Lübeck/Ostholstein insgesamt als einer der aktivsten im gesamten Land anzusehen.

Rechtsextremistische Aktivitäten, die eindeutig dem neo-nationalsozialistischen Lager zuzurechnen sind, fanden im Jahr 2007 im Bereich Ostholstein kaum statt. Den-

noch sind im Kreisgebiet zahlreiche Einzelaktivisten bekannt, deren politische Heimat eher in der Subkultur-Szene liegt. Anlässlich des als „Heldengedenktag“ glorifizierten Volkstrauertages am 18. November legten etwa 20 Angehörige der „Freien Nationalisten“ am Ehrenmal in Eutin einen Kranz nieder. Dass auch NPD-Mitglieder teilnahmen und dass über diese Gedenkveranstaltung auch auf den Internet-Seiten des NPD-Kreisverbandes Lübeck/Ostholstein berichtet wird, zeigt wiederum, wie eng die Strukturen von NPD und Neo-Nationalsozialisten besonders im Lübecker/Ostholsteiner Bereich inzwischen miteinander verbunden sind.

4.6 Nördliches Schleswig-Holstein - Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Stadt Flensburg

In den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg konnte eine Zunahme planmäßiger rechtsextremistischer Aktivitäten beobachtet werden. Ursächlich hierfür ist die Entwicklung des im Jahr 2006 gegründeten NPD-Kreisverbandes Nordfriesland/Schleswig-Flensburg/Flensburg. Seit März 2007 ist dieser als letzter NPD-Kreisverband Schleswig-Holsteins mit einer eigenen Seite im Internet vertreten. Hier berichtet er regelmäßig über von ihm organisierte Aktionen und Teilnahmen an überregionalen Veranstaltungen. Die Aktivisten ließen sich danach in zahlreiche Aktivitäten im Kreisgebiet, aber auch außerhalb des nördlichen Schleswig-Holsteins, einbinden. Insbesondere nutzte der Kreisverband die Landratswahl im Kreis Nordfriesland am 16. September als Agitationsfeld, indem er einen „unabhängigen“ Kandidaten unterstützte (siehe dazu unter Nr. II 3.1.2). Die NPD hatte auf ihren Internet-Seiten sowie in ihrer Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ (Nr. 23 und 24) für eine Unterstützung und Beteiligung an der Wahl geworben. Des Weiteren wurde eine eigene Internet-Seite für diesen Bewerber ins Netz gestellt.

4.7 Südöstliches Schleswig-Holstein - Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn

Der NPD-Kreisverband Lauenburg/Stormarn gehörte über Jahre zu den aktivsten im Lande. Im Berichtsjahr waren die Aktivitäten aber durch interne Querelen überschattet. Einer der wenigen Auftritte fand am 24. Juli in Lauenburg statt. Eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Rechtsextremismus“ sollte offenkundig zur Erprobung der vom Parteivorstand vorgegebenen neuen Strategie der öffentlichen „Wortergrei-

fung“ genutzt werden. Zur Verstärkung der örtlichen Funktionäre war auch der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Jörn Lemke erschienen. Ohne Erfolg wurde versucht, vom Veranstaltungsthema „Die modernen Nazis“ abzulenken, indem auf angebliche Inkonsequenzen demokratischer Parteien und staatlicher Institutionen gegenüber Linksextremisten hingewiesen wurde.

Auch im zweiten Halbjahr gingen vom Kreisverband Lauenburg/Stormarn nur wenige Aktionen aus. Unter anderem wurden im August und im November „kreisweite Verteilaktionen von Flugblättern“ durchgeführt. Nach einer Meldung in der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ wurden am 3. November „ungefähr 4.000 Flugblätter unterschiedlichen Inhaltes in Briefkästen und wartende Hände gegeben in der nicht unberechtigten Hoffnung, daß immer mehr Menschen sich der Lügen und üblen Machenschaften der derzeit Herrschenden bewußt werden“.

Zum Jahresende zeichnete sich ab, dass der NPD-Kreisverband Lauenburg/Stormarn zur Kommunalwahl im Mai 2008 in Schleswig-Holstein antreten wird. Der Grund hierfür dürften überdurchschnittliche Ergebnisse, unter anderem bei der Landtagswahl 2005, im Wahlbezirk Lauenburg sein.

Neben der NPD existiert auch in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn eine von der Partei unabhängige, teilweise sehr aktive Subkultur-Szene. Anhänger dieses Personenkreises traten allerdings nur auf der so genannten Spontandemonstration der NPD am 2. Juni in Lauenburg in Erscheinung (siehe dazu unter Nr. II 3.3.1).

4.8 Kreis Rendsburg-Eckernförde

Im Raum Rendsburg waren im Berichtsjahr kaum zielgerichtete politische Aktionen zu verzeichnen. Im Frühjahr 2007 nahmen zwar zahlreiche Straf- und Gewalttaten zweier Angehöriger der lokalen Szene einen breiten Raum in der öffentlichen Berichterstattung ein; die große Mehrheit der Angehörigen der lokalen bzw. regionalen Rendsburger Szene war jedoch 2007 politisch inaktiv.

Öffentliche Aufmerksamkeit erregten rechtsextremistische Vorkommnisse im Raum Rieseby. Dort hat sich seit Ende 2006/Anfang 2007 eine kleine lokale rechtsextremistische Szene entwickelt, zu der überwiegend Jugendliche zu zählen sind. Dem Personenkreis sind weitere Szene-Angehörige aus Eckernförde sowie den dortigen Umlandgemeinden zuzurechnen. Insbesondere der für Rieseby zuständige NPD-Kreisverband Kiel/Plön nutzte die öffentliche Diskussion über eine mutmaßliche rechtsextremistische Szene in Rieseby, um öffentlichkeitswirksam agitieren zu können. In der Region sind 2007 folgende rechtsextremistische Aktionen bekannt geworden:

- 24. Februar: Flugblatt-Aktion des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön in Rieseby und Umgebung
- 8. März: Verteil-Aktion der NPD-„Schulhof-CD“ vor der Grund- und Hauptschule in Rieseby
- 28. März: Politisch motivierte Gewalttat in Rieseby; körperliche Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der rechtsextremistischen sowie der linksextremistischen Szene aus Eckernförde
- 21. April: Aufgelöstes rechtsextremistisches Skinhead-Konzert mit rund 80 Teilnehmern in Kosel
- 19. Mai: (Kurz nach Beginn) untersagter NPD-Informationsstand des Kreisverbandes Kiel/Plön in Rieseby
- 23. Juni: Sonnenwendfeier in Kosel
- 15. Dezember: Sonnenwendfeier in Kosel

Die dortigen Ereignisse verdeutlichen die Gefahr der rechtsextremistischen Anpolitisierung von Jugend-Cliquen. Ideologisch gefestigte Rechtsextremisten versuchten, diffuse rechtsextremistische Vorstellungen von Jugendlichen für ihre Zwecke zu nutzen. Die Entwicklung in Rieseby war im September Anlass für drei Demonstrationen, an denen sich neben dem bürgerlichen Spektrum auch eine Vielzahl von Linksextremisten beteiligte.

4.9 Kiel und Kreis Plön

Die rechtsextremistische Szene im Raum Kiel und im Kreis Plön besteht weiterhin aus unterschiedlichen Strömungen, die nur sehr vereinzelt in Kontakt stehen. Einem größtenteils der Polizei bekannten Kreis gewaltbereiter subkulturell geprägter Jugendlicher aus dem Stadtgebiet steht der recht aktive NPD-Kreisverband Kiel/Plön gegenüber. Die Internet-Seite dieses Kreisverbandes lässt eine breite Palette von allgemein-politischen Themen erkennen, die mit hinlänglich bekannten rechtsextremistischen Untertönen kommentiert werden. Aktivisten des NPD-Kreisverbandes verteilten Anfang des Jahres die erste und Mitte des Jahres die zweite Ausgabe der „Bürgerzeitung“, einer vierseitigen DIN-A5-Publikation, an Passanten im Kieler Stadtgebiet und in Preetz. Inhaltlich wurden allgemein-politische Themen, wie z. B. Erhöhung der Mehrwertsteuer, Verwaltungsstrukturreform oder die Einführung der Regionalschule in Schleswig-Holstein, aufgegriffen.

Auf Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit abzielende Aktivitäten gab es im Zusammenhang mit den gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm gerichteten Aktionen der Partei. Einzelne Aktivisten aus diesem Kreis beteiligten sich regelmäßig an offenkundig neo-nationalsozialistischen Veranstaltungen im Land. Dies spiegelt sich an der Themenauswahl der Internet-Seite wider.

Die rechtsextremistischen Vorfälle in der Gemeinde Rieseby (Kreis Rendsburg-Eckernförde) wurden vom NPD-Kreisverband genutzt, um medienwirksam Präsenz zu zeigen.

4.10 Kreis Dithmarschen

Durch die Aktivitäten einiger „Freier Nationalisten“ hatte sich der Kreis Dithmarschen unter Anleitung des „Aktionsbüro Norddeutschland“ in kurzer Zeit bis zum Anfang des Jahres 2007 zu einer der scheinbaren Hochburgen des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein entwickelt. Hier war es gelungen, die über weite Teile des Kreises verstreuten Szene-Anhänger zu planmäßiger politischer Arbeit zu bewegen. Die Gruppe arbeitete offenkundig vorbehaltlos mit der NPD zusammen. Sie trat als „Nationale Aktionsfront Dithmarschen“ offensiv öffentlich in Erscheinung. Über die Landesgrenzen reichende Aufmerksamkeit erzielte sie durch die Anmietung einer ehemaligen Gaststätte, die sie für rechtsextremistische Musikveranstaltungen zur Verfü-

gung stellte. Nachdem eine derartige Nutzung durch ordnungsbehördliche Entscheidungen nicht mehr möglich war, gingen die Aktivitäten der Neo-Nationalsozialisten aus Dithmarschen zurück. Das dieser Szene zuzurechnende Personenpotenzial ist in der Region aber weiterhin existent.

5 Schrifttum und Verlagswesen

5.1 „Arndt-Verlag“

Zu den bedeutendsten Verbreitern rechtsextremistischer Literatur in Deutschland zählt der „Arndt-Verlag“ in Martensrade (Kreis Plön). Zum Unternehmenskomplex gehören der dem Verlag angeschlossene Buchdienst „Lesen & Schenken“ sowie der „Bonus-Verlag“, der „Orion-Heimreiter-Verlag“ und der „Pour-le-Mérite-Verlag“. Außerdem wird die „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ) herausgegeben.

Das Vorwort des Jahreskatalogs „Lesen & Schenken“ lässt keine Zweifel an dessen rechtsextremistischer Intention aufkommen. Die Aussagen sind durch Geschichtsrevisionismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskreditierung des demokratischen Rechtsstaates geprägt:

- „Wir lieben unser eigenes Vaterland, so wie die anderen Völker ihr Vaterland lieben. (...) Ein friedliches Europa der Vaterländer ist unser Traum, das EU-Europa der Kommissare und ohne demokratische Legitimation lehnen wir ab.“
- „Wir fühlen uns unter Landsleuten, insbesondere eigenen Kindern, besonders wohl. Daher empfinden wir Zuwanderung und Multikulti nicht als Bereicherung. Menschen anderer Völker schätzen wir besonders im Ausland und hier bei uns als gern gesehene Gäste, z. B. als Urlaubsreisende, private Besucher, zeitlich befristete Arbeitskräfte und als Gaststudenten.“
- „Unser Volk hat eine große kulturelle Tradition, auf die wir zu Recht stolz sind. In unserem Angebot pflegen wir besonders die Kultur der seit 1945 abgetrennten Gebiete Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Sudetenland, weil diese in Gefahr ist, in Vergessenheit zu geraten.“
- „Wir sind in großer Sorge um unsere freiheitliche Ordnung. Die Grundrechte unseres Grundgesetzes werden immer weiter ausgehöhlt durch Einschränkungen der Rede- und Meinungsfreiheit, durch Sondergesetze gegen freie Geschichtsschreibung, und Unterlaufen des Zensurverbotes, durch staatliche Willkürakte wie z. B. wahrheitswidrige Verfassungsschutzberichte.“
- „Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung der deutschen Vergangenheit. Die Geschichte unseres Volkes ist nicht besser oder schlechter als die anderer Völ-

ker. Insbesondere unsere Soldaten zweier Weltkriege sowie die unserer heutigen Bundeswehr verdienen Anerkennung und Respekt. Es wird oft vergessen, dass sie nicht für sich selbst, sondern für uns kämpf(t)en. In einem besonders breiten Angebot zu diesem Thema rücken wir das wieder gerade, was Medien und Schulen verzerren.“

Beispielhaft für das Programm von „Lesen & Schenken“ sind die im Jahr 2007 angebotenen Bücher des NS-Rasseideologen Hans F. K. Günther sowie die Bücher des seit 2005 inhaftierten Holocaust-Leugners David Irving. Für die Bücher von Irving wird kämpferisch geworben: „3 Jahre Haft für Irving! Jetzt seine Aufklärungsbücher verbreiten!“.

Eine Vielzahl der im Angebot befindlichen Bücher zeigt eine ausgesprochen unkritische Haltung gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus. Dazu gehören unter anderem Bildbände wie „Der Österreich-Anschluß 1938“, der mit der Überschrift „Der Traum vom Reich aller Deutschen“ beworben wird, und „Der ‚Mann des Jahrhunderts‘ - Meinungsstreit um Adolf Hitler“, der mit der Frage „Reformatorische Gestalt von höchstem Range?“ aufgemacht wird.

Durch diese Art der Publikationen wird versucht, den Lesern ein positives Bild über den Terror der Nationalsozialisten zu vermitteln. Des Weiteren werden über den Buchdienst neben Büchern auch CDs (z. B. Produktionen der rechtsextremistischen Skinhead-Gruppe „Sturmwehr“ und der rechtsextremistischen Liedermacher Frank Rennie und Annett) sowie Geschenkartikel mit Bezug zum Dritten Reich angeboten.

5.2 Sonstige Verlage und Vertriebsdienste

Seit Juli 2007 existiert in Martensrade (Kreis Plön) der Internet-Versandbuchhandel „BuchTreu.de“. Auf seiner Internet-Seite werden überwiegend Bücher der bereits unter Nr. II 5.1 genannten Verlage, das heißt des „Arndt-Verlag“, des „Bonus-Verlag“, des „Orion-Heimreiter-Verlag“ und des „Pour-le-Mérite-Verlag“, angeboten. Unter der Rubrik „Antiquarisches“ findet man unter anderem das Buch „Gattenwahl“ von Hans F. K. Günther und Bücher wie „Mit Hitler an die Macht“, „Adolf Hitlers Reden“ und „Die Reden des Führers nach der Machtübernahme“.

Rechtsextremistische Literatur wird in Schleswig-Holstein auch vom „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“ (Viöl, Kreis Nordfriesland), der „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ (Stafstedt, Kreis Rendsburg-Eckernförde) und dem „Faktum-Verlag GmbH“ (Burg, Kreis Dithmarschen) angeboten.

6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2005 bis 2007

	2005	2006	2007
NPD/JN	220	240	240
DVU	400	300	250
„Die Republikaner“	40	entfällt	entfällt
Sonstige			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	60	60	80
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	90	90	100
Gewaltbereite, insbesondere Skinheads	660	660	740
Gesamt Land *	1.350	1.350	1.410
Gesamt Bund **	39.000	38.600	33.000

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

** In dieser Zahl waren bis zum Jahr 2006 auch die „Republikaner“ enthalten.

III. Linksextremismus

1 Überblick

Herausragender Kristallisationspunkt der linksextremistischen Szene war in den vergangenen zwei bis drei Jahren der G8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern). Unverkennbar war das Bemühen, eine möglichst professionelle Planung und Organisation von Protesten unter Federführung des undogmatischen Spektrums sicherzustellen. Schleswig-holsteinische Aktivisten der Gruppierung „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ waren dabei ganz maßgeblich in die Vorbereitungen eingebunden. Zwar gelang es dem linksextremistischen Spektrum nicht, eine einheitliche Protestfront aufzubauen, doch gab es mehrere Mobilisierungsbündnisse, die in Teilen zusammenarbeiteten. Die erhoffte durchgängige Einbindung möglichst vieler nicht-extremistischer Gruppierungen war aber wenig erfolgreich: Vieles lief nicht mit-, sondern nebeneinander.

Linksextremisten sind erklärte Gegner der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, die sie als von Rassismus und Faschismus geprägten Kapitalismus diffamieren. Je nach ideologisch-politischer Orientierung - revolutionär-marxistisch oder anarchistisch - haben sie sich als Ziel ein totalitäres kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ (Anarchie) gesetzt. Folgerichtig sollen politische Aktivitäten und Kampagnen dazu geeignet sein, diesen Zielen schrittweise näher zu kommen. In den Bereichen des dogmatischen sowie des eher organisierten undogmatischen Linksextremismus wird mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen zudem die Hoffnung verbunden, eine Stärkung der systemkritischen Szene, insbesondere der eigenen Organisation, zu erzielen. Vor diesem Hintergrund sind auch die teils erheblichen Anstrengungen zu verstehen, die zur Planung und Durchführung der Aktivitäten gegen den G8-Gipfel unternommen wurden.

Die Themen „Anti-Atom“, „Alternative/Autonome Zentren“ sowie „Sozialproteste“ waren für die linksextremistische Szene im Berichtsjahr von eher geringerer Bedeutung; hingegen wurden die Politikfelder „Anti-Globalisierung“, „Anti-Repression“, „Anti-Faschismus“ sowie „Anti-Militarismus“ häufiger Anlass von Aktivitäten.

Auf Bundesebene hat sich die Anhängerschaft der Linksextremisten wiederum geringfügig um 100 Personen auf 30.800 (2006: 30.700) erhöht. Auch in Schleswig-Holstein steigerte sich ihre Anzahl gegenüber dem Vorjahr (820) auf nunmehr rund 850 Personen. Dabei entfallen auf den dogmatisch geprägten Linksextremismus unverändert etwa 500 Personen. Die gewaltbereite undogmatisch-linksextremistische Szene verfügt landesweit über rund 350 Anhänger. Der Zuwachs von etwa 30 Personen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass vorwiegend junge Leute im Zuge der Gegenveranstaltungen zum G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm den Anschluss an die gewaltbereite autonome Szene gefunden haben.

Im Jahr 2007 sind für Schleswig-Holstein 236 (2006: 118; 2005: 274) Straftaten, davon 38 (2006: 41; 2005: 86) Gewaltdelikte, im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden. Die Zahl der Straftaten hat sich im Vergleich zu 2006 erhöht, bewegt sich aber in der bekannten Schwankungsbreite der letzten Jahre. Gewalttätige Aktionen gegen rechtsextremistische Veranstaltungen in Lübeck, Bad Bramstedt und Neumünster sowie Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel haben im Vorjahresvergleich zu einem Wiederanstieg beigetragen.

2 Schwerpunkt: Linksextremistischer Einfluss auf die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm

In Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) fand vom 6. bis 8. Juni unter deutschem Vorsitz das jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8) statt. Die linksextremistische Szene hatte sich bereits seit dem Frühjahr 2005 auf verschiedene Proteste gegen diesen G8-Gipfel vorbereitet. So ist das Jahr 2007 im Hinblick auf Szene-Aktivitäten folgerichtig weitgehend sowohl durch die Vor- und Nachbereitungen als auch durch die Protestveranstaltungen selbst bestimmt worden.

2.1 Beteiligte Gruppierungen

Zwei große Mobilisierungsbewegungen waren maßgeblich an den Vorbereitungen der Proteste beteiligt: Die „Interventionistische Linke“ (IL) und „Dissent!“. Hauptsträger der Mobilisierung wurde letztendlich ein ursprünglich von der IL ange-

stoßenes „Gesamtbündnis“. In Schleswig-Holstein bekannten sich ein regionales Netzwerk „Norden gegen G8“ sowie das Bündnis „Block G8“ zur IL, die Kieler Gruppe „noG8“ zu den Grundsätzen des „Dissent!“-Netzwerkes. Aus überregionaler Sicht ist die Unterstützung der Protestvorbereitungen im Rahmen der IL durch „Attac“, der deutschen Sektion des internationalen globalisierungskritischen Netzwerkes, ebenso zu nennen wie die Beteiligung der Partei „Die Linke“. Auch die „Deutsche Kommunistische Partei“ und die „Rote Hilfe“ gehörten zu den Bündnispartnern.

Die IL ist ein Zusammenschluss verschiedener undogmatisch-linksextremistischer Gruppierungen, mehrerer revolutionär-marxistischer Organisationen sowie zum Teil langjährig aktiver, nicht immer auch linksextremistischer Einzelpersonen. Aus Schleswig-Holstein ist die Gruppierung „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ beteiligt. Der Zusammenschluss sollte nach eigenem Bekunden unter Einbindung möglichst vieler Gruppen gesellschaftliche Breite erzielen. Dieses Ziel wurde verfehlt: Die Beteiligung nicht-extremistischer Gruppierungen und Organisationen an der Vorbereitung der Proteste blieb eher verhalten. Allerdings haben sich die beteiligten Gruppen in mehreren „Aktionskonferenzen“ auf eine „Gesamtchoreografie der Proteste“ verständigen können. Während der „Aktionswoche“ gegen das G8-Treffen konnten diese Pläne dann auch weitgehend realisiert werden. Einzelaktivisten der Lübecker Ortsgruppe von „Avanti“ sind in diesem Zusammenhang maßgeblich an der Organisation der Proteste beteiligt gewesen.

Der neben der IL wichtigste weitere Mobilisierungsträger war „Dissent!“. Das Netzwerk „Dissent!“ ist der deutschsprachige Ableger des gleichnamigen, entscheidend von militanten britischen Globalisierungskritikern beeinflussten britischen Netzwerkes. Es versteht sich als Zusammenschluss verschiedener linksradikaler Strömungen. Somit ist es am treffendsten, diesen als Zusammenhang verschiedener Einzelpersonen und Gruppen zu beschreiben, von denen viele auch in anderen Agitationsbereichen, wie z. B. der Schaffung von Freiräumen, dem „Anti-Atom-Kampf“ oder der „Antifa-Arbeit“ aktiv sind. „Dissent!“ bemühte sich um eigenständige Aktionspläne, arbeitete allerdings auch in den Vorbereitungsgruppen des Gesamtbündnisses mit. Das Netzwerk „Dissent!“ hatte in Schleswig-Holstein bis auf eine Kieler „noG8“-Gruppe keine nennenswerte Anhängerschaft.

Im Oktober 2006 hatten sich darüber hinaus schleswig-holsteinische Aktivisten unterschiedlicher linksextremistischer Gruppierungen sowie Bündnisse und Initiativen des bürgerlichen Lagers zu einem Netzwerk „Norden gegen G8“ zusammenschlossen. In einem Artikel der linksextremistisch beeinflussten Kieler Szene-Zeitschrift „LinX“ wurden als gemeinsame Basis die auf der „1. Rostocker Aktionskonferenz“ verabschiedeten Eckpunkte, die „eindeutige Delegitimierung der G8“, „die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen“, ein „solidarischer und verlässlicher Umgang miteinander“ und „eine klare und offensive Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechten Kräften“ genannt.

Die maßgeblich von Gruppen der IL, so auch von der Gruppierung „Avanti“ ins Leben gerufene Initiative „Block G8“, warb in ihrem Flyer damit, dass

„die Kampagne Block G8“ Blockaden organisiert „als Aktionen zivilen Ungehorsams, an denen sich tausende Menschen unterschiedlicher politischer, sozialer und kultureller Hintergründe gemeinsam beteiligen. Gemeinsam drücken wir mit diesen Aktionen ein ‚Nein‘ gegenüber den G8 aus. Als Ausdruck des ‚Neins‘ werden wir nicht nur demonstrieren. Wir werden uns aktiv den G8 in den Weg stellen und die Zufahrten zum Tagungsort blockieren, (...).“

Beabsichtigt war mit den Blockaden, für alle interessierten Personen kalkulierbare, gewaltfreie Veranstaltungen durchzuführen, die für möglichst viele Menschen fast aller politischen Ausrichtungen die Voraussetzungen schaffen sollten, teilzunehmen. Ein Ziel der Organisatoren war, durch die Masse der Menschen ein sichtbares Zeichen zu setzen.

Zur angestrebten flächendeckenden Umsetzung wurden Gruppen vor Ort geworben und regionale Netzwerke gegründet, die ihrerseits für das Angebot warben. Das Gruppenspektrum reichte von der linksextremistischen Szene bis in das bürgerliche Lager. In Informationsveranstaltungen mit Aktionstraining wurde das Massenblockade-Konzept geübt, um durch effektive Blockaden die Infrastruktur des Gipfels lahm zu legen und so die Protestkultur weiterzuentwickeln.

Die „Rote Hilfe“ veröffentlichte als gruppenübergreifende Organisation schon frühzeitig auf ihrer Internet-Seite, dass sie nach Kräften alle unterstützen wolle,

„(...) die während der Proteste gegen den G8-Gipfel von staatlicher Repression betroffen sind. Der legitime Widerstand gegen den globalisierten Kapitalismus lässt sich nicht durch Kriminalisierung und Versammlungsverbote aus der Welt schaffen.“

2.2 Mobilisierungskampagnen und -aktionen

2.2.1 Mobilisierung 2005 und 2006

Bereits seit Anfang 2005 begannen die verschiedenen Gruppen aus der linksextremistischen Szene, sich auf Maßnahmen gegen den Gipfel vorzubereiten. Im Internet riefen sie zu einer groß angelegten Kampagne gegen den G8-Gipfel auf, so auch die in Schleswig-Holstein maßgeblich vertretene Gruppierung „Avanti - Projekt undogmatische Linke“.

Die IL (siehe dazu unter Nr. III 2.1) wollte nach einem Ende Juli 2005 veröffentlichten „Aufruf zu gemeinsamen Aktionen gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm“ unter Einbindung „linker, linksradikaler, trotzkistischer, kirchlicher, parteinaher, gewerkschaftlicher Gruppen“, aber auch der „Linkspartei.PDS“ und von „Attac“, möglichst viele gesellschaftsrelevante Organisationen und Gruppierungen zu einem Gesamtbündnis zusammenführen. Sie forderte, gemeinsam die Voraussetzungen für „kraftvolle Tage des Widerstandes“ beim G8-Gipfel zu schaffen. Das Gesamtprojekt G8-Mobilisierung 2007 sei zu groß für eine einzelne Organisation. Nur durch das gemeinsame Handeln und Wirken „aller Spektren der Linken“ könne „ein Aufbruchsignal für eine sich neu formierende Bewegung, die wieder Kraft und Selbstbewusstsein besitzt“, entstehen.

Während es der IL hauptsächlich um den Bündnischarakter ging, strebte „Dissent!“ eher die direkte Konfrontation an. In einem im Internet veröffentlichten „Aufruf zu massiven und massenhaften Blockaden rund um die rote Zone“ schrieb eine Gruppe des „Dissent!“-Netzwerkes:

„Um (...) den Ablauf möglichst umfassend zu stören, setzen wir auf einen Ring größerer und kleinerer Blockaden, massiv und massenhaft, (...). Das kann neben klassischen Massenblockaden auch die Errichtung und gegebenenfalls die Verteidigung von Barrikaden, direkten Aktionen (...) oder auch das Binden von Polizeieinheiten durch den Black Bloc beinhalten.“

Das Netzwerk rief in der Einladung zu einem Vorbereitungswochenende im Oktober 2005 auch dazu auf, denen „der ‚Gruppe der acht‘ zu zeigen, für wen sie NICHT spricht“. Die Mobilisierung der Massen gegen das G8-Gipfeltreffen sei eine „Chance für Vernetzung und intensiven Austausch von Ideen und Praxen“.

Zur Vorbereitung der geplanten Aktionen wurden Aktionskonferenzen und ein Camp organisiert. Gut ein Jahr vor dem Gipfeltreffen fand am 25./26. März 2006 das erste große Treffen in Rostock als „1. Aktionskonferenz gegen den G8-Gipfel 2007“ statt. An der von der IL organisierten Mobilisierungsveranstaltung nahmen G8-Kritiker aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Die Konferenz wurde seitens der IL als erster wichtiger Schritt hinsichtlich der Bildung eines umfassenden Gesamtbündnisses gegen das G8-Treffen in Heiligendamm gesehen.

Vom 4. bis 13. August 2006 trafen sich in Steinhagen (Mecklenburg-Vorpommern) Globalisierungsgegner zu einem internationalen Mobilisierungscamp „CampInsky“ mit rund 150 Workshops, unter anderem zu den Themenkomplexen „Gentechnik“, „Migration“, „Militarismus“ und „Blockaden“. Daneben kam es zu vereinzelt, meist friedlich verlaufenen dezentralen Aktionen in der Region.

Die „2. Aktionskonferenz“ fand vom 10. bis 12. November 2006 wiederum in Rostock statt. Mehr als 450 Globalisierungsgegner beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter an der „Internationalen Aktionskonferenz zum G8-Gipfel 2007“, darunter Teilnehmer aus Griechenland, Polen, den Niederlanden und Großbritannien. Mit einer im Internet veröffentlichten Abschlusserklärung verständigte man sich auf einen „Fahrplan für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel“ (siehe dazu unter Nr. III 2.3.3), der Grundlage für weitere Planungen wurde.

2.2.2 Mobilisierung 2007

Anfang 2007 wurde die Lage im linksextremistischen Bereich immer deutlicher durch die Vorbereitung von Protestaktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bestimmt. Das Thema verdrängte zwar nicht alle anderen „klassischen“ linksextremistischen Aktionsfelder, vereinnahmte sie aber zunehmend (siehe dazu unter Nr. III 4).

Zur weiteren Abstimmung wurde in Rostock vom 13. bis 15. April die „3. Aktionskonferenz“ mit Teilnehmern aus verschiedenen europäischen Ländern organisiert. Die anlässlich früherer „Aktionskonferenzen“ gegründeten Arbeitsgruppen bereiteten die geplanten Aktionen und Demonstrationen weiter vor. Den Abschluss bildete ein „Zaunspaziergang“ am 15. April in der Nähe des Sicherheitszaunes in Heiligendamm; geübt wurde eine Straßenblockade.

Eine Demonstration gegen das „Asia-Europe-Meeting“ in Hamburg am 28. Mai wurde in der globalisierungskritischen Szene als Generalprobe für die Proteste in Heiligendamm angesehen. Mehr als die Hälfte der rund 4.000 Demonstranten war dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen; zum so genannten Schwarzen Block an der Spitze des Aufzuges gehörten rund 500 Personen. Diese hatten bereits im Vorfeld ihre Gewaltabsichten klargestellt: Polizisten wurden aus der Demonstration heraus mit Farbbeuteln und Flaschen beworfen. Nach Demonstrationsende blockierten militante Kleingruppen in der Innenstadt Straßen, bauten Barrikaden oder versprühten große Mengen Reizgas. In der linksextremistischen Szene wurde die Demonstration als ein „Punktsieg für die Aktivisten“ gewertet.

Die Bereitschaft der Szene, die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zu unterstützen, war trotz aller Informationsveranstaltungen kurz vor dem Gipfelbeginn sehr unterschiedlich ausgeprägt. Durchsuchungen der Polizei am 9. Mai hatten die Szene einerseits deutlich verunsichert; andererseits hatten spontane Reaktionen im Hamburger Schanzenviertel gezeigt, dass Polizeimaßnahmen als „staatliche Repression“ ein erhebliches Mobilisierungspotenzial enthalten.

Die über Europa hinausgehenden „Infotour“-Veranstaltungen des „Dissent!“-Netzwerkes sowie die ausländischen Teilnehmer an den Vorbereitungskonferenzen bewirkten letztendlich nicht nur die Mobilisierung einer Vielzahl deutscher Gipfelgegner, sondern darüber hinaus die Teilnahme auch einer Vielzahl ausländischer Globalisierungskritiker an den verschiedenen Protestveranstaltungen im Juni.

2.2.3 Gewaltbereitschaft und Militanz

Die überwiegende Anzahl der geplanten Aktionsformen war friedlich angelegt. Allerdings erklärten verschiedene Organisatoren, dass man gewalttätige Proteste nicht grundsätzlich ablehne. So plante die IL zwar gewaltfreie Aktivitäten, doch sollten auch gewalttätige Aktionen anderer akzeptiert und in das eigene Konzept einbezogen werden. Bereits im Juli 2005 wurde in einem öffentlichen Aufruf als gemeinsame Grundlage „die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen“ vorgeschlagen.

„Dissent!“ erklärte, militante Aktionen als Teil des Protestspektrums zu akzeptieren. In einem im Internet veröffentlichten Bericht der „Dissent!-Infotour“ wurden Anfang 2006 unter anderem auch militante Anschläge als Mobilisierungsform genannt.

Die militante Szene fühlte sich ebenfalls angesprochen. In der Nacht zum 28. Juli 2005 vernichtete ein Brandanschlag das Dienstfahrzeug des Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie AG Hamburg vor seinem Haus in Hollenstedt (Niedersachsen). Das dazu am 1. August bei einer Zeitung eingegangene Selbstbeziehungsschreiben stellt ausdrücklich einen G8-Gipfel-Bezug her:

„Mit unserer Aktion gegen NA Vorstandschef (...) verbinden wir den Vorschlag für eine breite, auch militante Kampagne zum G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm bei Rostock.“

Bundesweit sind bis zum 8. Juni über 600 Straftaten - von Brandanschlägen auf Autos und Häuser bis zu Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien - mit G8- oder EU-Bezug verübt worden.

In diesem Zusammenhang wurden vier Wochen vor dem Gipfeltreffen aufgrund von Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Straftat nach § 129 a Strafgesetzbuch Wohnungen durchsucht. Sie lösten im globalisierungskritischen Spektrum - unabhängig von spontanen Straßenprotesten - zunächst Irritationen aus. Insbesondere nicht-extremistische Globalisierungskritiker waren erst nicht bereit, eine pauschale Solidaritätserklärung zugunsten der Betroffenen abzugeben. Nach anfänglicher Unentschlossenheit bezeichneten auch sie in Pressemitteilungen die Durchsuchungen als eine „völlig überzogene Maßnahme, die in keiner Weise mit dem Rechtsstaatsprinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel“ zu vereinbaren sei.

Linksextremisten hingegen kamen rasch zu dem Schluss, dass sich eine Spaltung der Gipfelgegner nachteilig auf die Mobilisierung gegen das G8-Treffen auswirken könnte und bezeichneten das Abwarten auf das, was als Belastungsmaterial präsentiert werden würde, daher als grundfalsch. In der Absicht, eine Spaltung der Mobilisierung zu verhindern, fanden die Sprecher verschiedener an der Organisation beteiligter Gruppierungen rasch zu einer gemeinsamen Kritik an den Exekutivmaßnahmen. Die Gruppierung „Avanti“ drückte in einer Pressemeldung mit ihrer Einschätzung den Grundtenor derartiger Solidaritätsbekundungen aus:

„Die Aktion des BKA hat mit normalen Ermittlungen nichts zu tun, sondern dient illegitimen politischen Zielen: Der G8-Protest soll in der Öffentlichkeit als terroristisch diffamiert werden, GipfelkritikerInnen sollen eingeschüchtert werden und die interne Kommunikation der Bewegung soll behindert und ausgespäht werden.“

Die „Rote Hilfe“ schloss sich dieser Kritik an. In einer Pressemeldung forderte ein Sprecher vor dem Hintergrund einer „absurden Ausweitung des Terrorismus-Vorwurfs“ gleich die „Abschaffung des Kollektivschuld-Paragrafen 129 a“.

Nach den Durchsuchungen im Mai und Juni war ein spürbarer Anstieg strafbarer Handlungen, die in einen Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen gestellt wurden, zu verzeichnen, so auch in Schleswig-Holstein.

2.2.4 Mobilisierungsmittel

Neben dem als aktuellem überregionalem Informationsmedium genutzten Internet wurde regional in Informationsveranstaltungen vor Ort geworben.

Die Gruppen des „Dissent!“-Spektrums begannen gut ein Jahr vor dem Gipfeltreffen mit einer „Infotour“ durch deutsche und europäische Städte. Die Begleiter dieser „Infotour“ verstanden sich in ihrer Selbstdarstellung als „InitiatorInnen von Mobilisierungs- und Bildungsprozessen“ im Rahmen der Mobilisierung der „unterschiedlichen linken Spektren“.

Die Gruppen des Netzwerkes „Norden gegen G8“, an dem auch Vertreter der schleswig-holsteinischen Ortsgruppen von „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ beteiligt waren, bewarben in der von ihnen zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel herausgegebenen Massenzeitung „Informationen und Positionen gegen den G8-Gipfel 2007“ über 50 Veranstaltungen. Dazu gehörten auch „Theater gegen G8“ oder „Künstler gegen G8“ sowie Filme über vorherige Gipfeltreffen in Schottland oder Seattle (USA). Die einzelnen Veranstaltungen wurden von den im Netzwerk tätigen Gruppen durchgeführt.

Im Rahmen der Vorbereitungen hat allein die Gruppe „Avanti“ in ihrem Flugblatt „Anti-G8 Veranstaltungsreihe März – Mai 2007“ 28 Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen in Norddeutschland angeboten, „die sich mit inhaltlichen Aspekten der Politik der G8 und des Widerstandes dagegen auseinandersetzen“. Für Schleswig-Holstein wurden 15 Veranstaltungen sowie weitere in Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern geplant.

Für die „Blockade-Trainings“ des „Block G8“ wurde dabei ebenfalls mit einem Flyer und im Internet geworben. Die Veranstaltungen von „Block G8“ sollten als „Aktionen zivilen Ungehorsams“ verstanden werden. Das „Training (ist) für Alle, ob alte Polit-Häsin oder junger Demo-Debütant, gedacht!“. Trainiert wurden das „Durchfließen von Polizeiketten, Sitz- und Stehblockadetechniken“ und der „Umgang mit Presse, Polizei und Justiz“.

Im März 2006 wurde die erste „G8Xtra - Zeitung für eine interventionistische Linke“ herausgebracht. Die Herausgeber (die Gruppen der IL) wollten einem breiteren Leserpublikum gezielt „Informationen rund um und gegen das G8-Treffen 2007“ in Heiligendamm anbieten. Erklärtes Ziel war es,

„die unterschiedlichen Vorstellungen, Themen und Praxen in Kommunikation (nahe) zu bringen und aufzufangen - (...) die ‚Organisationsfrage‘ der alten, der neuen und der neu-neuen Linken in neuer Form diskutierbar zu machen: (...) (die) Sichtbarkeit verschiedener Politikformen, der gesellschaftlichen Alternative.“

Die kostenlose „G8Xtra“ wurde von den Redaktionen verschiedener Szene-Zeitungen herausgegeben. Mitglieder der Gruppe „Avanti“ beteiligten sich ebenfalls mit Artikeln. Bis Juni sind insgesamt vier Ausgaben erschienen. Die Auflagenhöhe betrug jeweils mehrere 10.000 Stück. Alle Ausgaben waren auch im Internet auf den einschlägigen Seiten gegen den G8-Gipfel abrufbar.

Zur Finanzierung ihrer Protestmaßnahmen organisierten die beteiligten Gruppen verschiedene Aktivitäten. Im Dezember 2006 erschien eine Musik-CD mit 20 Liedern von Bands, die in der linken Szene bekannt sind, Anfang Mai 2007 dann der zweite Musik-Sampler. Außerdem wurden „Soli-Konzerte“ organisiert und auf allen einschlägigen Seiten im Internet Spendenaufrufe eingestellt.

2.3 Planung der eigentlichen Aktionen gegen den G8-Gipfel

2.3.1 Logistik

Die von der Szene erhofften großen Teilnehmerzahlen stellten schon in der Vorbereitung erhebliche Anforderungen an die logistischen Planungen. So wurde beispielsweise für den Transport auf verschiedenen Internet-Seiten für Busse und Züge zu den Protesten aus rund 70 Städten Deutschlands geworben.

In Schleswig-Holstein waren für den 2. Juni Busse aus Lübeck, Kiel, Flensburg und weiteren Städten organisiert worden. Außerdem wurde während der Protestwoche zwischen Lübeck und Rostock ein Bus-Shuttle eingerichtet, der von der Szene gut angenommen wurde.

Von zentraler Bedeutung für die erfolgreiche Planung von Protestaktionen waren schon bei früheren Gipfelprotesten so genannte Aktionscamps („Villages“) globalisierungskritischer Aktivisten. Diese eröffnen die Möglichkeit, die Teilnehmer unterzubringen und sie mittels Workshops und Aktionstraining mit Blockadetaktiken, dem empfohlenen Verhalten bei Auseinandersetzungen mit der Polizei, örtlichen Gegebenheiten sowie der landesspezifischen Rechtslage vertraut zu machen. Erst in den regelmäßig stattfindenden Camp-Plena können - in Kenntnis der tatsächlichen eigenen Stärke - grundsätzliche Entscheidungen über Protesttechniken und -ziele getroffen werden.

Die Bemühungen der Protestorganisatoren, geeignete Liegenschaften zu finden, zeigten sich im Vorfeld als nur schwierig durchführbar. Letztendlich konnten aber doch mehrere Camps sowie in einer ehemaligen Schule in Rostock eine Tagungs- und Logistikzentrale („Convergence-Center“) eingerichtet werden. Die Camps und das „Convergence-Center“ verfügten über Strom, Wasser, sanitäre Einrichtungen und „Volxküchen“. Außerdem gehörten Internet-Anschlüsse, Diskussionsräume, Kinderbetreuung, Sanitäter, aber auch Rechtsanwälte zur „Ausstattung“.

Zu den weiteren Aktivitäten zählte ein eigenes „Medien-Center“. Um zeitnah Informationen ins Internet stellen zu können, wurde entsprechende Computertechnik in den Camps und im „Convergence-Center“ bereitgestellt. Daran beteiligt waren Teams verschiedener Medienportale.

2.3.2 Zentrale und dezentrale Blockadeplanungen

Zur möglichst nachhaltigen Störung des G8-Treffens wurden im Vorfeld sowohl Konzepte für Massenblockaden als auch für dezentrale Blockaden entwickelt. Dabei sollte es sich nach dem Willen der Organisatoren im Bündnis „Block G8“ um die am besten geeignete Aktionsform handeln, mit der „viele Menschen gemeinsam einen bewussten Schritt vom Protest zum Widerstand machen“ sollten. Nur durch die „Transparenz in den Aktionsformen und -abläufen“ würden auch Menschen ohne Aktionserfahrungen in größerer Zahl mobilisiert werden können. Den Mobilisie-

rungsveranstaltungen sowie den Veranstaltungen in den Camps wurde deshalb große Bedeutung beigemessen.

Die Planungen des für die Blockaden „zuständigen“ Bündnisses „Block G8“ zielten auf eine „Massenblockade der Zufahrtswege“ ab. Eingebunden werden sollte eine möglichst große Anzahl von Personen mit den unterschiedlichsten Vorstellungen von „Widerstand“ zur Schaffung von Blockaden mit „Mitteln des zivilen Ungehorsams“. Die Zufahrtstraßen zum Tagungsgebäude sollten „nicht freiwillig wieder verlassen“ werden, da man sich nicht auf „rein symbolische Aktionen“ beschränken mochte. Ziel der Organisatoren war, „den G8-Gipfel real und effektiv (zu) blockieren und von seiner Infrastruktur ab(zu)schneiden“. Während der zu den Blockaden führenden Aktionen

„wollen wir eine Situation schaffen, die für alle Blockierenden transparent ist und in der die Aktionsteilnehmer-Innen solidarisch aufeinander achten (...). Alle übernehmen mit Verantwortung für das Gelingen kraftvoller und entschiedener Blockaden und respektieren gegenseitig die Grenzen und Protestkulturen der anderen Teilnehmenden.“

Die geplanten Blockaden wurden zwar als ziviler Ungehorsam beschrieben, ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit allerdings vermieden. Die Blockaden waren nicht etwa als symbolische Aktionen, sondern als solche angelegt, die den Ablauf des G8-Treffens möglichst effizient stören sollten. „Denn wir wollen das Sand im Getriebe dieses Gipfels sein“, sagte ein aus Schleswig-Holstein stammender Kopf der Kampagne „Block G8“ auf einer Pressekonferenz nach einem Koordinierungstreffen in Hannover im Mai 2007.

Neben dem „Gesamtbündnis“ befasste sich auch „Dissent!“ mit der Entwicklung von Blockadekonzepten. Nach anfänglicher Distanz zu den geplanten Massenaktionen und der Konzentration auf die Planung dezentraler Blockaden, die möglichst nahe an die „Rote Zone“ heranführen sollten, beteiligte sich „Dissent!“ letztendlich doch an den Blockadevorbereitungen innerhalb des „Gesamtbündnisses“. Ziel war es, das G8-Treffen mit dezentralen Blockaden „unberechenbar und kreativ“ zu behindern. Man wolle sich an Blockaden am 6. Juni in Rostock-Laage beteiligen, um die An-

kunft der Gipfelteilnehmer auf dem Flughafen zu behindern. Alle anderen Blockaden sollten jedoch dezentral und unabhängig vorbereitet und durchgeführt werden.

2.3.3 „Demo-Fahrplan“

Auf der „2. Internationalen Aktionskonferenz“ Mitte November 2006 in Rostock verständigten sich die Teilnehmer auf einen „Fahrplan für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel“. Die Veranstaltungen wurden von verschiedenen Gruppen und Organisationen des „Gesamtbündnisses“ vorbereitet und durchgeführt. Der „Fahrplan“ beinhaltete folgende Schwerpunkte:

- | | |
|----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. Juni | Antimilitaristische Aktionen
Eröffnung des Anti-G8-Camps |
| 2. Juni | Große internationale Demonstration, Rostock
Konzert „move against g8“ |
| 3. Juni | Aktionstag „Globale Landwirtschaft und Gen-Saatgut“ |
| 4. Juni | Aktionstag „Flucht und Migration“ |
| 5. Juni | Aktionstag „Anti-Militarismus“ gegen Krieg, Folter und globalen
Ausnahmezustand am Flughafen Rostock-Laage |
| 5. bis 7. Juni | Alternativ- und Gegen-Gipfel |
| 6. Juni | Blockade der Gipfelstruktur zwischen Rostock und Heiligendamm |
| 7. Juni | Blockaden
Konzert „Deine Stimme gegen Armut“, Rostock |
| 8. Juni | Abschlusskundgebung, Rostock-Hafen |

2.4 Protestaktionen während der Gipfelwoche

2.4.1 Großdemonstration am 2. Juni in Rostock

Der Aufruf zur zentralen Protestveranstaltung unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ wurde von über 200 Organisationen und Initiativen sowie über 1.000 Einzelpersonen aus dem In- und Ausland getragen. Führende Organisationen waren die Gruppen „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ als Mitglied der IL und Gruppen des „Dissent!“-Netzwerkes, die das militantere Spektrum abdeckten, sowie die globalisierungskritische Gruppe „Attac“. An der Demonstration am 2. Juni, die nach dem Willen der Veranstalter „im vielfältigen Spektrum unterschiedlicher Aktionsformen“ so konzipiert war,

„dass für Jede und Jeden, für Alte und Junge, Familien und Freundeskreise ein geeigneter Ort zum Mitmachen, Mit-Protestieren und Mit-Verändern ist“,

beteiligten sich etwa 30.000 Personen. Selbst gewaltbereite Gruppierungen hatten im Zuge der Vorbereitungen eine gewaltfreie Teilnahme zugesichert.

Nach friedlich verlaufenen Auftaktkundgebungen zogen zwei Demonstrationzüge durch die Rostocker Innenstadt zum Ort der gemeinsamen Abschlusskundgebung am Stadthafen. In einem Aufzug befand sich unter anderem der von der IL organisierte „make-capitalism-history“-Block, dem sich etwa 3.000 Aktivisten angeschlossen hatten. Innerhalb dieses Blocks hatten rund 2.000 militante Autonome einen sogenannten Schwarzen Block gebildet. Schon Stunden vor dem Demonstrationsbeginn um 13 Uhr hatten viele Militante mit Brechstangen Straßenpflaster aufgebrochen und Steine in Einkaufswagen oder Rucksäcken verstaut. Aus dem „Schwarzen Block“ kam es auf dem Weg zum Stadthafen zu ersten Störungen. Am Stadthafen eskalierte die Lage. Ein besetztes Polizeifahrzeug wurde schwer beschädigt, parkende Fahrzeuge wurden umgestürzt und teilweise in Brand gesetzt, Polizeibeamte mit Steinen, Flaschen und Molotow-Cocktails beworfen. Über 120 Personen wurden verhaftet, in Gewahrsam genommen oder erhielten Platzverweise, darunter auch Schleswig-Holsteiner.

Während ein Teil der an der Großdemonstration beteiligten Organisationen das von der Polizei praktizierte Deeskalationskonzept ausdrücklich lobte und sich gleichzeitig von den „Randalierern“ distanzierte, räumte die IL-Mitgliedsgruppe „Antifaschistische Linke Berlin“ in einer Presseerklärung ein, dass es sich bei den „militanten Angriffe(n) auf die Polizei“ um „zielgerichtete Aktionen“ gehandelt habe. Die „linksradikale Szene“ sei durch die „Repression“ während der Wochen vor der Demonstration „geradezu herausgefordert“ worden. Autonome seien

„keine Pazifisten: Sie halten nicht die andere Wange hin, wenn sie geschlagen werden!“. Insoweit sei es nur verständlich, „dass in einer Situation, in der ein Block mit 8.000 bis 10.000 Menschen aus dem linksradikalen Spektrum auf der Straße steht und in der die sonst üblichen

Machtverhältnisse auf der Straße partiell außer Kraft gesetzt sind, Antworten auf die üblichen Provokationen offensiver ausfallen.“

2.4.2 Blockadeaktionen ab 6. Juni

Neben den Demonstrationen sollten wichtigste Protestaktionen im Vorfeld des Gipfels sowohl Massenblockaden des Bündnisses „Block G8“ als auch dezentrale Blockaden werden. Ziel war es, den G8-Gipfel möglichst nachhaltig zu stören. Außerdem sollten die Blockaden möglichst vielen Menschen positive Aktionserfahrungen bringen, um diese für künftige Bündnisse und Proteste zu nutzen (siehe dazu unter Nr. III 2.3.2).

Bereits am frühen Morgen des 6. Juni setzten sich bis zu 9.000 Demonstranten in Richtung des zur Sicherung des Tagungshotels errichteten Sperrzauns in Bewegung. Sie gelangten über Feldwege und durch die angrenzenden Wälder in die Sicherheitszone vor dem Zaun. Einige hundert Aktivisten drangen kurzfristig bis an den eigentlichen Sperrzaun vor. Mehreren tausend Demonstranten gelang es, zwei Hauptzufahrtswege nach Heiligendamm zumindest vorübergehend zu blockieren. Die Proteste und Blockaden am 6. Juni verliefen weitgehend friedlich. Lediglich kleine Gruppen gewalttätiger Linksextremisten bewarfen stellenweise die Einsatzkräfte mit Steinen und anderen Gegenständen.

Nachdem einige Blockadepunkte auch über die Nacht hinweg von mehreren hundert Demonstranten besetzt gehalten worden waren, beteiligten sich im weiteren Tagesverlauf mehrere tausend Demonstranten bis auf vereinzelt Aktionen gegen Einsatzkräfte zumeist friedlich an Blockaden. Eine Kontrollstelle wurde wegen des Zulaufs von bis zu 3.500 Aktivisten vorübergehend geschlossen. Auch am zweiten Blockadetag gelangten einzelne Demonstranten kurzfristig bis unmittelbar an die Sperranlage. Erst am 8. Juni wurde am Kontrollpunkt „Galopprennbahn“ die letzte Sitzblockade von den Blockierenden aufgegeben.

Die linksextremistische Szene bewertete die Blockade anschließend im Internet als ein „Fest der globalisierungskritischen Bewegung“. Das Ziel, das Treffen der G8 zu stören, sei trotz aller Sicherheitsvorkehrungen erreicht worden.

2.4.3 Sonstige Aktionen

Die auf der „2. Aktionskonferenz“ (siehe dazu unter Nr. III 2.2.1 und 2.3.3) im dort festgelegten „Fahrplan“ vorgesehenen Veranstaltungen wurden während der Aktionswoche von den verschiedenen Gruppen und Organisationen des „Gesamtbündnisses“ zu den angekündigten Themenschwerpunkten im Wesentlichen durchgeführt. An den angemeldeten Demonstrationen und Kundgebungen nahmen zwischen 500 und 8.500 Personen teil, wobei sich der Teilnehmerkreis in der Regel sowohl aus dem linksextremistischen als auch aus dem bürgerlichen Bereich zusammensetzte.

So beteiligten sich bereits am 1. Juni rund 500 „Kriegsgegner“ an primär vom Bündnis „NoWar - NoG8“ vorbereiteten „antimilitaristischen“ Aktionen gegen den militärisch genutzten Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide in Brandenburg.

Am 3. Juni nahmen in Rostock etwa 1.000 Personen an einer Demonstration im Rahmen des von einem „Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft“ vorbereiteten Aktionstages „Globale Landwirtschaft und Gen-Saatgut“ teil. Anschließend fuhren zwei Fahrradkarawanen mit jeweils etwa 100 Teilnehmern nach Groß Lüsewitz (nahe Rostock), wo eine weitere friedliche Kundgebung mit zuletzt 800 Teilnehmern durchgeführt wurde.

Am 4. Juni fanden in Rostock bereits am Vormittag mehrere Demonstrationen mit insgesamt rund 2.900 Teilnehmern im Rahmen eines nicht ausschließlich von linksextremistischen Gruppierungen vorbereiteten Aktionstages „Flucht und Migration“ statt. Während zwei Kundgebungen friedlich verliefen, wurden bei der dritten Polizeibeamte mit Flaschen beworfen.

Am Nachmittag beteiligten sich etwa 8.500 Personen an einer friedlich verlaufenen Demonstration von einer Unterkunft für Asylsuchende in die Rostocker Innenstadt. Nach Beendigung der Demonstration kam es zu vereinzelt Stein- und Flaschenwürfen.

Am Morgen des 5. Juni wurde eine „Stadtrallye gegen Militarismus und Krieg“ nach Rostock-Warnemünde durchgeführt. Sie war vom „Vorbereitungskreis Aktionstag Rostock-Laage“ im Rahmen des „Aktionstages Anti-Militarismus“ angemeldet worden. Rund 1.000 Aktivisten beteiligten sich außerdem an einer friedlich verlaufenen „antimilitaristischen Demonstration“, die vor dem Gebäude des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS in Rostock begann.

Zur Ankunft des amerikanischen Präsidenten auf dem Flughafen Rostock-Laage beteiligten sich bis zu 500 Personen an einer Kundgebung in der Nähe des Flughafens unter dem Motto „Bush fliegt ein - der Protest ist früher da“.

Außerdem fand vom 5. bis 7. Juni in Rostock ein unter anderem von „Attac“ und der Partei „Die Linke“ nahe stehenden „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ organisierter „Alternativ-und Gegen-Gipfel“ statt. Nach Angaben der Veranstalter beteiligten sich rund 2.000 Personen an 130 Workshops.

Schließlich nahmen am 8. Juni rund 5.000 Personen an der Abschlusskundgebung unter dem Motto „Den Protest gegen ungerechte Globalisierung in die Welt tragen, denn eine andere Welt ist möglich!“ friedlich teil.

Somit gelang es der Szene im Wesentlichen, das Spektrum der geplanten Aktionen auch tatsächlich durchzuführen. Die erreichten Teilnehmerzahlen verdeutlichen jedoch, dass es nicht gelang, die erhofften Massen nicht-extremistischer Sympathisanten zu einer spontanen Beteiligung zu mobilisieren. Hierzu mag der gewalttätige Charakter der Rostocker Demonstration am 2. Juni beigetragen haben.

2.5 Szene-Reaktionen

Linksextremisten haben die Proteste überwiegend als Erfolg gewertet. So zog das Bündnis „Block G8“ nach den Blockaden eine positive Bilanz: Man sei „mehr als zufrieden“. Nach Aussage einer Sprecherin des Bündnisses habe man mit „mehr als 10.000 Menschen (...) den Gipfel lahm gelegt“. Für Transporte zum Tagungshotel hätten die Behörden auf den Luft- und Seeweg ausweichen müssen.

Die IL jubelte in einer veröffentlichten Zwischenbilanz, man habe „alle eingeladen und alle sind gekommen: Umweltschützer, Friedensaktivisten, Anarchisten, Pazifisten, Gewerkschafter und selbstverständlich auch Autonome“. Ein der Gruppe „Avanti“ angehörender Sprecher der IL meinte, der Staat habe von Anfang an die Gipfelgegner als Bedrohung gesehen. Entscheidend sei gewesen, wie selbstbewusst die Protestierer aufgetreten wären:

„Trotz aller Absperrungen ist es gelungen, die Zufahrtswege zu blockieren, und über zehntausend Menschen haben das Demonstrationsverbot einfach missachtet. (...) Wir müssen die Grundrechte auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie verwehrt werden.“

Die „Antifaschistische Linke Berlin“ zeigte sich unter der Überschrift

„G8-2007: Danke. Thank You. Gracias.“ „(...) völlig überwältigt von den Eindrücken der Gipfelproteste (...). Nur durch die gemeinsame Aktion (...) waren die Proteste so erfolgreich und die tatsächliche Störung des G8-Treffens möglich!“

Die Anmelder der Großdemonstration am 2. Juni in Rostock und manche andere Organisationen bewerteten die Proteste bereits als ein Signal für den Aufbau einer anderen Gesellschaftsordnung. Von Rostock gehe ein Zeichen aus, wie wir „eine andere Welt gestalten“ können.

Auch nicht-extremistische Globalisierungskritiker schlossen sich dieser Einschätzung an: Beispielsweise erklärte ein Funktionär von „Attac“, die Proteste gegen das G8-Treffen hätten „die politische Welt verändert“; die globalisierungskritische Bewegung hätte gezeigt, „dass sie Massen mobilisieren“ könne.

Kritische Stimmen aus dem linksextremistischen Lager gaben jedoch zu bedenken:

„Wenn die radikale Linke auch in Deutschland zu einem relevanten Faktor der neuen Bewegung werden will, muss sie sich von ihren alten Riten und Aktionsformen verabschieden. Und bitte auch von ihrer dunklen Lieblingsfarbe. Der Schwarze Block konnte vielleicht in den fetten 80ern die Hamburger Hafenstraße verteidigen. Für die heutigen

Auseinandersetzungen mit ihren immer schärferen sozialen Konflikten ist er so ungeeignet wie die Sturmhaube beim Küssen.“

2.6 Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass der G8-Gipfel in Heiligendamm das herausragende Thema für die linksextremistische Szene in den vergangenen zwei bis drei Jahren gewesen ist. Heiligendamm war allerdings nicht mit den Protesten in Seattle (USA) 1999 zu vergleichen. Auch von einer neuen Aufbruchstimmung wie nach dem G8-Protest 2001 in Genua (Italien) konnte nicht die Rede sein.

Unverkennbar war das Bemühen, eine möglichst professionelle Planung und Organisation der Proteste unter Federführung des undogmatischen Spektrums sicherzustellen. Schleswig-holsteinische Aktivisten der Gruppierung „Avanti“ als Teil der IL waren maßgeblich in die Vorbereitungen eingebunden. Zwar gelang es nicht, eine einheitliche Protestfront aufzubauen, doch gab es mehrere Mobilisierungsbündnisse, die in Teilen zusammenarbeiteten. Die erhoffte durchgängige Einbindung möglichst vieler nicht-extremistischer Gruppierungen war wenig erfolgreich. Die Redaktion der Zeitung „G8Xtra“ konstatierte schon kurz vor dem G8-Treffen, in der „wirklich nicht harmonische(n) und von gegenseitigem Respekt durchdrungene(n) Welt der organisierten G8-GegnerInnen“ habe ein solches Bündnis „nicht auf die Beine gestellt“ werden können.

Nicht-extremistische Organisationen hatten sich schon an den Mobilisierungen für die Proteste nur zögerlich beteiligt; dies wirkte sich auf die Gesamtzahl der Protestierenden aus. Insgesamt konnten weniger Teilnehmer mobilisiert werden als erwartet; teilweise deutlich weniger als bei früheren Protesten gegen G8-Gipfeltreffen.

In der linksextremistischen Szene wurde nach den überwiegend positiv bewerteten Demonstrationen und Blockaden die Auffassung vertreten, dass die „linke Szene“ aus den Protesten gestärkt durch Wiederbelebung des Linksextremismus hervorgegangen sei. Die Integration der Linksextremisten in ein breites Bündnis linker Kräfte sei gelungen: „Mit allen anderen Spektren der Bewegung haben wir den Kadern der herrschenden Klasse kräftig in die Propagandasuppe gespuckt“, so die IL. Die

„(...) ‚Choreographie des Widerstandes‘ (...) zeichnete sich (...) dadurch aus, dass Demonstration, Aktionstage, Alternativgipfel, Camps und Blockaden ohne die großen Apparate linker Gewerkschaften und Parteien organisiert wurden, (...)“

Diese außerordentlich positive Einschätzung wird sich auf Dauer eine kritische Betrachtung gefallen lassen müssen.

Die Anwendung von Gewalt wird in den Gruppen des Bündnisses sehr unterschiedlich bewertet; die Spannungen innerhalb der Szene sind keinesfalls ausgeräumt. Es erscheint außerdem zweifelhaft, ob Demonstranten und „Blockierer“ über die gemeinsamen Protesttage in Heiligendamm hinaus weitere gemeinsame Interessen verbinden. Ein neues Thema, das zur längerfristigen Kampagnenarbeit geeignet ist, zeichnet sich nicht ab. Die anlassbezogene, eher kurzfristige Bündnisarbeit und -politik geben keinen Anlass für die Feststellung einer dauerhaften Veränderung bestehender politischer Bündniskulturen. Soweit innerhalb der IL im August in dem Text „Wenn der Staub sich legt“ die Lage verhalten optimistisch beschrieben wird,

„Tatsächlich sind wir mit unserer Diskussion längst nicht am Ende (...), die Anti-G8-Mobilisierung war schließlich der erste Praxistext unseres Projekts einer interventionistischen Linken.“

wird sich diese Einschätzung in der Zukunft an der konkreten Weiterentwicklung der Bündnisansätze messen lassen müssen.

3 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

3.1 Undogmatischer Linksextremismus

3.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Mit rund 5.500 Personen (2006: 5.000) stellen jene, die sich selbst als Autonome bezeichnen, bundesweit den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten undogmatisch-linksextremistischen Spektrums. Der rund 10-prozentige Zuwachs ist hauptsächlich damit zu erklären, dass vorwiegend junge Leute im Zuge der Gegenveranstaltungen zum G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm den Anschluss an die gewaltbe-

reite autonome Szene gefunden haben. Gruppen existieren fast in allen größeren Städten, insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg sowie im Rhein-Main-Gebiet und in der Region Dresden/Leipzig.

Die Anzahl undogmatischer Linksextremisten in Schleswig-Holstein stieg von rund 320 Personen im Jahr 2006 auf aktuell rund 350 Personen an. Die Zunahme ist auf zwei Gründe zurückzuführen, die auch hier unmittelbar bzw. mittelbar mit dem Schwerpunktthema des Jahres 2007, den Protesten gegen den G8-Gipfel, im Zusammenhang stehen.

Zum einen führte die intensive Mobilisierung für die Kampagne gegen den G8-Gipfel zu einer quantitativen Vergrößerung der Szene. Allerdings kann dies nicht zugleich durchgängig als qualitative Stärkung bewertet werden. Einer Reihe von Personen war neben der Akzeptanz der mit den Protesten verbundenen politischen Botschaft auch eine erlebnisorientierte Konsumhaltung anzumerken. Bei einem „Event“ dieser Größenordnung „mussten“ sie einfach als Teilnehmer dabei gewesen sein. Es wird abzuwarten bleiben, ob die dabei entstandenen persönlichen Kontakte in die links-extremistische Szene zu dauerhaften Verbindungen führen, die in eine kontinuierliche und nicht nur spontane, einmalige politische Betätigung münden.

Zum anderen verstärkte sich die schon im Vorjahr beobachtete Tendenz, wieder „klassische“ autonome Zusammenschlüsse zu bilden. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf den Versuch eines Teils der undogmatischen Linksextremisten, ein breites, bis in das bürgerliche Spektrum reichendes Bündnis gegen den G8-Gipfel zu schmieden. Genau dies widersprach aber klassischer autonomer Denkweise. In die als Gegenpol zu diesen Bemühungen organisierten Aktivitäten ließen sich dabei einige bislang unauffällige Personen einbinden, die nun der autonomen Szene zuzurechnen sind. Damit erfuhr dieser Teilbereich des undogmatischen Linksextremismus eine geringfügige Stärkung, der auch ein gewisser qualitativer Wert zugesprochen werden muss.

Unverändert liegen die örtlichen Schwerpunkte der undogmatisch-linksextremistischen Szene in den großen Städten des Landes.

3.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt

Die undogmatisch-linksextremistische Szene ist nicht homogen. Sie besteht aus eher kleineren, mehr oder weniger gefestigten und eigenständigen Gruppierungen. Es gibt kein einheitliches ideologisches Konzept. Führungsstrukturen oder Hierarchien sind der Szene weitgehend fremd. Ihr Selbstverständnis ist grundsätzlich geprägt von antikapitalistischen, antifaschistischen und antisexistischen Einstellungen. Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten, die letztlich auf die Überwindung des „herrschenden Systems“ abzielen.

Neben „offenen“ Formen politischer Betätigung, wie Agitation in Flugblättern, Plakaten, Internet-Aufrufen und Szene-Publikationen, praktiziert das undogmatisch-linksextremistische Spektrum militante Aktionsformen. Dabei kommt es je nach Situation immer wieder zu Straftaten, wie Sachbeschädigungen unterschiedlicher Art und Intensität, Brandanschlägen, gefährlichen Eingriffen in den Straßen- und Schienenverkehr sowie Körperverletzungen, insbesondere gegen Polizisten und Rechtsextremisten.

Nachdem etwa seit dem Sommer 2005 bis Juni 2007 die Hauptanstrengungen der Linksextremisten bundesweit der Vorbereitung und dann auch der Durchführung von Protestaktionen gegen den G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm galten, sind danach deutlich weniger Aktivitäten verzeichnet worden. Allerdings gibt es Bemühungen, die während der Protestkampagne zum G8-Gipfel geknüpften Kontakte zu erhalten und wenn möglich strukturell auszubauen. Festzustellen ist, dass die gewalttätigen Geschehnisse anlässlich des Gipfels die Bereitschaft der Szene, eine Debatte um Militanz zu führen, deutlich „belebt“ haben. So ist z. B. ein Positionspapier von so genannten freien radikalen mit dem Titel „This is a Love Song“ im bundesweit vertriebenen linksextremistischen Berliner Szene-Blatt „INTERIM“ (Nr. 661 vom 27. September) veröffentlicht worden. Die unbekanntenen Autoren fordern darin eine Debatte „zur Neubestimmung militanter Praxis jenseits militaristischer Organisationsmodelle“. Sie regen eine Diskussion um Perspektiven militanter und bewaff-

ner Optionen an und schlagen vor, diese verdeckt als Gruppen und Personen organisiert, aber inhaltlich öffentlich in der „INTERIM“ zu führen. Eine militante Debatte schließe alle Widerstandsformen als Optionen mit ein. Schließlich habe der Militante gegenüber dem Gewaltfreien „eine Option mehr zur Verfügung“. Insgesamt müssten Aktionen so angelegt und vermittelt werden, dass es der Gegenseite nicht möglich sei, sie als „Terrorismus“ zu diffamieren; gleichzeitig müssten sie von „fundamentalistischem Terror“ klar unterscheidbar sein.

Mit dem Titel ihres Beitrages nehmen die Autoren Bezug auf ein Positionspapier der ehemaligen „Revolutionären Zellen“ aus dem Jahr 1991 mit der Überschrift „This is not a love song“. Damit will die Gruppe nach eigener Aussage an die „militante und bewaffnete Widerstandserfahrung als ein gewichtiges Faustpfand zukünftiger Kämpfe anknüpfen“. Bemerkenswert ist, dass die Gruppe aktuell eine längerfristige Debatte um die Neubestimmung revolutionärer Politik und Praxis einfordert, obwohl eine solche in Form der von der „militanten gruppe (mg)“ initiierten „Militanz-Debatte“ seit Jahren existiert.

In Schleswig-Holstein hat die „Militanz-Debatte“ bislang keine erkennbare Rolle gespielt.

Die von militanten Linksextremisten verübten zahlreichen Brandanschläge und Sachbeschädigungen haben zu mehreren Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft nach § 129 a Strafgesetzbuch (Bildung terroristischer Vereinigungen) geführt. Neben den Verfahren im Zusammenhang mit der seit 2005 andauernden militanten Kampagne gegen den G8-Gipfel und gegen mutmaßliche Mitglieder der seit 2001 agierenden „militanten gruppe (mg)“ wurde im Berichtsjahr auch gegen mutmaßliche militante Linksextremisten aus Schleswig-Holstein ermittelt. Anlass war der Brandanschlag im März 2006 auf mehrere Fahrzeuge einer Firma in Bad Oldesloe (vgl. dazu die Ausführungen im Verfassungsschutzbericht 2006). Am Ende des Berichtsjahres dauerten die Verfahren noch an, werden aber jetzt nach § 129 Strafgesetzbuch (Bildung krimineller Vereinigungen) geführt.

2007 sind in Schleswig-Holstein keine politisch motivierten Brandanschläge mehr bekannt geworden.

3.1.3 Entwicklungen der undogmatischen Szene

Die Proteste gegen den G8-Gipfel dominierten im Berichtsjahr nahezu alle linksextremistischen Aktivitäten, im besonderen Maße auch die der undogmatischen Szene.

Die Durchführung einer Kampagne dient meistens nicht ausschließlich der Abarbeitung eines Sachthemas. Vielfach ist es den handelnden Personen ebenso wichtig, sich und ihre Gruppen zu positionieren, Kontakte zu knüpfen, Bündnisse voran zu bringen und neue Mitstreiter zu gewinnen. Ist eine Kampagne dann so dominierend, wie es im Jahr 2007 die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm war, wird sie automatisch auch zum Kristallisationspunkt. Kaum jemand aus der undogmatischen Szene kann sich einer Stellungnahme entziehen. Dies galt im Berichtsjahr umso mehr für diejenigen Teile undogmatischer Linksextremisten, die Bündnispolitik mit Demokraten als Teil ihrer eigenen politischen Strategie verstehen.

Mit der aus Schleswig-Holstein stammenden, inzwischen im weiteren Norddeutschland vertretenen Organisation „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ gibt es ein Beispiel für Verfechter einer solchen expansiven Ausrichtung. Hintergrund ist die langfristige Utopie, eine Mehrheit für die eigenen Ziele in der Bevölkerung zu erreichen. Zwangsläufig ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Partner im demokratischen Spektrum finden zu müssen. Dies ist nur über Kompromisse möglich. So erklärt sich z. B. der im Zusammenhang mit den G8-Protesten verkündete Gewaltverzicht für Großdemonstrationen, auf denen erste gemeinsame Erfahrungen mit neuen Partnern gesammelt werden sollten. Da dieser Verzicht aber nicht für weitere Aktionen, zeitlich oder räumlich getrennt von den Hauptveranstaltungen, gelten sollte, musste diese Position „Avanti“ außerhalb der extremistischen Szene eher fragwürdig erscheinen lassen. Der Versuch, auf diese Weise eine umfassende Bewegung zu schaffen, die das gesamte Spektrum von demokratischen Kräften bis zur autonomen Szene abdeckt, kann daher ein weiteres Mal als gescheitert angesehen werden. Unbestritten hat es jedoch eine neue dynamische Entwicklung innerhalb dieses

Spektrums gegeben. Ziel von „Avanti“ und seinen Mitstreitern von der „Interventionistischen Linken“ ist es nun, diesen Schwung mit einer verbreiterten Basis in die Zukunft zu führen. Schon jetzt ist jedoch erkennbar, dass sich viele Personen wieder zurückgezogen haben und die Einbindung neuer Gruppen in eine Bündnisorganisation aufgrund unterschiedlicher politischer Auffassungen, die sich nur für eine kurzfristige Kampagne ausblenden ließen, unterbleiben dürfte.

Die Vertreter der herkömmlichen autonomen Linie lehnen dagegen weiterhin eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften ab. Auch die Beschränkung der Mittel (Gewaltverzicht zu bestimmten Anlässen) ist für sie keine Option. Die Teilnahme an den Protesten gegen den G8-Gipfel war daher nur über eine eigenständige Mobilisierung durchführbar, um sich nicht von den von „Avanti“ dominierten Teilen der Szene vereinnahmen zu lassen. Konsequenterweise führte die Abgrenzung von den sonstigen undogmatischen Linksextremisten zu einer Stärkung der „traditionellen“ autonomen Szene. Diese Entwicklung ist gerade in Schleswig-Holstein aber auch aus anderen Gründen zu beobachten. Auf der Suche nach einer politischen und sozialen Heimat wurde eine Reihe jüngerer Leute aus dem undogmatisch-linksextremistischen Umfeld zunächst nicht fündig. Nachdem sich in den vergangenen Jahren vermehrt Gruppen aufgelöst hatten, gab es zuletzt nur noch wenige etablierte Gruppen. Diese hatten eine relativ hohe Altersstruktur und gefestigte Auffassungen, die wenig Entfaltungspotenzial für junge Einsteiger boten. So kam es im Berichtsjahr auch aus diesem Grund zu Neugründungen autonomer Gruppen und ersten Versuchen, diese zu vernetzen.

3.2 Dogmatischer Linksextremismus

Der dogmatische Linksextremismus hat im Gesamtspektrum extremistischer Bewegungen weiter an Bedeutung verloren. Ihm werden linksextremistische Parteien und Gruppierungen zugerechnet, die sich im Wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausrichten. Sie verfügen über ein Weltbild, das den Anspruch wissenschaftlicher Folgerichtigkeit erhebt und geschichtlichen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen bestimmte Gesetzmäßigkeiten unterlegt. Diese sollen unausweichlich auf die Ablösung der „bürgerlich-kapitalistischen“ Demokratie durch den Sozia-

lismus als „höhere“ Gesellschaftsform hinauslaufen und damit die Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung zur Folge haben.

Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rund 500 Personen. Weniger als 180 sind der „Deutschen Kommunistischen Partei“ zuzurechnen.

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die 1968 gegründete DKP war bis 1989 Einflussinstrument der DDR in der Bundesrepublik Deutschland. In der Folgezeit hat die in ideologischer und finanzieller Hinsicht seinerzeit von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ abhängige Partei stark an Bedeutung und Mitgliedern verloren. Die Überalterung der Partei ist ebenso wenig überwunden wie ihre finanzielle Krise oder die der parteieigenen Wochenzeitung „Unsere Zeit“.

Das von der Partei verfolgte Ziel, die schrittweise Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, soll in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner mit Hilfe von Bündnispartnern erfolgen. So wird den Mitgliedern, die in Gewerkschaften und als gewählte Betriebs- oder Personalratsmitglieder aktiv sind, besondere Bedeutung zugemessen, ebenso der Zusammenarbeit in Bündnissen auf lokaler Ebene. Im Berichtsjahr kamen dem Kieler Netzwerk „Norden gegen G8“ zur Mobilisierung der Proteste gegen den G8-Gipfel (siehe dazu unter Nr. III 2.1), den örtlichen „Bündnissen gegen Rechts“ oder bundesweiten bzw. internationalen Bündnissen besondere Bedeutung zu. Unter der Überschrift „Sozialismus(s)“ begrüßte die DKP Schleswig-Holstein in einem Statement zu den G8-Protesten den

„internationalen Charakter der Proteste und ihre zunehmende Vernetzung. (...) Die DKP beteiligt sich an der internationalen Formierung und Vernetzung der Gegenkräfte vor allem durch ihre Mitarbeiter in der Sozialforumbewegung und über ihre Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Parteien und linken Organisationen.“

Außerdem würden die Wirksamkeit der sozialen und politischen Bewegungen des Protestes gegen Neoliberalismus und die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung davon abhängen,

„wie sich vor allem der Widerstand der Belegschaften und Gewerkschaften international wie im Rahmen unseres Landes verstärkt und koordiniert wird; wie weit es gelingt, internationale Klassenkämpfe mit Aktionen der sozialen Bewegungen gegen Auswirkungen der imperialistischen Globalisierung zu verbinden (...); wie es gelingt, (...) international vernetzte Streikaktionen durchzusetzen; wie weit es möglich ist, den revolutionären, auf Gesellschaftsveränderung orientierenden Teil dieser Bewegung zu stärken. (...) Wenn eine Gesellschaft wie der Kapitalismus elementare Menschenrechte nicht garantieren kann, dann muss es um eine neue gesellschaftspolitische Perspektive gehen.“

Im Berichtszeitraum war die Arbeit der schleswig-holsteinischen DKP weitgehend durch die Vorbereitungen der Proteste gegen den G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm bestimmt.

Mitglieder der DKP sind nach wie vor in den Führungsgremien der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ vertreten.

In Schleswig-Holstein nahmen die Aktivitäten auf allen Ebenen bedingt durch die Altersstruktur ab. Am Jahresbeginn 2007 wurde die Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ vorgestellt. Mit Unterstützung verschiedener Gruppierungen der linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Szene wurden allein in Schleswig-Holstein über 1.000 Unterschriften für die Kampagne gesammelt.

Weitere Gruppierungen

Zu den weiteren im Lande vorhandenen dogmatisch-linksextremistischen Organisationen gehört unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“, die auch 2007 „Montags-Demonstrationen“ gegen „Sozialabbau“ und „Hartz IV“ in Lübeck organisierte.

Weiterhin zählen die aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ hervorgegangene „Arbeitsgemeinschaft kommunistische Politik von unten in und bei der

Partei DIE LINKE Schleswig-Holstein“, die trotzkistischen Organisationen „Sozialistische Alternative VORAN“ und „Linksruck“ zu diesem Spektrum.

Auf einem bundesweiten Treffen hat sich „Linksruck“ im April als selbständige Organisation aufgelöst und als „Netzwerk von Marxisten innerhalb der neuen Linken“ namens „Marx21“ neu gegründet.

Traditionell anarchistische Gruppen der „Graswurzelbewegung“, wie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ organisierten Anarcho-Syndikalisten, gehören ebenfalls zum dogmatischen Spektrum; ihre Bedeutung ist marginal.

3.3 „Rote Hilfe e. V.“

Die „Rote Hilfe e. V.“ definiert sich selbst auf ihrer Seite im Internet als

„Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt. Sie konzentriert sich auf politisch Verfolgte aus der BRD, bezieht aber auch nach Kräften Verfolgte aus anderen Ländern ein. (...) Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Bewegung sein.“

Ihr gehören bundesweit rund 4.500 Mitglieder an, die sich aus dem gesamten links-extremistischen Spektrum rekrutieren. In Schleswig-Holstein hat die „Rote Hilfe“ rund 170 Mitglieder. Sie ist nach eigenen Angaben in 40 Orts- und Regionalgruppen organisiert, die die aktive Arbeit des Vereins tragen. In Schleswig-Holstein sind in Kiel der Literaturvertrieb sowie eine Ortsgruppe ansässig.

Auch die Aktivitäten der „Roten Hilfe“ waren im Berichtsjahr durch die Unterstützung der G8-Protestbewegung geprägt. So hat sie zur Mobilisierung und Unterstützung dieser Bewegung im Frühjahr 2007 eine Informationstour durch Deutschland, unter anderem mit Vorträgen in Schleswig-Holstein, absolviert, um

„auf den Umgang mit Repressionsorganen beim Gipfel in Heiligendamm und auf die geplanten Grundrechtseinschränkungen vorzubereiten. (...) Der G8-Gipfel im Juni 2007 (...) stellt auch einen Höhepunkt in den staatlichen Versuchungen dar, gesellschaftlichen Protest zu kriminalisieren und politische Grundrechte einzuschränken.“

Die Vorträge haben unter anderem über die Sicherheitszone um Heiligendamm, über der Polizei zur Verfügung stehende Mittel, örtliche Strategien gegen solche Maßnahmen, Rechte und Pflichten bei Festnahmen und die Unterstützung der „Roten Hilfe“ bei möglichen Gerichtsverfahren informiert.

In Schleswig-Holstein hat sich die „Rote Hilfe“ zur Vorbereitung der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm mit anderen schleswig-holsteinischen linksextremistischen Gruppen sowie Bürgerinitiativen zu einem Netzwerk „Norden gegen G8“ zusammengeschlossen (siehe dazu unter Nr. III.2.1). Zur Mobilisierung für die Proteste, aber auch zur Werbung, da „Solidarität Geld kostet“, beteiligte sich die „Rote Hilfe“ auch an der Massenzeitung des Netzwerkes und warb für Blockade-Vorbereitungsveranstaltungen des „Block G8“ in Schleswig-Holstein.

4 Aktionsfelder

Die Themen „Anti-Atom“, „Alternative/Autonome Zentren“ sowie „Sozialproteste“ waren für die linksextremistische Szene im Berichtsjahr von eher geringer Bedeutung:

- Da es in 2007 keinen Atommülltransport nach Gorleben (Niedersachsen) gab, entfielen insoweit auch die aus den Vorjahren bekannten Protesthandlungen. Thematisiert wurde der Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe anlässlich eines „Spazierganges“ (29. April) am Sicherheitszaun rund um das G8-Tagungshotel in Heiligendamm mit schleswig-holsteinischer Beteiligung.
- Im Hinblick auf die „alternativen/autonomen Zentren“ in Schleswig-Holstein kam es zu keinen nennenswerten Problemen mit deren Nutzern. Die z. B. für die „alternative“ in Lübeck gefundene Lösung sorgte für weitgehende Befriedung (vgl. dazu die Ausführungen im Verfassungsschutzbericht 2006).

Nach Beendigung des Konfliktes mit der Stadt Kiel um Sicherheitsauflagen im Jahr 2006 haben die Nutzer des so genannten politischen Kommunikations- und Kulturzentrums „Alte Meierei“ neben ihrem kulturellen Angebot auch wieder verstärkt politische Aktivitäten durchgeführt. Die Aussage im Verfassungsschutzbe-

richt 2006, dass linksextremistische Positionen nicht wiederholt worden seien, hatte einige Beteiligte offenbar in ihrem Selbstverständnis getroffen. Auf der Internet-Seite der „Alten Meierei“ endete jedenfalls ein allgemeiner Bericht „noch mal extra für die Schlapphüte mit ein paar klaren Ansagen“, wobei es dann unter anderem hieß: „Kampf (...) dem kapitalistischen Mördersystem!“. Dem gesetzlichen Berichtsauftrag entsprechend sei daher diesmal ausdrücklich betont: Nach wie vor sind politische Teilbereiche der Aktivitäten in der „Alten Meierei“ als linksextremistisch zu bewerten.

- Aus Anlass der Räumung des autonomen Jugendzentrums „Ungdomshuset“ in Kopenhagen (Dänemark) setzte sich die bundesweite Solidaritätskampagne im Frühjahr 2007 fort. So fanden unter anderem in Flensburg und Kiel Kundgebungen statt. Anfang Januar kam es in Flensburg zu einer Inbrandsetzung von Autoreifen auf der Fahrbahn vor dem dänischen Konsulat. Ab dem zweiten Quartal wurden keine nennenswerten Solidaritätsaktionen mehr in Schleswig-Holstein registriert. Gleichwohl hat das linksextremistische Spektrum mit diesem Thema noch nicht abgeschlossen.
- Die soziale Frage ist aus marxistischer Sicht wesentlicher Bestandteil der Kapitalismuskritik. Nationale wie globale gesellschaftspolitische Diskussionen über soziale Gerechtigkeit unterliegen dem ständigen Versuch linksextremistischer Organisationen, instrumentalisiert zu werden. Linksextremisten bemühen sich, von einer umfänglichen Unzufriedenheit und Proteststimmungen in der Bevölkerung zu profitieren, indem sie gesellschaftliche Widersprüche aufgreifen und herausstellen, dabei den Anschluss an die demokratischen Kräfte suchen und sich auf diese Weise an die Spitze der Protestbewegungen stellen wollen. In der Vergangenheit erlahmte das Interesse an „sozialen Themen“ im linksextremistischen Spektrum allerdings meist durch ideologische Streitereien im eigenen Umfeld. Im Zusammenhang mit der Kritik an den „Hartz-IV“-Reformen hat das Thema „Sozialabbau“ jedoch seit dem Jahr 2004 wieder etwas größeres Interesse gefunden. So wurden in Lübeck die „Montags-Demonstrationen“ als Kundgebung fortgesetzt sowie auch spontane Demonstrationen gegen Kinderarmut oder das Lohnniveau bestimmter Berufsgruppen durchgeführt.

Der Protest gegen soziale Ungerechtigkeit hat seitdem auch gewalttätige Aktivist*innen zu Farb- und Brandanschlägen auf Häuser und Pkw von Personen motiviert, die vermeintlich für die Folgen des „Sozialabbaus“ verantwortlich sind. So gab es beispielsweise im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein einen versuchten Brandanschlag auf die Dienststelle der Arbeitsgemeinschaft Flensburg. Die Thematisierung im Rahmen der Proteste gegen den G8-Gipfel im Juni konnte jedoch - soweit bislang erkennbar - nicht die beabsichtigte Steuerung und Verstärkung des Agitationsfeldes erbringen.

Nachfolgend benannte Aktionsfelder wurden von Linksextremisten intensiver behandelt:

4.1 „Anti-Globalisierung“

Seit Mitte der 1990er-Jahre konnte sich eine über das linksextremistische Spektrum hinausgehende Protestbewegung gegen die fortschreitende weltweite Globalisierung bilden. Bereits Ende der 1990er-Jahre hatte diese sich dann zu einer weltweiten Bewegung mit vielfältigen Vernetzungsaktivitäten formiert. Neben Umweltschutz- und Migrationsgruppen, Gewerkschaftern und sozial engagierten Gruppen gehörten und gehören nach wie vor auch Linksextremisten dazu.

In der breiten Öffentlichkeit wurde die Bewegung in Deutschland erstmals 1999 wahrgenommen. Waren die Proteste gegen den „Doppelgipfel“ (EU und WWG) 1999 in Köln trotz europaweit angereister Gipfelgegner noch friedlich verlaufen, verhinderten wenige Monate später einige Zehntausende mit zum Teil äußerst militanten Protesten die Durchführung einer Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle (USA). Auch Proteste gegen die Jahrestagung der Welthandelsbank in Prag (Tschechien) 2000 und gegen das G8-Treffen in Genua (Italien) 2001 wurden alle von gewalttätigen Aktionen begleitet. Andere Treffen, wie das G8-Treffen in St. Petersburg (Russland) 2006, wurden primär durch einige dezentrale Aktionen in Deutschland begleitet.

Das Thema „Globalisierung“ bedient klassische politische Feindbilder. Geht es den globalisierungskritischen Gruppen um die Artikulierung von Kritik, ist die nachhaltige Störung von Gipfeltreffen für Linksextremisten ein wirksames Mittel zum Zweck. Gemeinsames Motiv der Anti-Globalisierungsbewegung sind Inhalt und Geschwindigkeit des ökonomischen, politischen und kulturellen Wandels. Mittel der Linksextremisten zur Erreichung ihrer Ziele ist die Suche nach Bündnispartnern bei der Organisation der Proteste, wie zuletzt in Heiligendamm. Sie hoffen damit, längerfristig die Isolation innerhalb der Gesellschaft zu überwinden. Der Protest gegen Gipfeltreffen wird dabei als Teil ihres Kampfes für eine revolutionäre Überwindung unseres Gesellschaftssystems angesehen.

Das Thema „Anti-Globalisierung“ war im Berichtsjahr das beherrschende Thema in der linksextremistischen Szene Schleswig-Holsteins (siehe dazu unter Nr. III 2).

4.2 „Anti-Repression“

Neben dem traditionell wichtigen Aktionsfeld „Anti-Faschismus“ erlangte im Laufe des Berichtsjahres das Thema „Anti-Repression“ im linksextremistischen Spektrum eine gewisse Bedeutung. Unter „Anti-Repression“ verstehen Linksextremisten ihren Widerstand gegen „staatliche Unterdrückung“ durch (auch vermeintliche) Gesetzesverschärfungen oder zu Unrecht ergangene polizeiliche Maßnahmen und Urteile gegen Gesinnungsgenossen.

Mehrere Durchsuchungsmaßnahmen und Festnahmen im Zusammenhang mit gegen Linksextremisten geführten Ermittlungsverfahren haben 2007 dazu geführt, dass bundesweit zu zahlreichen Protestaktionen aufgerufen wurde; so auch für den 15. Dezember in Hamburg zu einer Demonstration unter dem Motto „Weg mit § 129 a - Einstellung aller Verfahren - Gegen Sicherheitswahn und Überwachungsstaat“, bei der es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam. An dieser Demonstration haben auch zahlreiche Linksextremisten aus Schleswig-Holstein teilgenommen.

4.3 „Anti-Faschismus“

Der „Anti-Faschismus“ richtet sich nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen. Eigentliche Stoßrichtung ist die freiheitliche demokratische

Grundordnung als „kapitalistisches System“, um die angeblich diesem Gesellschaftssystem immanenten Wurzeln des Faschismus zu beseitigen.

Die Aktivitäten gewaltbereiter Linksextremisten zielten gegen „Nazi-Aufmärsche“, gegen Einzelpersonen und gegen Einrichtungen der rechtsextremistischen Szene. Dabei wurden die direkte Konfrontation mit dem „politischen Gegner“ auf der Straße gesucht und Anstrengungen unternommen, durch „Massenmilitanz“ oder Kleingruppentaktik die Aufmärsche zu verhindern, zumindest aber in deren Verlauf zu behindern. Im Zusammenhang mit solchen Ereignissen kam es wiederholt zu Verletzungen von eingesetzten Polizeibeamten.

Für Schleswig-Holstein sind im praktischen „Anti-Faschismus-Kampf“ der linksextremistischen Szene im Berichtsjahr die Demonstrationen vom 31. März in Lübeck und vom 24. November in Neumünster als herausragend zu bezeichnen. Daneben gab es eine Reihe weiterer Aktionen mit linksextremistischer Beteiligung, die sich gegen Rechtsextremismus richteten. Zu den bedeutendsten zählten dabei zwei Demonstrationen in Rieseby (Kreis Rendsburg-Eckernförde), an denen sich am 1. September rund 250 und am 15. September rund 200 Linksextremisten beteiligten.

Wie auch im Jahr 2006 fand am 31. März in Lübeck anlässlich des von Rechtsextremisten angemeldeten Aufzugs mit dem Thema „Bomben für den Frieden? Im Gedenken an den alliierten Bombenterror vom 28./29. März 1942“ eine antifaschistische Gegendemonstration unter dem Motto „Wir können sie stoppen! Kein Naziaufmarsch in Lübeck!“ statt.

Der Unterstützerkreis setzte sich wieder überwiegend aus dem bürgerlichen Spektrum, Gewerkschaften und dem kirchlichen Bereich zusammen, doch waren auch linksextremistische Gruppierungen stark involviert. Für die Gegenveranstaltung wurde auf etlichen - auch überregionalen - Vorbereitungstreffen sowie im Internet auf lokalen, der Szene bekannten Adressen und zusätzlich auf einer speziell eingerichteten Internet-Sonderseite geworben. Die insgesamt rund 2.000 Personen umfassende Gegendemonstration verlief größtenteils friedlich. Jedoch versuchten im Anschluss an die Kundgebung bis zu 400 gewaltbereite Autonome, in mehreren Gruppen zu der Marschstrecke des rechtsextremistischen Aufzugs vorzudringen. Dabei

kam es zu Angriffen auf Polizeikräfte, unter anderem durch Steinwürfe, versuchten Blockadebau und Anzünden von Papiercontainern. Der Aufzug der Rechtsextremisten wurde deshalb kurzzeitig gestoppt und die Aufzugsstrecke verkürzt; ein Aufeinandertreffen beider Demonstrationzüge konnte jedoch verhindert werden.

Am 24. November fand in Neumünster wiederum eine antifaschistische Gegendemonstration aus Anlass eines Aufzuges der rechten Szene unter deren Motto „Schluss mit der Repression gegen den Club 88“ statt. Aufgrund des Reizthemas „Club 88“ hatten sich trotz relativ kurzer Mobilisierungszeit nicht nur etliche Vertreter aus dem bürgerlichen Spektrum gefunden, sondern es war erneut auch eine erhöhte Teilnahmebereitschaft bei den Linksextremisten zu verzeichnen. Die antifaschistische Gegenveranstaltung selbst verlief mit rund 500 Teilnehmern störungsfrei. Jedoch kam es nach Beendigung der Gegendemonstration entlang der Aufzugsstrecke der Rechtsextremisten zu erheblichen Störungen und Blockaden durch gewaltbereite Autonome, so dass der Aufzug nicht wie geplant stattfinden konnte. Der ursprünglich genehmigte Marschweg wurde sowohl zeitlich als auch von der Routenlänge deutlich verkürzt.

Noch im Anschluss an beide Demonstrationen versuchten Teilnehmer des linksextremistischen Spektrums vergeblich, eine Gruppe der rechtsextremistischen Szene anzugreifen.

Ausgelöst durch Aktivitäten der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ zur Landtagswahl 2005 in Schleswig-Holstein hat sich in Itzehoe (Kreis Steinburg) eine Gruppe „Antifaschistische Aktion Itzehoe“ gebildet. Diese Gruppe führte 2006 zusammen mit der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ eine mehrtägige Veranstaltung „Faschismus - Chronologie eines Verbrechens“ durch.

2007 wurde unter dem Motto „Keine Toleranz für Nazis in Steinburg, Itzehoe und anderswo“ von einem breiten - linksextremistisch beeinflussten – „Bündnis gegen Rechts“ zu einer Demonstration aufgerufen.

Linksextremisten waren weiterhin bestrebt, Aktivitäten von Rechtsextremisten und Strukturen sowie die Zugehörigkeit von Einzelpersonen zur rechtsextremistischen

Szene aufzudecken („Recherchearbeit“). Zur Veröffentlichung in Szene-Publikationen oder im Internet betrieben sie eine offensive „Aufklärung“ und sammelten Informationen über Funktionäre, Schulungsangebote, Trefflokale und andere logistische Einrichtungen, letztlich mit dem Ziel, öffentlichkeitswirksame, teils auch militante Aktionen vorzubereiten.

4.4 „Anti-Militarismus“

Das Thema „Anti-Militarismus“ oder „Anti-Krieg“ ist nach wie vor ein wichtiger Anknüpfungspunkt linksextremistischer Agitation und Aktion. Hauptsächlich wird das Thema von der „Friedensbewegung“ getragen, in der sowohl Linksextremisten aus dem dogmatischen Spektrum als auch Nicht-Extremisten mitwirken. Nach der Wiederbelebung der Anti-Kriegsbewegung durch die militärischen Interventionen in Afghanistan und im Irak erhoffte man sich durch den „antimilitaristischen Kriegstag“ in der Protestwoche gegen das G8-Gipfeltreffen 2007 in Heiligendamm eine nachhaltige Stärkung der Kampagne. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, da „Anti-Militarismus“ kein permanentes Schwerpunktthema der linksextremistischen Agitation darstellt.

In Schleswig-Holstein wurde während der „Kieler Woche“ in Kiel der Informationsbus eines Wehrdienstberaters der Bundeswehr mit Farbe beschmiert. Zudem waren bei einigen Veranstaltungen der Bundeswehr Störungen zu verzeichnen. So nahm eine Gruppe von rund 20 Personen des extremistisch beeinflussten „Anti-Kriegs-Bündnisses“ beispielsweise den „Tag der offenen Tür“ zum Anlass, vor dem Tor des Marinearsenals in Kiel gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu demonstrieren.

Auch die Kooperation zwischen Arbeitsagenturen und Wehrdienstberatern stößt in der linksextremistischen Szene auf Ablehnung. Die Bundeswehr wird als imperiales Machtinstrument der herrschenden Klasse gesehen. Die internationalen Einsätze würden demnach den internationalen Konzernen, nicht aber den Menschen vor Ort helfen. In diesem Zusammenhang würden Menschen ohne Ausbildung oder Arbeitsplatz direkt bei den Arbeitsagenturen angeworben. Sie seien „arbeitsloses Kanonenfutter“.

**5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen
und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung
im Bundesgebiet 2005 bis 2007**

	2005	2006	2007
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Gewaltbereite undogmatische Linksextremisten	320	320	350
Gesamt Land	820	820	850
Gesamt Bund	30.600	30.700	30.800

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Übersicht

Das Jahr 2007 zeigte erneut, dass sich Deutschland und deutsche Interessen im Ausland zunehmend im Visier des internationalen Terrorismus befinden. Militante Islamisten nahmen insbesondere das militärische Engagement Deutschlands im Rahmen der ISAF-Mission in Afghanistan zum Anlass, Deutschland explizit zu den feindlich gesonnenen Staaten zu zählen. So richteten sich zwei deutschsprachige Video-Botschaften im Internet an die deutsche Regierung und forderten den Abzug der deutschen Kontingente aus Afghanistan. Im September demonstrierten die Festnahmen von drei Terrorverdächtigen im Sauerland, wie dicht abstrakte und konkrete Gefährdung beieinander liegen können.

Dem Terror-Netzwerk „Al-Qaida“ gelang es, sich in Afghanistan und den angrenzenden Regionen Pakistans zu konsolidieren und gleichzeitig den Irak weiter zu destabilisieren. Die Organisation hat in den vergangenen Jahren einen extrem flexiblen Charakter angenommen und besteht nunmehr aus unabhängig voneinander agierenden Lokal- und Kleinstgruppen unter dem Dach einer gemeinsamen Ideologie. Wie erfolgreich diese Strategie ist, zeigte 2007 das Beispiel Algerien: Hier hatte sich eine lokal agierende Gruppe „Al-Qaida“ unterstellt und eine Reihe von schweren Anschlägen verübt. Die Kern-„Al-Qaida“ beansprucht dagegen weiterhin die ideologische Führerschaft im globalen *Jihad*. Usama Bin Laden und sein Stellvertreter Ayman Al-Zawahiri behaupteten diese auch 2007 mit regelmäßigen Botschaften, die Bezug auf aktuelle Ereignisse nahmen.

Dass islamistische Terroristen auch weiterhin willens und in der Lage sind, in Europa opferreiche Großanschläge zu verüben, belegten die versuchten Anschläge in London und Glasgow (Großbritannien) im Sommer sowie die Festnahmen von Terrorverdächtigen in verschiedenen europäischen Staaten.

In Schleswig-Holstein sind unverändert keine terroristischen Strukturen erkennbar. Allerdings ist davon auszugehen, dass auch hier einzelne Sympathisanten der *jihadistischen* Ideologie leben. Dies zeigte sich 2007 an zwei Strafprozessen gegen Per-

sonen aus Schleswig-Holstein, denen eine Beteiligung am internationalen *Jihad* vorgeworfen wurde.

Islamistische Ideologien sind unverändert weltweit auf dem Vormarsch. Nahrung erhalten sie von einer Vielzahl von lokalen Krisenherden, die die Regionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrika nachhaltig destabilisieren. Insbesondere die ungelösten Konflikte im Irak und in Afghanistan, aber auch der israelisch-arabische Konflikt verschaffen den Ideologen unter dem Motto „Der Islam ist die Lösung“ weiter Zulauf. Das gilt allen voran für die so genannte *Salafiya*. Diese besonders rigorose Islaminterpretation ist zwar eng mit dem saudi-arabischen Islam verwandt, ist aber an keine bestimmte Rechtsschule gebunden. Sie ist vielmehr eine Art Wiedererweckungsbewegung, die - auch in Deutschland - über eine wachsende, außerordentlich aktive Anhängerschaft verfügt. Diese versucht unter der Maßgabe, den „wahren Islam zu verbreiten“, Muslime, aber auch Konvertiten anderer Religionen für ihre Ziele zu gewinnen. Mit ihrer überproportionierten Präsenz im Internet und einem fließenden Übergang in das gewalttätige Spektrum kann die *Salafiya* ein gefährliches Vehikel in die Radikalisierung darstellen.

Insgesamt setzt sich der Trend der zunehmenden Verlagerung islamistischer bzw. *jihadistischer* Aktivitäten in den virtuellen Bereich des Internets massiv fort. Im Kampf um die mediale Meinungsführerschaft scheuen islamistische Akteure keinen Aufwand.

Neben dem internationalen Terrorismus wurden auch Organisationen beobachtet, deren Anhänger eine gewaltsame Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Herkunftsländern unter islamistischen Vorzeichen anstreben. So sind in Schleswig-Holstein Einzelpersonen als Anhänger der libanesischen „Hizb Allah“ bekannt. In mehreren Städten existieren Vereine, die als Anlaufstelle für diese Personen gelten.

Wieder andere Organisationen versuchen, ihre Ziele unter Ausnutzung der rechtlichen Freiräume in Deutschland durchzusetzen. Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ steht allerdings momentan am Scheideweg: Die Aktivitäten der größten legalistisch-islamistischen Organisation in Deutschland wurden 2007 von einem

Richtungsstreit innerhalb der Bewegung dominiert. Diese Stagnation spiegelte sich auch in Schleswig-Holstein wider.

Das Erscheinungsbild des „Volkskongress Kurdistans“ als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ist nach wie vor zwiespältig. Einerseits verfolgte die Organisation in Deutschland weiterhin einen „Friedenskurs“ und strebt eine Rolle als politischer Gesprächs- und Verhandlungspartner für die kurdische Minderheit an. Andererseits zeigte das Berichtsjahr erneut, dass ein gewaltbereites Potenzial nach wie vor existiert und sich bei entsprechend emotionaler Mobilisierung auch aktivieren lässt. Faktoren, die gezielt zur Mobilisierung genutzt werden konnten, waren 2007 nicht nur die Diskussion um den Gesundheitszustand des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan, sondern auch die Entscheidung der Türkei zu einer militärischen Offensive gegen kurdische Milizen im Nord-Irak. Eine mobilisierende Rolle kommt insbesondere der Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ zu.

2 Islamismus

2.1 Islamistische Ideologie

2.1.1 Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus

Die große Mehrheit der Muslime in Deutschland übt ihre Religion friedlich aus und ist damit für die Verfassungsschutzbehörden nicht relevant. Im Unterschied dazu versteht man unter Islamismus eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus: Die Religion wird zu einem politischen Programm ausgebaut, der Glaube für ein Herrschaftskonzept instrumentalisiert. Solche islamistischen Bestrebungen beobachten die Verfassungsschutzbehörden. Die Grenze zum Islamismus ist da überschritten, wo politische Verhaltensweisen darauf ausgerichtet sind, eine im Widerspruch zur deutschen Rechtsordnung stehende, angeblich zum Islam verpflichtende vorgegebene Gesellschaftsordnung ganz oder teilweise durchzusetzen.

Der Übergang vom Islam zum Islamismus liegt allerdings in einer Grauzone, und für die Verfassungsschutzbehörden besteht die Herausforderung darin, die Grenzen abzustecken: So fordern alle Islamisten das Kopftuch, aber nicht jede Kopftuchträgerin ist eine Islamistin. Wo also hört ein konservativ gelebter Glaube auf und wo be-

ginnt die extremistische Ideologie? Das Vorhandensein islamistischer Wesensmerkmale muss im Einzelfall immer wieder neu geprüft werden.

2.1.2 Merkmale islamistischer Ideologien

„Der Islam ist die Lösung.“ - Unter diesem Motto werben islamistische Bewegungen, wie z. B. die palästinensische HAMAS bei Wahlen oder aktuell die ägyptische „Muslimbruderschaft“ in ihrem „Parteiprogramm“, für ihre politischen Ziele. Nach diesem Denken gibt der Islam für alle gesellschaftlichen Missstände Lösungen vor, so dass im Umkehrschluss nur bei vollkommener Durchsetzung einer Rechts- und Gesellschaftsordnung, die ausschließlich auf einer islamischen Lesart basiert, eine funktionierende Gesellschaft möglich wird. Die bestehenden Probleme und Unzulänglichkeiten sind dagegen auf schädliche nicht-islamische Einflüsse zurückzuführen.

Diese Kernthese des politischen Islams entwickelte sich unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die die weitgehend kolonialisierte arabische und islamische Welt im 19. und 20. Jahrhundert prägten. Islamistische Denker, wie Hassan Al-Banna oder der Gründer der ägyptischen „Muslimbruderschaft“ Sayyid Qutb und andere, strebten die Reformierung der in ihren Augen über die Jahrhunderte verzerrten islamischen Urlehre an. Ziel war eine Rückkehr zu einem postulierten gesellschaftlichen Idealzustand zu Lebzeiten des Propheten Mohammed, in der das religiöse und das politische Gemeinwesen eine ungetrennte Einheit bildeten. Einzige Handlungsgrundlage bilden aus islamistischer Sicht der unmittelbare Wortlaut des Korans und die Überlieferung der Aussprüche und Taten des Propheten Mohammed. Diese Quellen allein regeln die Beziehungen zwischen Mensch und Gott ebenso wie die der Menschen untereinander. Sie sind politische Handlungsanweisungen.

Nach dieser Ideologie ist die Durchsetzung des „islamischen Systems“ (*nizam al-islam*) und die Einsetzung des islamischen Rechtskanons (*shari'a*) zu geltendem Recht eine gesellschaftliche und politische Notwendigkeit.

Während staatliche Autorität in den modernen Demokratien auf dem menschlichen Willen beruht (Volkssouveränität), geht sie im islamistischen Weltbild allein von Gott aus.

Ein weiteres Merkmal der islamistischen Ideologie ist - anknüpfend an die erste islamische Glaubensgemeinschaft - die Vorstellung einer weltumspannenden Gemeinschaft der Gläubigen (*umma*), unabhängig von Rasse oder Nation. Auch wenn einige islamistische Organisationen (z. B. die HAMAS) ihre Ideologie an nationale Konzepte angepasst haben, so beinhalten islamistische Ordnungsvorstellungen doch tendenziell eine transnationale Agenda. Das korrespondiert mit einem stark polarisierenden Feindbild-Denken: Einer vermeintlich homogenen islamischen Welt steht ein feindlich gesonnener „Westen“ gegenüber, der von den USA und von Israel dominiert wird. Politisch motivierter Antisemitismus, der so im Islam keine Tradition hat, spielt eine zentrale Rolle, aber auch antichristliche Ressentiments gehören zum islamistischen Repertoire.

Wie andere Ideologien auch beansprucht der Islamismus universale Gültigkeit. Andere Weltanschauungen, Religionen oder Lebensmodelle, wie z. B. Atheismus, Kommunismus, Kapitalismus, Geheimbünde werden nicht nur abgelehnt - mehr noch: Man fühlt sich allen anderen Lebensformen überlegen. Die eigene Überzeugung hat absoluten Geltungsanspruch.

So schreibt ein Teilnehmer einer Forumdiskussion im Internet zu der Frage, ob unverschleierte Ausländerinnen in islamischen Ländern eine Gefahr für muslimische Männer bedeuten würden:

„Nun, für Männer einer Gesellschaft die sich ihrer eigenen Überlegenheit bewusst ist, wird eine *Kafira* [Ungläubige] (...) keine *Fitna* [Anfechtung] sein. Sie wird als Teil einer unterlegenen falschen Religion zu erkennen sein.“

Viele islamistische Gelehrte verhielten und verhalten sich ambivalent in Bezug auf die Legitimierung von Gewalt. Je nach Denkrichtung distanzieren sie sich grundsätzlich oder legitimieren Gewalt unter bestimmten Umständen: So gilt z. B. der gewaltsame Widerstand in den besetzten palästinensischen Gebieten für viele als legitime Verteidigung eines angegriffenen islamischen Territoriums. Und schließlich gibt es

die Ansicht, dass der *Jihad* im Sinne von bewaffnetem Kampf zur Verteidigung des Glaubens als individuelle Pflicht gesehen wird, eine Art sechste Säule der islamischen Pflichten des Gläubigen, und Gewalt grundsätzlich legitimiert wird. Die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten werden als Angriff auf den Islam gewertet, und folglich tritt der islamische „Verteidigungsfall“ ein, der terroristische Gewalt rechtfertigt. *Jihadismus*, die Ideologie von „Al-Qaida“ als eine militante Sonderform des Islamismus, birgt das höchste Gefährdungspotenzial für Deutschland und deutsche Interessen im Ausland in sich.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden islamistische Gruppierungen nach ihrem Durchsetzungsverhalten in Bezug auf das „islamische System“, das heißt je nach Intensität ihrer Aktivitäten und der Wahl ihrer Mittel. Gefragt wird auch, inwieweit es sich um ein konkretes Ziel oder eine Utopie handelt und ob ihre Durchsetzungsstrategien aktiver oder passiver Natur sind. Danach werden die Gruppierungen und Einzelpersonen in drei Kategorien eingestuft:

- Unterstützung des transnationalen *Jihadismus*: Personen und Gruppierungen, die sich mit einem weltweiten „*Jihad* zur Verteidigung und Ausbreitung des Islams“ solidarisieren und damit den transnationalen Terrorismus in Ausführung oder Planung bzw. finanziell, logistisch oder medial unterstützen;
- Organisationen, deren Ziel die gewaltsame Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in den Herkunftsländern ihrer Anhänger ist, verknüpft mit einer islamistischen Agenda;
- Organisationen, die ihre Ziele gewaltlos mit einer legalistischen Strategie unter Ausnutzung der deutschen rechtlichen Freiräume verfolgen und keinen Straftatbestand erfüllen; in der Konsequenz würden ihre Aktivitäten jedoch zu einer Konsolidierung von islamistischen, desintegrativen Milieus in Deutschland führen, die wiederum den Boden für weitergehende Radikalisierung bilden könnten. Hierunter fallen als Sonderfall auch stark missionarisch ausgerichtete Gruppierungen (siehe dazu unter Nr. IV 2.1.3).

Artikel 4 des Grundgesetzes garantiert die Religionsfreiheit und schützt damit auch gläubige Muslime. Der Islamismus aber kollidiert in wesentlichen Bereichen mit der deutschen Verfassungsordnung: So widerspricht die Idee der absoluten Gottesherrschaft dem Prinzip der Volkssouveränität, dem System der Gewaltenteilung oder dem Parteienpluralismus. Demokratische Grundwerte wie die Gleichheit von Mann

und Frau oder die Meinungsfreiheit wären nur mit Einschränkungen gewährleistet. In einem solchen System bestünde z. B. für religiöse Minderheiten keine Gleichheit vor dem Gesetz.

So argumentiert der saudi-arabische Gelehrte Abdul Rahman Al-Sheha in einem ins Deutsche übersetzten Buch über das islamische Verständnis der Menschenrechte, das 2007 auch in einer schleswig-holsteinischen Moschee verteilt wurde, für die Todesstrafe für Apostasie [Abfall vom Glauben] und kommt zu dem Schluss:

„Die Tötung eines Abtrünnigen ist in Wirklichkeit eine Erlösung für die restlichen Mitglieder der Gemeinschaft.“

Das Buch erklärt auch ausführlich die Voraussetzungen für die verschiedenen Körperstrafen (*hudud*), wie das Abhacken der Hand bei Diebstahl, das Auspeitschen bei Unzucht oder die Steinigung bei Ehebruch. Der Autor rechtfertigt die archaischen Strafen, die gegen die Menschenwürde verstoßen, indem er argumentiert, dass die genannten Verbrechen einen Angriff gegen die islamische Gesellschaft als Ganzes bedeuten würden. Deren Bestand müsse jedoch unter allen Umständen gewahrt werden.

Ein anderes Buch desselben Autors zur Stellung der Frau in der islamischen Gesellschaft zeigt, wie eklatant diese Islaminterpretation gegen den Gleichheitsgrundsatz von Mann und Frau verstößt. Er erläutert ausführlich die zentrale Aufgabe der Frau als Gattin und Mutter und warum diesem Ziel beispielsweise eine Arbeit außer Haus oder das unbegleitete Reisen entgegenstünden. Dass die Zeugenaussage eines Mannes der zweier Frauen entspricht, begründet er damit, dass Frauen „leichter geneigt (seien), ihren Gefühlen (...) als den Tatsachen zu folgen“. Darin liege, so der Autor, auch die natürliche Führerschaft des Mannes begründet, der die Frau Gehorsam zu erweisen habe. Als letzte Disziplinierungsmaßnahme erlaube der Islam auch das Schlagen der Frau, wenn diese „den Anweisungen ihres Ehemannes ohne sichtbaren und annehmbaren Grund nicht gehorcht“. Darauf erörtert er die Regeln der körperlichen Züchtigung, bei deren Beachtung sich die Disziplinierung sowohl von „kontrollierende(n) oder führende(n) Frauen“ als auch von „unterwürfige(n) Frau-

en“ als nützlich erwiesen habe. Im Übrigen dürfe die Frau „nur in absoluter Privatsphäre geschlagen werden“.

Auch dieses Buch wurde im Berichtszeitraum in den Räumen eines Moscheevereins in Schleswig-Holstein an Interessierte verschenkt.

Der Verfasser dieser Bücher ist als Anhänger der *Salafiya* einzuordnen, einer islamistischen Denkrichtung, die gegenwärtig immer mehr Raum einnimmt, und die häufig den Kontext für Radikalisierungsprozesse einzelner Personen bildet. Darum soll darauf an dieser Stelle näher eingegangen werden.

2.1.3 *Salafiya - Islamistischer Aktivismus im Zeichen der „frommen Vorfahren“*

Als *Salafiya* bezeichnet man eine sunnitisch-islamistische Strömung, die ideologisch sehr eng mit dem wahhabitischen Islam verwandt ist. Anders als die streng orthodoxe saudi-arabische Lehre hat sich die *Salafiya* aber vom saudi-arabischen Bezugspunkt gelöst. Auch die *salafitischen* Gelehrten kritisieren das Abweichen vom wahren Glauben und predigen eine Rückkehr zum reinen Glauben der frühislamischen „frommen Vorfahren“ (*as-salaf as-salih*). Die Denker dieser „Reformbewegung“ fordern die Bereinigung der islamischen Glaubensgrundsätze von allen Traditionen, die sich nicht direkt auf ihre Interpretation des Urislams zurückführen lassen. Volksfrömmigkeit oder mystische Elemente gelten ihnen als schädliche Neuerungen (*bid'a*). Zur Wiederbelebung dieses nach Meinung ihrer Anhänger authentischen Urislams ist eine unbedingte Buchstabengläubigkeit an die islamischen Quellen, den Koran und die Überlieferung erforderlich. Die *Salafiya* treibt die Unbedingtheit islamischer Glaubensgrundsätze, vor allem den absoluten Monotheismus (*tawhid*), auf die Spitze und verdammt jeden Relativismus als unverzeihliche „Beigesellung“ (*shirk*), bei der Gott nicht die alleinige Anbetung zukommt. Das geht einher mit einer ausgeprägten Jenseitsorientierung, in der sich ausführliche Paradiesesschilderungen mit farbigen Drohszenarien der Qualen des Höllenfeuers abwechseln.

Mit ihrem dualistischen Weltbild, das scharf zwischen Gut und Böse, Falsch und Richtig unterscheidet und keine Zwischentöne duldet, grenzt sich die *Salafiya* bewusst von „westlicher“ Lebensweise und anderen Religionen, aber auch von ver-

meintlich unislamischem Verhalten von Muslimen ab. Die feste Überzeugung, den wahren Islam zu verbreiten, geht einher mit der Abwertung anderer islamischer Richtungen (Mystik, Schia) ebenso wie anderer Religionen, deren Anhänger pauschal zu Ungläubigen (*kufar*) erklärt werden (*takfir*). Wer nur 2 % an seinem Glauben zweifelt, heißt es in einer im Internet eingestellten deutschsprachigen Predigt, der sei schon kein Gläubiger mehr.

In ihrem Selbstverständnis betrachten *Salafiten* ihre Islaminterpretation nicht als eine historische Bewegung, sondern als den Islam an sich. In diesem geschlossenen, über jeden Zweifel erhabenen Denksystem sehen sich *Salafiten* als kleine, aber elitäre Avantgarde, deren Aufgabe es ist, den wahren Islam zu verkündigen und weiter zu verbreiten. Häufig bezieht man sich dabei auf einen Ausspruch des Propheten Mohammed, nach dem sich die islamische Gemeinschaft in 73 Gruppen spalten werde, von denen bis auf eine, die „gerettete Gruppe“, alle 72 verdammt sind. Ein Bild, das im Berichtsjahr auch in einer schleswig-holsteinischen Moschee gebraucht wurde.

Salafiten verfügen über ein starkes Sendungsbewusstsein. Ihre intensive Missionstätigkeit (*da'wa*) verstehen sie als religiöse Pflicht, deren Nichteinhaltung Strafe nach sich zieht. Als eine Art Wiedererweckungsbewegung richten sie sich vor allem an nicht-*salafitische* Muslime, aber auch an potenzielle Konvertiten. Besonders im Fokus stehen Menschen in Krisen- und Umbruchsituationen, darunter vor allem nicht integrierte Jugendliche, Arbeitslose oder straffällig gewordene Muslime. Sie argumentieren, dass sie diese Leute „von der Straße“ holen. Diese Art islamistischer Mission ist ein relativ neues Phänomen.

Anders als viele der bekannten islamistischen Organisationen, die einen lokalen Schwerpunkt haben oder versuchen, im Rahmen bestehender Nationalstaaten politisch Einfluss zu nehmen, ist die transnationale Agenda ein wesentliches Merkmal der *Salafiya*: Bestehende Staaten und ihre Regime, insbesondere die vermeintlich islamischen wie Saudi-Arabien, werden als unislamisch betrachtet.

Salafiten bedienen sich einer dualistischen Terminologie aus der islamischen Frühgeschichte, nach der ein Muslim nur in einem Land mit islamischer Rechtsordnung ein wirklich gottgefälliges Leben führen kann. Ein nicht-islamisches Land ist aus ih-

rer Sicht mit einer feindlichen Umgebung gleich zu setzen. Somit ergibt sich in den Augen besonders dogmatischer *Salafiten* für das Leben als muslimische Minderheit in einem solchen Land eine Reihe von Problemen. Der Gläubige ist dort gezwungen, eine nicht-islamische Rechtsordnung zumindest vordergründig zu akzeptieren. Folglich muss er, um nicht Gefahr zu laufen, vom wahren Glauben abzukommen, ständig bemüht sein, sich in seinen Handlungen, aber auch in seiner inneren Einstellung von dem „menschgemachten“ System abzugrenzen und loszusagen (Prinzip *al-wala' wal-bara'*, nach dem Muslime sich von nicht-muslimischer Gesellschaft fernhalten sollen) und sich dessen Gesetzen nicht zu unterwerfen. In diesem Denken würde die Akzeptanz der nicht gottbestimmten Gesetze die Anbetung eines Götzen (*taghut*) und damit eine Todsünde bedeuten.

In der Konsequenz bringt das eine Reihe von rechtlichen und lebenspraktischen Problemen mit sich, die z. B. in einem deutschsprachigen radikal-*salafitischen* Internet-Forum diskutiert werden. So sei es vorzuziehen, schreibt hier ein Teilnehmer, sich nach einem leichten Verkehrsunfall mit dem anderen Beteiligten direkt zu einigen, anstatt die Polizei zu rufen und sich damit der Exekutive der Ungläubigen unterstellen zu müssen.

Auch die Frage, ob man sich nicht schon allein durch die Beachtung der Verkehrsregeln der Götzendienerei schuldig mache, wird debattiert. Hier komme es, so ein Forumsteilnehmer, auf die innere Einstellung an:

„Wenn wir uns hier an die Verkehrsregeln halten, dann nicht, weil es hier Gesetz ist und wir die Gesetze, die von Menschen gemacht wurden, akzeptieren und respektieren, sondern, weil es besser für uns ist, sich nicht einer unnötigen Gefahr auszusetzen.“

Ähnlich wird bei der Frage nach standesamtlicher Heirat argumentiert: Gültigkeit habe allein die nach islamischem Gesetz geschlossene Ehe. Auch die Scheidung durch einen deutschen Richter nach den „*Kufr*-[Unglauben] Gesetz“ beinhalte eine Versündigung des Gläubigen, denn „hier wird das Urteil durch die bekannte Aussage ‚Im Namen des Volkes ...‘ gefällt. Auch eine Scheidung ist deshalb ein großer *kufr*.“

Dennoch gibt es auch innerhalb der *Salafiya* keine einheitliche Ideologie, zumal diese sich nicht an eine der vier sunnitischen Rechtsschulen gebunden fühlt, sondern eine eigenständige Quelleninterpretation entwickelt hat. Unter dem Dach der *Salafiya* vereint sich also ein breites Meinungsspektrum unterschiedlich radikaler Färbungen. Nicht jede *salafitische* Ausrichtung stellt per se eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

Die Sicherheitsbehörden unterscheiden eine kleine „puristische“ orthodox-religiöse, unpolitische *Salafiya*-Spielart, die unter Verfassungsschutzgesichtspunkten nicht relevant ist, vom breiten Spektrum der hier beschriebenen scharf abgrenzenden, missionarisch aktiven, aber gewaltlosen „Mainstream-*Salafiya*“. Diese geht schließlich in einer Grauzone in den Bereich der „*jihadistischen Salafiya*“ über, für deren Anhänger die Hauptströmung nicht konsequent genug agiert. Gewalt zur Durchsetzung der Ziele wird hier teilweise oder vollständig legitimiert und der bewaffnete Kampf als Glaubenspflicht anerkannt.

Die *Salafiya* ist in den vergangenen Jahren weltweit auf dem Vormarsch, und auch in Deutschland verzeichnen *salafitische* Strömungen eine wachsende Anhängerschaft. Es handelt sich dabei um eine lautstarke, extrovertierte Minderheit unter den hiesigen Muslimen, die sich offensiv missionarisch verhält. Auch im Internet sind *salafitische* Seiten, Foren oder Blogs deutlich überrepräsentiert.

Die Problematik der *Salafiya* liegt in der Übergangslosigkeit, mit der die ideologischen Strömungen dieser sunnitisch-islamistischen Bewegung ineinander fließen. Ein immer kompromissloser gelebtes abgrenzendes dualistisches Weltbild, kombiniert mit einem immer konsequenteren Sendungsbewusstsein, kann unter Umständen den Weg in eine weitergehende Radikalisierung ebnen. Einzelpersonen oder Netzwerken ermöglicht eine Vielzahl an abgestuft radikal gefärbten Lehrmeinungen die Selbstradikalisierung im Internet.

Eine im Dezember vom Bundesinnenministerium veröffentlichte Studie geht von einem Potenzial von 10 bis 12 % der hier lebenden Muslime aus, das offen für eine islamistisch gefärbte Radikalisierung ist, wobei allerdings nicht notwendigerweise alle Stufen durchlaufen werden müssen.

Die Attraktivität *salafitischen* Gedankenguts strahlt auch nach Schleswig-Holstein aus. Zwar lassen sich keine - organisationsgebundenen - festen Strukturen feststellen, doch verdichten sich die Anzeichen dafür, dass es auch hier ein aktiv unterstützendes Anhängerpotenzial gibt. Mehr als feste Strukturen spielen jedoch neue Medien eine Rolle bei der Vernetzung der Anhänger und bei der Verbreitung der Lehre. Der „Arabische Kulturverein e. V.“ mit Sitz in der ehemaligen Fröbelschule in Kiel organisierte im Mai im Rahmen einer Buchausstellung eine Vortragsveranstaltung unter dem Titel „Warum treten jährlich mehr als 4.000 Deutsche zum Islam über?“. Zu diesem Thema referierte der Konvertit Pierre Vogel, einer der bekanntesten Protagonisten des *salafitischen* Durchschnitts-Spektrums. Vogel präsentiert seine Islaminterpretation auf zahlreichen Vortragsreisen im gesamten Bundesgebiet und bietet seine Predigten im Internet zum Herunterladen an. Wenngleich er sich von Gewalt klar distanziert, tragen die Inhalte seiner Vorträge doch deutliche *salafitische* Züge. Wenn er seinen Zuhörern Selbstbewusstsein als Muslime vermitteln will, so tut er dies in Abgrenzung zur deutschen Gesellschaft mit strengen Moralvorstellungen und antichristlichen Ressentiments, kurz: indem er die absolute Überlegenheit des Islams predigt. Mit klaren, leicht verständlichen Regeln gewährt er Orientierung in den oft unübersichtlichen Lebenswelten seiner Anhänger. Sein universales Islamverständnis und seine selbstbewusste Glaubenspraxis wirken attraktiv auf viele Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich nicht mehr als Teil der ethnisch geprägten Gemeinden sehen, sich aber auch mit der deutschen Gesellschaft nicht voll identifizieren. Seine wachsende Anhängerschaft, in der sich auch zahlreiche deutschstämmige Konvertiten finden, betrachtet ihn als unbedingte Autorität in geistlichen wie auch in lebenspraktischen Fragen.

Die Veranstaltung, die über Wochen intensiv beworben worden war, zog mehrere hundert Interessierte aus Kiel und dem Umland an.

Auch die Verteilung von Flyern, die aus der Produktion von Pierre Vogel und seinem Umfeld stammten, bei einer islamkritischen Veranstaltung im November in der Kieler Universität macht deutlich, dass seine Botschaft in Schleswig-Holstein auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

2.2 Islamistischer Terrorismus

2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2007

Auch im Jahr 2007 blieb die Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine der Hauptkonstanten internationaler Politik. Die Lage in den Krisenherden des Nahen und Mittleren Ostens ist unverändert prekär und hat Auswirkungen auch auf die Sicherheitslage in Europa.

Europa ist keine isolierte Insel, sondern ist durch eine Reihe von „Brückenköpfen“ mit den Krisenregionen in Asien und Afrika verbunden. Aus geographischer Sicht stellt der Mittelmeerraum mit der Levante und den nordafrikanischen Maghreb-Staaten einen solchen Brückenkopf dar. Historisch sind viele europäische Länder durch ihre koloniale Vergangenheit eng mit islamischen Ländern verknüpft. Und schließlich leben in vielen europäischen Staaten Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghreb-Staaten, die als Einwanderer oder Flüchtlinge vielfältige Bezüge zu ihren Herkunftsländern aufrecht erhalten haben und die dortigen Konflikte sehr bewusst wahrnehmen.

Wie andere europäische Staaten auch engagiert sich Deutschland zivil und militärisch in den Konfliktregionen. Militante Islamisten interpretieren das als feindlichen Übergriff gegen islamisches Territorium und legitimieren damit den gewaltsamen Widerstand vor Ort, aber auch Anschläge gegen europäische Staaten. Hier liegt die Dynamik des steigenden Bedrohungspotenzials für Europa.

Ein zentrales Problem bei der Terrorismusbekämpfung bilden so genannte Home-grown-Strukturen: Vermeintlich gut integrierte Muslime der zweiten und dritten Einwanderergeneration durchlaufen einen Radikalisierungsprozess. Eine wesentliche Rolle spielt dabei häufig das Internet, mit dessen Hilfe sie Kontakte zu anderen radikalisierten Personen oder Netzwerken aufnehmen und sich relevante Informationen verschaffen können. Dieses Phänomen tritt vermehrt in Ländern mit kolonialen Bezügen zu islamischen Ländern auf, so in Frankreich mit seinem engen Verhältnis zu Algerien oder in Großbritannien zu Pakistan.

So kam es in Großbritannien auch 2007 wieder zu Anschlagversuchen. Ende Juni sollten in der belebten Londoner Innenstadt zwei Autobomben zur Explosion gebracht werden, die jedoch rechtzeitig entschärft werden konnten. Einen Tag später versuchten zwei Männer, mit einem mit Sprengstoff beladenen Jeep in den Flughafen von Glasgow einzudringen. Der Anschlag misslang dank der Sicherheitsbarrieren im Eingangsbereich. Daneben wurde eine Reihe von Personen in Frankreich, Italien, Dänemark und anderen europäischen Ländern festgenommen, denen die Vorbereitung von Anschlägen vorgeworfen wurde.

Doch auch für Deutschland und deutsche Interessen im Ausland setzte sich die konstante unspezifische Gefährdung fort. Vieles deutet darauf hin, dass Deutschland weiter in den Fokus des internationalen Terrorismus gerückt ist. Der Sympathiebonus, den Deutschland sich durch seine ablehnende Haltung zum Irak-Krieg erworben hatte, ist inzwischen aufgebraucht. Sehr konkret zeigen das die Festnahmen von drei Terrorverdächtigen im September im Sauerland (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.3).

Deutschland ist im Rahmen des NATO-Engagements in verschiedenen Regionen, vor allem aber in Afghanistan, beteiligt. Der Deutsche Bundestag hatte im März der zusätzlichen Entsendung von sechs Tornado-Aufklärungsflugzeugen zugestimmt und das Afghanistan-Mandat im Oktober für ein weiteres Jahr verlängert.

In Afghanistan hat sich die Lage im Berichtszeitraum weiter verschlechtert. Der militante Widerstand seitens des Terror-Netzwerkes „Al-Qaida“ und der mit ihm verbündeten Taliban war dort und in den pakistanischen Grenzregionen zu einer Konsolidierung im Stande.

Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte häuften sich Anschläge gegen die ausländische Militärpräsenz und Vertreter der afghanischen Regierung, bei denen viele zivile Opfer billigend in Kauf genommen wurden, und machten die Gefahr einer „Irakisierung“ Afghanistans deutlich. Neben einer Reihe von politisch oder kriminell motivierten Entführungen, darunter der zweier deutscher Ingenieure, kamen im Mai bei einem Selbstmord-Attentat in Kundus drei Soldaten der Bundeswehr ums Leben.

Dass Afghanistan einen zentralen Stützpunkt des internationalen Terrorismus darstellt, belegte im Juni ein Video, das den Taliban-Kommandeur Mansour Dadullah, Bruder des zuvor getöteten Taliban-Führers Mullah Dadullah, bei einer Abschlusszeremonie von 300 zuvor ausgebildeten Kämpfern in einem Trainingslager der Taliban zeigt. Die Kämpfer würden, so die Botschaft des Videos, zukünftig als Selbstmord-Attentäter gegen die USA, Großbritannien, Kanada und Deutschland bereitstehen.

Und auch die Botschaft zweier Droh-Videos der „Globalen Islamischen Medienfront“, einem deutschsprachigen *jihadistischen* Internet-Forum, verwies auf den deutschen Einsatz in Afghanistan. Die Videos von März und November, deren Produzenten Detailkenntnisse über den Umfang der Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Einsatz in Afghanistan bewiesen, richteten sich an die deutsche sowie die österreichische Regierung und forderten die sofortige Beendigung des Afghanistan-Engagements.

Den anderen großen Extremismus-Brennpunkt bildet der Irak-Konflikt. Der Irak ist nach der Absetzung des Saddam-Regimes konfessionell, aber auch ethnisch zersplittert - eine Instabilität, die sich auf die gesamte Region auswirkt. So verschärfte sich der Konflikt mit der Türkei, die in den kurdischen Autonomiegebieten im Norden des Landes einen Rückzugsraum für kurdische Extremisten vermutete und Ende 2007 eine begrenzte Militäroffensive durchführte (siehe dazu unter Nr. IV 3.5).

Trotz der strategischen Neuausrichtung der USA, die mit einer Truppenverstärkung und der schrittweisen Übertragung von Verantwortung auf die irakischen Sicherheitsorgane sowie der Kooperation mit lokalen Stammesführern einherging, hat sich die Lage kaum stabilisieren können. Verheerende Anschläge, wie z. B. im Sommer 2007 gegen yazidische Dörfer im Nord-Irak, bei denen 400 Menschen getötet wurden, sind weiterhin an der Tagesordnung.

Die bürgerkriegsartige Konfrontation zwischen militanten Gruppierungen der sunnitischen und schiitischen Bevölkerungsteile samt der Zerstörung von Heiligtümern, wie

der schiitischen goldenen Moschee in Samarra, die im Juni Opfer eines zweiten Anschlags wurde, setzt sich fort. Die latenten schiitisch-sunnitischen Ressentiments werden über die Grenzen des Irak hinaus weiter angeheizt. Gleichzeitig nehmen die Interessen der regionalen politischen Akteure zunehmend eine konfessionelle Färbung an: Der (schiitische) Iran strebt mit seinem Atomprogramm, seinem Anspruch an ideologische Meinungsführerschaft in der islamischen Welt in der Stoßrichtung gegen Israel, aber auch mit seiner fortgesetzten Unterstützung extremistischer Gruppen im Nahen Osten eine regionale Vormachtstellung an.

Im Gegenzug versuchen sich auch die (überwiegend sunnitischen) Golfstaaten unter Führung Saudi-Arabiens als politische Einflussfaktoren in der Region zu präsentieren, um dem Iran das Feld nicht zu überlassen. In diesem Kontext ist beispielsweise das neu erwachte Engagement Saudi-Arabiens im innerpalästinensischen Konflikt, das im Februar zum so genannten Mekka-Abkommen führte, zu bewerten. Radikale Gelehrte beider Seiten unterfüttern aktuell die politische Instrumentalisierung des alten schiitisch-sunnitischen Gegensatzes neu.

In den 1980er-Jahren spielte der Afghanistan-Krieg eine entscheidende Rolle für die Gründung und Entwicklung von „Al-Qaida“. Hier wurden Kontakte geknüpft, die Ideologie entwickelt und schließlich mit den „Heimkehrern“ in deren Herkunftsländer getragen. Der Irak könnte für zukünftige „Al-Qaida“-Generationen eine ähnliche Rolle spielen. Rückkehrende Kämpfer bringen Kontakte, Know-how und Kampferfahrung mit. Die meisten ausländischen Kämpfer im Irak stammen von der arabischen Halbinsel und aus Nordafrika. Kämpfer mit europäischer Herkunft wurden bislang nur vereinzelt bekannt.

Eine Funktion als Kontakt- und Know-how-Börse erfüllen aber auch terroristische Ausbildungslager in entlegenen und der Kontrolle der Staatsmacht entzogenen Gebieten z. B. in Pakistan oder in zerfallenden Staaten wie Somalia.

Neben dem symbolträchtigen Kampf in Afghanistan ist der Irak nach wie vor die Hauptaktionsfläche für das islamistische Netzwerk „Al-Qaida“, das im Irak unter der Fahne des Islamischen Staates Irak firmiert und auch ausländische Kämpfer anzieht. Parallel dazu existieren lokale extremistische Organisationen, wie die kurdisch-irakische „Ansar al-Islam“, deren Verhältnis zu „Al-Qaida“ ambivalent ist: Auch wenn

beide Gruppen ähnliche Ziele verfolgen, stehen sie de facto doch eher in einem Rivalitätsverhältnis zueinander.

Die Führung von „Al-Qaida“ (Kern-„Al-Qaida“) hatte in den vergangenen Jahren infolge der Antiterroroperationen ihren Charakter verändert hin zu einem amorphen Netzwerk unabhängig voneinander agierender regionaler Organisationen und Kleinstgruppen, die nur vom weltumspannenden Anspruch des gemeinsamen Markennamens zusammengehalten werden. Nach wie vor sind Planung und Durchführung terroristischer Operationen das Ziel des Netzwerkes. Die Strategie ist, lokale Konflikte für die globale *jihadistische* Botschaft zu nutzen. Dabei unterstellen sich lokale Gruppen formal „Al-Qaida“ und profitieren von Namen, Kontakten, Know-how oder Logistik, während die Kernorganisation symbolisch ihren Einflussbereich vergrößern und gleichzeitig ihr Prestige aufbessern kann, indem sie für entsprechende Terroranschläge verantwortlich zeichnet. Daneben wird diese Botschaft auch von radikalisierten Einzelpersonen vernommen, die daraus direkte Handlungsanweisungen ableiten.

Jüngstes Beispiel für ein solches terroristisches „Franchising“ war die Umbenennung der algerischen „Salafiya-Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC) in „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM) Ende 2006. Die Ereignisse im Jahr 2007 zeigen, dass der gewünschte Effekt der formalen Unterstellung unter „Al-Qaida“ für beide Seiten tatsächlich eingetreten ist.

Im Laufe des Jahres kam es zu einer Reihe von schweren Anschlägen in Algerien mit vielen Toten und Verletzten, insbesondere auf Polizei- und Justizeinrichtungen, die das verhasste algerische Regime repräsentieren, aber auch auf das UN-Flüchtlingshilfswerk als Symbol des verfeindeten westlichen Auslands.

Die bekannte Auto-Rallye Paris - Dakar wurde nach Anschlagdrohungen seitens der AQM Anfang 2008 kurzerhand abgesagt.

Der neue Name der Organisation ist auch insofern programmatisch, als die AQM eine Vernetzung mit dem gesamten nordwestafrikanischen Raum anstrebt. So über-

nahm sie Ende des Jahres die Verantwortung für den Überfall auf eine Militär-Patrouille in Mauretanien, bei dem vier Soldaten getötet wurden.

Ein vergleichbares Phänomen stellt der angebliche Anschluss der „Libyschen Kämpfenden Islamischen Gruppe“ an „Al-Qaida“ dar, den „Al-Qaida“-Vize Al-Zawahiri in einer Video-Botschaft mit dem Titel „Schließung der Reihen“ Anfang November bekannt gab.

Alles deutet darauf hin, dass die dynamische Anpassungsfähigkeit des Netzwerkes eine überaus erfolgreiche Überlebensstrategie ist. Die Ideologie von „Al-Qaida“ ist weltweit so präsent wie nie.

Ein Beispiel für ihre Stoßkraft sind die Kämpfe um das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Barid bei Tripoli im Libanon, in dem sich die Extremistengruppe „Fatah al-Islam“ gut drei Monate verschanzt hielt, bis das Lager im Oktober von der libanesischen Armee gestürmt wurde.

Die „Al-Qaida“-Führung behauptet trotz der Einschränkung ihres realen Handlungsraumes die Meinungsführerschaft im globalen *Jihad*. Eine ehrgeizige Propagandamaschinerie, bemüht um Aktualität und Vollständigkeit, gewährt eine immer professionellere Berichterstattung von den Schauplätzen des weltweiten *Jihad*.

Dabei verlagern sich die Aktivitäten zunehmend in den virtuellen Raum des Internets (zum Islamismus im Internet siehe unter Nr. IV 2.5). Al-Zawahiri meldete sich mit einer Reihe von Video- und Audio-Botschaften zu Wort, und auch von Bin Laden tauchten nach etwa zweijähriger Abstinenz 2007 gleich fünf Audio-Botschaften auf. Ziel dieser Botschaften ist, die Meinungshoheit innerhalb der *jihadistischen* Szene im Blick auf das Weltgeschehen für sich zu behaupten. Hier liegt mittlerweile eine Kernfunktion der „Al-Qaida“-Führung.

Exemplarisch wird das deutlich an der Intensität, mit der sich Al-Zawahiri der Rolle der HAMAS im israelisch-palästinensischen Konflikt gewidmet hat. Der Emotionen schürende Palästinakonflikt ist ein Standardthema in *jihadistischen* Medienproduktionen - ist er doch geeignet, die Anhängerschaft mit entsprechenden Opferdarstellungen und dem Gedächtnis an besetzte heilige Stätten auf eine klare feindbildorientierte Zielrichtung einzuschwören. Al-Zawahiri jedoch erhebt zusätzlich Anspruch auf

die Hoheit über den gesamten islamistisch motivierten Widerstand. So hatte er auch wiederholt die HAMAS für ihre Beteiligung an den palästinensischen Parlamentswahlen Anfang 2006 kritisiert. Im März 2007 rügte er die palästinensischen Islamisten erneut für ihre pragmatische Linie im Ringen um eine Regierungsbildung mit der säkularen Fatah-Bewegung. In den Augen der *Jihadisten* hatte die HAMAS damit das verwerfliche demokratische System akzeptiert und Israel implizit anerkannt und war damit vom „rechten Weg“ abgekommen. Mehr noch: Die „Islamische Widerstandsbewegung“, die sich zuvor wiederholt von den „Al-Qaida“-Solidarisierungen distanziert hatte, sei, so Al-Zawahiri, „in den Sumpf der Kapitulation geraten“.

Einige Monate später, nachdem die Einheitsregierung gescheitert war und die HAMAS die Macht im Gazastreifen an sich gebracht hatte und die ideologischen Hardliner wieder die Oberhand gewonnen hatten, schlug der „Al-Qaida“-Vize dagegen versöhnlichere Töne an:

„Wir stehen auf eurer Seite in eurem Kampf gegen Israel (...); trotz der Fehler eurer Führung, und obwohl sie uns und den übrigen *Mujahidin* den Rücken gekehrt hat.“

2.2.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland

Die Entwicklungen im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus haben unmittelbare Einflüsse auf die Sicherheitslage hierzulande. Nachdem sich bereits 2006 die abstrakte Gefährdung Deutschlands durch die gescheiterten Kofferbomben-Attentate, an denen eine Person aus Schleswig-Holstein beteiligt gewesen war, erstmals konkretisierte, konnte 2007 ein mutmaßlich islamistischer Terroranschlag größeren Ausmaßes in Deutschland durch die Sicherheitsbehörden verhindert werden (siehe dazu unter Nr. IV 2.2.3).

2.2.3 Festnahme dreier mutmaßlicher Mitglieder der „Islamischen Jihad Union“ (IJU)

Nach mehrmonatigen Ermittlungen der deutschen Sicherheitsbehörden wurden am 4. September zwei deutsche und ein türkischer Staatsangehöriger wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung IJU sowie der Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen in Deutschland festgenommen. Bei der

IJU handelt es sich um eine vorwiegend in Zentralasien aktive sunnitische Gruppierung, die sich 2002 von der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ abgespalten hatte. Ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen Staates in Usbekistan. Mit dieser regional orientierten Agenda bekämpfte die IJU in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre die usbekische Regierung. Im Zuge von Gegenmaßnahmen suchte sich die Organisation eine neue Basis in Afghanistan, wo sie sich mit den Taliban verbündete und sich an deren Kampf gegen die ausländische Militärpräsenz beteiligte. Dies ermöglichte der IJU den Unterhalt von Ausbildungslagern sowie die Anwerbung neuer Kämpfer in Afghanistan und den angrenzenden Provinzen Pakistans. Internationale Bekanntheit erlangte die IJU erstmals im Sommer 2004 mit Selbstmord-Anschlägen in der usbekischen Hauptstadt Taschkent gegen die israelische und die US-amerikanische Botschaft.

Am 11. September erschien ein Bekenner schreiben der IJU auf einer der Organisation nahe stehenden Internet-Seite. Darin bezeichnete sie die zuvor in Deutschland festgenommenen Personen als „unsere Brüder“ und bekräftigte ihren Willen zu weiteren Angriffen auf Einrichtungen der USA und ihrer Verbündeten.

Die Tatverdächtigen hatten in Medebach-Oberschledorn (Nordrhein-Westfalen) ein Ferienhaus angemietet, in dem vermutlich die letzten Anschlagsvorbereitungen durchgeführt werden sollten. Am 5. September wurde gegen sie Haftbefehl erlassen. Einer der Verdächtigen hatte seit Januar insgesamt rund 730 kg Wasserstoffperoxydlösung in einer 35 %-igen Konzentration erworben, die zur Herstellung von Sprengstoff verwendet werden kann. Der Polizei war es gelungen, die Fässer mit einer ungefährlichen 3 %-igen Lösung auszutauschen.

In diesem Zusammenhang wurde am 6. November ein deutscher Staatsangehöriger aufgrund eines Festnahmeersuchens der Bundesanwaltschaft von türkischen Sicherheitskräften in der Türkei festgenommen. Der Beschuldigte ist dringend verdächtig, sich seit Ende 2006 an der inländischen terroristischen Vereinigung beteiligt zu haben, der auch zwei der drei im September verhafteten Terrorverdächtigen angehörten.

Bereits zum Jahreswechsel 2006/2007 waren zwei der Festgenommenen mit einer weiteren Person bei einem mutmaßlichen Ausspähversuch eines möglichen An-

schlagszieles - einer Liegenschaft in Hanau (Hessen) - von deutschen Sicherheitskräften identifiziert worden. Daraufhin wurden die an der Ausspähung beteiligten Personen kurzzeitig festgenommen und deren Wohnungen durchsucht. Hinweise auf konkrete Anschlagplanungen konnten durch die polizeilichen Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewonnen werden. Trotz des Wissens, dass die Sicherheitsbehörden auf ihre Aktivitäten aufmerksam geworden sind, setzten die Personen ihre Anschlagvorbereitungen unbeirrt fort.

Auch zukünftig ist damit zu rechnen, dass für islamistische Terroristen die westliche Welt ein lohnendes Ziel für symbolträchtige und folgenreiche Großanschläge darstellt. Deutschland kann sich diesem Zielspektrum aufgrund seiner übernommenen Verantwortung innerhalb der internationalen Sicherheitsarchitektur nicht entziehen. In Deutschland ist die Existenz von terroristischen „Home-grown“-Strukturen, möglicherweise unter Einschluss deutschstämmiger *jihadistisch* beeinflusster Konvertiten, ebenso wenig auszuschließen wie ein *jihadistisches* Potenzial unter möglicherweise zunächst unerkannt bleibenden Rückkehrern aus Irak, Afghanistan und Pakistan. Bei Letzteren besteht die Gefahr, dass sie mit der Motivation und dem Know-how oder sogar der Instruktion zu Anschlägen nach Deutschland zurückkehren. Die deutschen Interessen im Ausland gelten inzwischen als annähernd gleichrangig wie US-amerikanische und britische Belange gefährdet.

2.2.4 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein sind islamistisch-terroristische Strukturen unverändert nicht erkennbar. Dennoch ist davon auszugehen, dass auch in Schleswig-Holstein Einzelpersonen leben, die sich von der Ideologie des internationalen *Jihad* gegen die westliche Werteordnung angesprochen fühlen.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt weiterhin die Beobachtung von Islamisten, die Kontakt zu Gruppierungen oder Einzelpersonen aus dem Spektrum des internationalen *Jihad* unterhalten. Hierbei sind an erster Stelle neben den wieder an Bedeutung gewinnenden so genannten Widerstandskräften in Afghanistan die Terrorgruppen im Irak zu nennen. In Schleswig-Holstein konnte insbesondere ein unstrukturiertes An-

hängerpotenzial der irakischen Terrorgruppe „Ansar al-Islam“ (AAI) festgestellt werden. Diese Gruppierung ist weiterhin bemüht, im kurdischen Teil des Irak einen islamischen Staat, vergleichbar mit dem ehemaligen Taliban-Regime in Afghanistan, einzurichten. Von dem hiesigen Anhängerpotenzial könnte zumindest eine mögliche logistische Unterstützung der AAI in finanzieller, sächlicher wie auch personeller Art erfolgen. Ebenfalls sind aufgrund der Erfahrungen, die aktuell im Zusammenhang mit den Festnahmen dreier mutmaßlicher Mitglieder der IJU gewonnen wurden, die Reisebewegungen von erkannten Islamisten zu beobachten. Diese könnten unter anderem der Ausbildung in einschlägigen Terrorausbildungslagern dienen. Hierbei sind Reisen insbesondere nach Pakistan und nach dem Anschluss der algerischen GSPC an „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ nach Algerien von Bedeutung. Auch gilt es, islamistische Rückkehrer aus den Brennpunkten des weltweiten *Jihad* zu identifizieren und zu beobachten. Von diesen geht aufgrund ihrer möglichen terroristischen Erfahrungen im dortigen Kampf gegen den Westen eine besondere Gefahr aus.

2.2.5 Terrorprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein

2007 liefen zwei Strafprozesse gegen Personen aus Schleswig-Holstein wegen deren Beteiligung am internationalen *Jihad*.

Am 25. Juli wurde vor dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig der Prozess gegen den 36-jährigen deutschen Staatsangehörigen marokkanischer Herkunft Redouane E. H. aus Kiel als mutmaßlichen Unterstützer der Terrororganisation „Al-Qaida“ eröffnet. Im Zuge der Ermittlungen wurde festgestellt, dass er terroristische Organisationen im Ausland finanziell unterstützte und versuchte, über das Internet Selbstmord-Attentäter zu rekrutieren. Neben seinen zahlreichen Kontakten zum internationalen Netzwerk gewaltbereiter *Jihadisten*, unter anderem in Syrien, Algerien und im Irak, soll er im November 2005 in Algerien in einem Lager einer dort operierenden terroristischen Vereinigung eine Sprengstoffausbildung absolviert haben.

Der Verdacht der Bundesanwaltschaft stützt sich insbesondere auf überwachte Internet-Gespräche des Beschuldigten. Seine Einbindung in das weltweit agierende

Logistik-Netzwerk der „Al-Qaida“ belegt vor allem seine vermutete Funktion als Nachrichtenmittler für das flüchtige mutmaßliche „Al-Qaida“-Mitglied Said Bahaji und dessen in Hamburg wohnender Ehefrau. Bahaji ist verdächtig, Mitglied der Hamburger Zelle um Mohamed Atta gewesen zu sein, die die Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA mit vorbereitete und ausführte. Er ist seit dem 3. September 2001 auf der Flucht.

Am 24. Januar 2008 verurteilte das Oberlandesgericht Schleswig Redouane E. H. wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren und 9 Monaten. Gegen dieses Urteil hat der Verurteilte Revision eingelegt.

Danach begann am 13. Februar 2008 ebenfalls vor dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht die Hauptverhandlung gegen den jordanischen Staatsangehörigen Thaer A. Ihm wird vorgeworfen, gemeinsam mit dem verurteilten Redouane E. H. eine ausländische terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Er wurde im März 2007 in Schweden vorläufig festgenommen und an Deutschland ausgeliefert. Am 21. Februar 2008 ist er zu 2 Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.

In einem zweiten Verfahren gegen eine Person aus Schleswig-Holstein wird seit dem 18. Dezember 2007 vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf der Prozess gegen den zur Tatzeit 21 Jahre alten libanesischen Staatsangehörigen Youssef Mohamad E. H. aus Kiel geführt. Er wird beschuldigt, zusammen mit weiteren bislang unbekanntem Mitgliedern einer terroristischen Vereinigung versucht zu haben, am 31. Juli 2006 zwei zeitlich aufeinander abgestimmte Sprengstoffanschläge auf Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen zu verüben, um eine Vielzahl von Menschen zu töten. Mittels unkonventioneller Sprengvorrichtungen, die in so genannten Koffertrolleys deponiert waren, sollten zwei Züge getroffen werden. Lediglich aufgrund von „handwerklichen Fehlern“ kam es nicht zu einer Zündauslösung der Bombenvorrichtungen.

Youssef Mohamad E. H. aus Kiel wurde bereits am 18. Dezember 2007 wegen dieser Tat in Abwesenheit im Libanon zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Sein

mutmaßlicher Komplize, der zur Tatzeit 20 Jahre alte libanesische Staatsangehörige Jihad H., hat sich im Libanon den dortigen Sicherheitsbehörden gestellt und wurde dort ebenfalls bereits zu einer Haftstrafe von 12 Jahren verurteilt.

Das islamistische Spektrum in Schleswig-Holstein nahm zumindest öffentlich keinerlei Anteil an den Prozessgeschehen.

2.3 „Hizb Allah“ [„Partei Gottes“]

Die Wurzeln der schiitischen „Hizb-Allah“-Bewegung liegen in der Islamischen Revolution im Iran 1979 und der israelischen Invasion im Libanon im Jahr 1982. Neben dem Kampf gegen die israelischen Besatzer gehörten die Zurückdrängung westlichen Einflusses im Libanon und die Errichtung eines islamischen Staates nach iranischem Vorbild zu ihren ursprünglichen Zielen.

Seit Ende des libanesischen Bürgerkrieges 1990 konzentrierte sich die „Hizb Allah“ auf den Kampf gegen Israel und die Unterstützung des palästinensischen Widerstands, die Verbreitung des Islams sowie die Verbesserung der Infrastruktur und der allgemeinen Lebensbedingungen für die schiitische Bevölkerung im Libanon. Dabei wird sie sowohl vom Iran als auch von Syrien maßgeblich unterstützt. Die Allianz mit dem säkularen syrischen Regime baut in erster Linie auf den gemeinsamen Feind Israel und dem syrischen Interesse an Einfluss im Libanon.

Seit 1992 ist die „Hizb Allah“ im libanesischen Parlament vertreten. Als einzige Partei verfügt sie über eine eigene Miliz sowie verschiedene Unterorganisationen. Dazu gehören sozial tätige Hilfsorganisationen, eine Radiostation und der Fernsehsender „Al-Manar“, aber auch die im Ausland tätige „External Security Organisation“, die von Großbritannien und Australien als terroristische Organisation gelistet ist. Ihre Verankerung in der schiitisch-libanesischen Bevölkerung verdankt die „Hizb Allah“ jedoch ihrem Angebot an sozialen Dienstleistungen.

Einen enormen Popularitätsgewinn konnte die „Hizb Allah“ nach dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Süd-Libanon im Mai 2000 für sich verbuchen. Diesen Ruf als „standhafte Widerständler gegen die mächtigste Armee im Nahen Osten“

vermarkteten die Organisation und ihr Führer Hassan Nasrallah auch erfolgreich über Landes- und Konfessionsgrenzen hinweg nach der militärischen Auseinandersetzung mit Israel im Sommer 2006.

Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 11. August 2006 beendete schließlich die Kampfhandlungen. Der Einsatz der mit einem robusten Mandat ausgestatteten UNIFIL-Mission soll die Wiederherstellung staatlicher Kontrolle im Süd-Libanon unterstützen und ein gegen die „Hizb Allah“ verhängtes Waffenembargo durchsetzen. Deutschland unterstützt den Einsatz mit rund 1.000 Soldaten und der Führung der „Maritime Task Force“ (MTF) vor der Küste des Libanon. Die MTF ist damit beauftragt, in ihrem Operationsgebiet den Waffenschmuggel für die „Hizb Allah“ auf dem Seeweg zu unterbinden. Im September verlängerte der Deutsche Bundestag das UNIFIL-Mandat um ein Jahr bei gleichzeitiger Reduzierung des deutschen Kontingents und Übergabe der Führung zum Februar 2008.

Trotz der angestrebten Entwaffnung gelang es der „Hizb Allah“, ihre Milizen und Waffenlager teilweise in nördliche Landesteile zu verlegen, wo sie mittlerweile wieder massiv aufrüstet.

Die aktuelle Konfrontation zwischen dem vom Westen unterstützten Regierungslager und der oppositionellen Allianz aus „Hizb Allah“ und einigen kleineren Gruppierungen hat das Land tief gespalten. Die „Hizb Allah“ beansprucht mit Nachdruck politisches Mitspracherecht. Politische Prozesse, wie die Neuwahl des Staatspräsidenten, dessen Amt seit November 2007 vakant ist, sind weitgehend blockiert.

In Deutschland verfügt die „Hizb Allah“ über keine einheitlichen Organisationsstrukturen. Bundesweit werden ihr etwa 800 bis 900 Anhänger zugerechnet. Die Organisation ist in einer Reihe von Moscheevereinen vertreten, die weitgehend unabhängig voneinander agieren. Die Vereinsaktivitäten beschränken sich im Wesentlichen auf interne Treffen, Diskussionsveranstaltungen, das Sammeln von Spendengeldern und religiöse Feiern.

Die Organisation betont seit einigen Jahren, mit ihren Milizen lediglich libanesisches Territorium zu schützen und nicht außerhalb des Landes tätig zu werden. Insbeson-

dere verwehrt sie sich gegen Anschläge in Europa. Gleichwohl können Operationen ihrer Auslandsorganisation in Europa nicht ausgeschlossen werden.

In Schleswig-Holstein sind Einzelpersonen als Anhänger bzw. Sympathisanten der „Hizb Allah“ bekannt. Es existieren Vereine in mehreren Städten, die als Anlaufstelle für diese Personen gelten. Personelle Verbindungen sind auch nach Hamburg zu beobachten. Hinweise, denen zufolge sich libanesisch und irakische Schiiten organisatorisch stärker voneinander lösen wollen, konnten bisher nicht festgestellt werden.

2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht gewaltbereite islamistische Organisation

Die IGMG wurde 1985 in Köln gegründet (unter dem Namen „Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e. V.“). Derzeitiger Vorsitzender ist Osman Döring (genannt Yavuz Celik Karahan).

Die Mitgliederstärke der IGMG wird auf 26.500 geschätzt, wobei sie selbst eine Mitgliederzahl von 57.000 für Deutschland angibt. Mit ihren zahlreichen Einrichtungen und Angeboten erreicht die IGMG jedoch einen wesentlich größeren Personenkreis.

Die ideologischen Wurzeln der IGMG basieren auf den Ideen und Konzepten des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan. Er wird von der IGMG als Begründer und geistiger Führer der „Milli-Görüs“-Bewegung verehrt. Die IGMG stand stets in enger Verbindung zu den von Erbakan dominierten islamistischen Parteien in der Türkei. Aktuell unterhält sie Kontakte zur „Saadet Partisi“ (SP - „Partei der Glückseligkeit“), in der die Anhänger der „Milli-Görüs“-Bewegung in der Türkei politisch organisiert sind. Obwohl Erbakan wegen eines lebenslangen Politikverbots in der Türkei keine offizielle Parteifunktion übernehmen kann, übt er unverändert maßgeblichen Einfluss auf die politische Linie der SP aus.

Erbakans ideologische Schlüsselbegriffe lauten „Milli-Görüs“-Bewegung [Nationale Sicht] und „Adil Düzen“ [Gerechte Ordnung]. Seine zentralen Ziele sind die Errichtung einer „neuen großen Türkei“ in Anlehnung an das Osmanische Reich, die Abschaffung des Laizismus in der Türkei und - letztlich - das Streben nach einer weltweiten islamischen Ordnung.

Die IGMG ist Bestandteil der „Milli-Görüs“-Bewegung. Führende SP-Politiker nehmen immer wieder an von der IGMG organisierten Feierlichkeiten teil.

Neben dem nach wie vor existenten Bezug auf die Leitlinien Erbakans steht die IGMG in Deutschland trotz ihres vordergründigen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung für ein rigoroses Islamverständnis. Unter der Maßgabe, eine „islamische Identität“ zu bewahren, lehnt die Organisation integrative Schritte als vermeintliche Assimilation ab und fordert für Muslime in Deutschland ein islamorientiertes System in allen Lebensbereichen.

Das Jahr 2007 stand unter dem Zeichen des Abnabelungsprozesses der IGMG von eben jenem geistigen Führer Necmettin Erbakan. Konnte man bisher eine nahezu devote Ergebenheit eines Großteils der Anhängerschaft der IGMG gegenüber Erbakan beobachten, so scheint es mittlerweile einen Wandel - zumindest im Bereich des IGMG-Vorstandes - zu geben.

Immer offensichtlicher wird der Machtkampf innerhalb der IGMG zwischen denen geführt, die am Erbakan-Kurs festhalten wollen, und denen, die für eine unabhängige Linie eintreten.

Bereits vor den Parlamentswahlen in der Türkei am 22. Juli waren Spannungen zwischen Erbakan und dem Vorstand der IGMG zu verzeichnen, die sich dann vor allem in den Reaktionen auf das schlechte Abschneiden der SP bei diesen Wahlen zeigten. Für den Misserfolg, der innerhalb der IGMG Bedauern und Enttäuschung auslöste, wurden verschiedene Gründe benannt:

Einer der Fehler sei gewesen, Recai Kutan erneut als Spitzenkandidaten der SP aufzustellen, obwohl dieser bereits in den vorherigen Wahlen schlecht abgeschnitten hatte. Des Weiteren wurde der Einfluss der Medien hervorgehoben, die nur negative Meldungen über die IGMG aufgegriffen und somit gegen diese gearbeitet hätten.

Zudem habe die SP innerhalb des Wahlkampfes kaum ein eigenes Programm vorweisen können, das sich konstruktiv mit den Fehlern der regierenden AKP auseinandergesetzt hätte. In seinen Wahlreden habe Erbakan meist nur antisemitische Verschwörungstheorien vorgebracht, wofür bei vielen seiner Zuhörer das Verständnis fehlte.

In der Zeitung „Milli Gazete“ erschienen diverse Beiträge, die die Wahlniederlage analysierten: Die SP habe, so das wichtigste Sprachrohr der „Milli-Görüs“-Bewegung, mit ihren Wahlkampfthemen nicht punkten können.

Das interne Ringen um die zukünftige Richtung lähmt auch die Aktivitäten der IGMG. Auch 2007 wurden kaum noch öffentlichkeitswirksame Großveranstaltungen durchgeführt. Derzeit ist nicht abzusehen, in welche Richtung sich die IGMG weiterentwickeln wird.

Zu diesem ambivalenten Bild gehört auch die seit einiger Zeit zu beobachtende Intensivierung der Zusammenarbeit der IGMG mit der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB). Diese Annäherung geht über die Gründung des „Koordinationrats der Muslime in Deutschland“ im Frühjahr, an der beide Organisationen beteiligt sind, hinaus. Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss diese Zusammenarbeit auf die künftige Ausrichtung der IGMG haben wird.

Die bundesweite Situation der IGMG spiegelt sich auch in Schleswig-Holstein wider. Bis dato zählte Schleswig-Holstein nicht zu den Organisationsschwerpunkten der IGMG. Unverändert ist eine Reihe von Moscheevereinen in Kiel, Lübeck, Neumünster, Rendsburg sowie dem Hamburger Umland in IGMG-Strukturen eingebunden. Aber auch diese Vereine waren im Berichtszeitraum entsprechend der bundesweiten Entwicklung kaum in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Die Stagnation spiegelt sich auch in den Mitgliederzahlen wider; sie betragen nach wie vor rund 450 bis 500.

2.5 Islamistische Aktivitäten im Internet

Die Hinwendung zu einer idealisierten Vergangenheit hindert Islamisten nicht daran, sich der Möglichkeiten modernster Technik zu bedienen. Der weltweite *Jihad*, so „Al-Qaida“-Führer Bin Laden, müsse heutzutage zu 90 % in den Medien geführt werden. Die Nutzung moderner Kommunikationstechnologie durch Islamisten hat sich im Berichtszeitraum weiter intensiviert. Die Bandbreite reicht dabei von Internet-Seiten und Diskussionsforen über Web-Blogs (Internet-Tagebücher mit Kommentierfunktion) und elektronische Newsletter bis hin zur Nutzung von Internet-Telefondiensten. Die islamistischen Nutzer stellen eigene Internet-Seiten sowie Video- und Audio-Dateien mit radikalen Inhalten ins Netz. Sie beantworten Fragen im Live-Chat oder

predigen regelmäßig in den virtuellen Räumen des Internet-Kommunikationsdienstes „PalTalk“. Systematisch versuchen sie, ihre Ideen auf viel besuchten, nicht notwendigerweise islamistischen Seiten unterzubringen. Zahllose Kommentare zu Artikeln auf den Seiten großer Nachrichtenanbieter, wie dem arabischen Satellitenkanal „Al-Jazeera“, zeugen von der großen Ernsthaftigkeit, mit der Islamisten ihre Weltanschauung öffentlich machen. In islamistischen Diskussionsforen wird dies auch immer wieder als effiziente Art der Öffentlichkeitsarbeit empfohlen. Kurz: Im Internet dominiert der politische Islam klar gegenüber anderen islamischen Spielarten. Hier spiegelt sich auch die Vielfalt des islamistischen Spektrums wider: Sie reicht von Internet-Auftritten legalistischer Organisationen, die ihre politischen Ziele unter Ausnutzung der deutschen Rechtsräume durchsetzen wollen, über missionarisch motivierte Islamisten, die ihre Lehre bekannt machen wollen, bis hin zu militant *jihadistischen* Zellen. Das Medium Internet bietet sich dabei an: Es ist weltweit verfügbar, anonym, ermöglicht Vernetzung und Kontakte, Austausch von Gleichgesinnten, Informationen und Know-how. Islamistische Internet-Foren befinden sich häufig in der halbprivaten Atmosphäre passwortgeschützter Räume.

Besondere Aufmerksamkeit widmen die Sicherheitsbehörden den Video- und Audio-Botschaften aus dem „Al-Qaida“-Spektrum. Sie erfüllen einerseits eine Propagandafunktion: Gegenüber potenziellen Anhängern werden die Taten der *Mujahidin* gerühmt und ideologisch untermauert, während der Gegner (die „westliche Welt“ und ihre Verbündeten) dämonisiert und psychologisch verunsichert werden soll. Andererseits dienen sie aber auch der Meinungsbildung innerhalb der *jihadistischen* Unterstützer-Szene: Da die „Al-Qaida“-Führung ihres tatsächlichen Aktionsraums weitgehend beraubt ist, bleibt der virtuelle Raum, der aber nicht minder brisant ist, da hier Radikalisierungsprozesse stattfinden und Anhänger rekrutiert werden.

Militante Akteure der verschiedenen Konfliktregionen der Welt verfügen über Medienabteilungen, die ihre Mission erläutern und ihre Taten propagieren. So werden z. B. die Verlautbarungen von Bin Laden von einer eigenen Produktionsfirma hergestellt und von einem spezialisierten Medienzentrum vertrieben. Aber auch unabhängige Gruppen der Unterstützer-Szene bemühen sich um die Sammlung und Verbreitung von entsprechenden Medien.

2007 nahm die Zahl der deutschsprachigen *jihadistischen* Internet-Seiten deutlich zu. Auffällig ist, dass zunehmend statt bloßer Übersetzungen anderer Medien eigenständige, für den deutschen Sprachraum konzipierte Inhalte angeboten werden. An erster Stelle ist dabei der bereits erwähnte deutschsprachige Zweig der „Globalen Islamischen Medienfront“ (GIMF) zu nennen, der 2007 zwei Video-Botschaften produzierte, die sich an die deutsche und die österreichischen Regierung richteten. Unter immer wieder wechselnden Adressen verbreitet die GIMF *jihadistische* Propaganda wie Berichte von den Schauplätzen des internationalen *Jihad*, aber auch eigene Aufrufe und Kommentare. Im September wurden drei GIMF-Aktivisten in Wien (Österreich) verhaftet. Allerdings belegte das zweite Droh-Video vom November, in dem auch die Freilassung der verhafteten Mitglieder gefordert wurde, dass die Gruppe nach wie vor funktionsfähig ist.

Daneben sind es aber auch die vermeintlich harmlosen Bereiche, die die meiste Wirkung bei der Radikalisierung erzielen. So dienen Computerspiele mit islamistischem Hintergrund zur Verfestigung von Feindbildern. Einen ähnlichen Zweck erfüllen Auftritte von Islamisten in der virtuellen Welt des vernetzten Rollenspiels „Second Life“ oder Angebote zum Herunterladen von *jihadistischer* Musik in Tauschbörsen: Hier finden Interessierte eine emotionale Untermauerung des islamistischen Gedankenguts.

Aufgrund des anonymen und nicht ortsgebundenen Charakters des Internets ist es schwierig, konkrete Aussagen zu Bezügen nach Schleswig-Holstein zu treffen. Benutzer von Foren und Chats bleiben unter ihren Pseudonymen weitgehend anonym und ihre Herkunft ist nicht zu lokalisieren. Darum ist eine koordinierte länderübergreifende Beobachtung des Internets notwendig.

3 Nicht islamistisch motivierter Ausländerextremismus: „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

3.1 Überblick

Der KONGRA-GEL als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) hat auch im Jahr 2007 sein Ziel, als politischer Gesprächs- und Ver-

handlungspartner für die kurdische Minderheit anerkannt zu werden, nicht erreicht. Der seit 1999 in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte „Friedenskurs“ wurde beibehalten, was jedoch nicht heißt, dass er nicht umkehrbar ist. Nach den Parlamentswahlen in der Türkei am 22. Juli, bei denen nach vielen Jahren erstmals wieder kurdische Abgeordnete in größerer Zahl im Parlament vertreten sind, sah der KONGRA-GEL „eine neue Chance für die Entwicklung von politischen Lösungen“, hielt sich aber gleichzeitig die Option offen, Gewalt zu forcieren, sofern man die Kurdenfrage nach wie vor mit Gewalt und Krieg seitens der türkischen Regierung behandeln würde. Teilweise zeigte sich eine „Aktionsmüdigkeit“ unter der Anhängerschaft, die sich unter anderem darin ausdrückte, dass zwar zahlreiche Eintrittskarten für Veranstaltungen verkauft wurden, die Teilnehmer aber ausblieben. Mit Verweis auf das Schicksal ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan und einer verschärften militärischen Situation in den Kurdengebieten des Nord-Irak gelang es der Organisation aber, ihre große Anhängerschaft wieder zu mobilisieren. Erstmals fanden jedoch auch bundesweit zahlreiche Demonstrationen pro-türkischer Anhänger statt, die sich gegen die PKK richteten und deren entschiedene Bekämpfung forderten. Das Spannungsverhältnis zwischen Kurden und Türken zeigte sich durch Provokationen und gewalttätige Auseinandersetzungen. Dieses Konfliktpotenzial ist auch weiterhin nicht zu unterschätzen, denn solange die Kurdenfrage nicht gelöst ist, bietet sie den Nährboden für extremistische Aktivitäten.

3.2 KONGRA-GEL-Struktur

Das Volk der Kurden wird auf rund 25 bis 30 Millionen Menschen geschätzt. Sie leben hauptsächlich in der Türkei, im Irak und Iran sowie in Syrien; sie unterscheiden sich in der Sprache und Kultur von der türkischen Bevölkerung. Der KONGRA-GEL sieht sich als einzig adäquater Interessenvertreter für das Recht auf politische und kulturelle Selbstbestimmung der kurdischen Bevölkerung. Als Nachfolgeorganisation der seit 1993 verbotenen PKK unterliegt auch der KONGRA-GEL einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot in Deutschland. Die Organisation, deren Funktionsapparat konspirativ und illegal agiert, verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk aus Unterorganisationen. In Westeuropa zeigt sich der KONGRA-GEL seit 1999 mit seinen Protestaktionen weitgehend gewaltfrei und auf der Grundlage demokratischer

Regeln. Intern definiert sich die Partei, marxistisch-leninistisch orientiert, als eine straff organisierte und zentralistisch geführte Kaderorganisation. Zu deren Strukturen liegen auch in Schleswig-Holstein Erkenntnisse vor, obwohl sie sich nicht an Ländergrenzen hält und ihre ideologisch geschulten Funktionäre zunehmend konspirativ agieren. An der Spitze des KONGRA-GEL steht Abdullah Öcalan. Seine Führungsrolle ist trotz seiner 1999 in der Türkei erfolgten Inhaftierung und Verurteilung nach wie vor unumstritten.

Der KONGRA-GEL ist bestrebt, sich nach außen als demokratische Partei zu zeigen. So sollte die auf der 5. Vollversammlung im Sommer beschlossene Namensänderung der Organisation von „Koma Komalen Kurdistan“ in „Koma Civaken Kurdistan“ (Zusammenschluss der Kommunen Kurdistans) „das Gesellschafts-, Demokratie- und demokratische Nationalverständnis noch besser zum Ausdruck“ bringen. Das von der PKK ursprünglich verfolgte Ziel eines unabhängigen Kurdistans wird damit endgültig zugunsten eines föderalen Verbundes der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, Iran und Irak unter Achtung der bestehenden staatlichen Grenzen aufgegeben. Diese Idee findet sich bereits im politischen Programm von KONGRA-GEL als so genannte Föderation des Demokratischen Nahen Ostens, die alle kurdischen Siedlungsgebiete umfassen soll. Die Wiederwahl der amtierenden Funktionäre ist ebenfalls ein Beleg für die Fortsetzung der bisherigen Politik.

Die Umsetzung der Politik des KONGRA-GEL erfolgt in Schleswig-Holstein durch von der Parteispitze ernannte Funktionäre und die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ in Kiel, die auch als Treffpunkt der rund 650 Personen umfassenden Anhängerschaft gilt. Neben Informationsveranstaltungen werden von dort auch anlassbezogen Kundgebungen und Demonstrationen organisiert.

3.3 Finanzierung, Medien und Veranstaltungen

Der KONGRA-GEL bestreitet die Kosten für seinen Organisationsapparat und seine bewaffneten militärischen Einheiten in den Kurdengebieten aus Mitgliederbeiträgen, dem Verkauf von Publikationen, Erlösen bei Veranstaltungen und den einmal jährlich durchgeführten Spendengeldsammlungen. Bundesweit wurden bisher regelmäßig

Millionenbeträge zusammengetragen, teilweise auch, indem einzelne Spender unter Druck gesetzt wurden. Die Höhe verringerte sich zuletzt aber stets.

Im Berichtszeitraum sahen sich jedoch aufgrund der zugespitzten politischen Lage im Nord-Irak nicht nur die Anhänger des KONGRA-GEL, sondern auch unpolitische Kurden in der moralischen Pflicht, ihre Landsleute finanziell zu unterstützen. Mithin ist für 2007 mit einem höheren Betrag als im Vorjahr zu rechnen. Die Sammlung erfolgte in diesem Jahr erheblich konspirativer.

In Schleswig-Holstein gab es keine Hinweise auf Spendengelderpressungen.

Für seine Propaganda verfügt der KONGRA-GEL neben Zeitungen wie der „Yeni Özgür Politika“ auch über Zeitschriften für Jugendliche und Frauen sowie über eine starke Internet-Präsenz, die zum Teil sogar mehrsprachig informiert. Herausragend ist jedoch der mit dänischer Lizenz betriebene Fernsehsender „ROJ TV“.

In Deutschland finden außer anlassbezogenen auch regelmäßige Großveranstaltungen des KONGRA-GEL statt, wovon das „Kurdistan-Festival“ in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) am 1. September mit rund 40.000 Besuchern die größte darstellt.

In Schleswig-Holstein fanden Anfang Dezember Feierlichkeiten anlässlich des 29. Gründungstages der PKK statt. In Kiel nahmen rund 1.000 Kurden an dieser Veranstaltung teil, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Die hohe Teilnehmerzahl reflektierte nicht nur das starke politische Interesse an den Vorgängen in der Türkei, sondern demonstrierte außerdem, dass die Forderungen des KONGRA-GEL auch in Schleswig-Holstein Unterstützung finden.

3.4 Schürt weiterhin Emotionen: Abdullah Öcalan

Abdullah Öcalan, genannt Apo (Onkel), war 1978 einer der Gründungsmitglieder der PKK, steht bis heute an der Spitze des KONGRA-GEL und gilt als Symbolfigur der kurdischen Bewegung. Seine Person ruft weiterhin bei seiner Anhängerschaft Emotionen und die Bereitschaft zu entsprechender Mobilisierung hervor. Jedes Jahr wer-

den sein Geburtstag und der Tag seiner Verhaftung zum Anlass für groß angelegte Kampagnen genommen. So wurde im März über seine Rechtsanwälte in Rom (Italien) mitgeteilt, dass sich sein Gesundheitszustand unter den Haftbedingungen in der Türkei zunehmend verschlechterte. Die darauf folgende europaweite Kampagne über eine angebliche Vergiftung Öcalans in Form von Kundgebungen, Demonstrationen und Informationstischen gipfelte in einem Hungerstreik von mehreren KONGRA-GEL-Anhängern in Straßburg (Frankreich), bei dem die Teilnehmer bereit waren, bis zum Äußersten zu gehen.

In Schleswig-Holstein fand aus diesem Anlass am 3. März in Kiel eine Kundgebung mit rund 100 Teilnehmern statt. Außerdem wurden eine entsprechende Petition im Schleswig-Holsteinischen Landtag durch eine kleine Gruppe Kurden abgegeben und in der Kieler Innenstadt ein Informationstisch betrieben. Über diese Aktionen berichtete auch die KONGRA-GEL-nahe Zeitung „Yeni Özgür Politika“.

Am 12. Mai fand auch unter Beteiligung aus Schleswig-Holstein in Straßburg eine Großdemonstration mit rund 40.000 Teilnehmern statt. Die Forderung der Demonstranten nach einer unabhängigen Untersuchung durch das Europäische Komitee zur Verhinderung der Folter (CPT) wurde durch das Komitee zugesagt. Ausschlaggebend für die Beendigung des Hungerstreiks nach 39 Wochen war auch der Aufruf Öcalans, dass die Kurden „lebendig Widerstand leisten sollten“.

Am 29. September fand in Brüssel (Belgien) eine weitere Solidaritätsdemonstration statt, an der nach Angaben der „Yeni Özgür Politika“ tausende Kurden aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden teilnahmen. Mit dieser Veranstaltung sollte erneut auf den vermeintlich schlechten Gesundheitszustand Öcalans aufmerksam gemacht und öffentlicher Druck auf das CPT ausgeübt werden. Vom CPT wurde eine unverzügliche Erklärung zum Gesundheitszustand Öcalans erwartet, da die Ergebnisse bislang nicht bekannt gegeben worden waren. Dies wird vom KONGRA-GEL als Beleg für eine Vergiftung Öcalans gesehen.

Im September wurde der Start einer neuen Kampagne unter dem Motto „Es reicht“ und „Lebe die Führung und lasse sie leben“ beschlossen. Wie bereits im März sollte diese Kampagne als Vorwand zur möglichen Intensivierung von Aktivitäten des KONGRA-GEL und seiner Anhänger dienen - gegebenenfalls auch militanter Natur.

So hatten die Anwälte Öcalans im März in einer Erklärung die kurdische Jugend zu einem „umfassenden Kampf“ aufgerufen. In deren Folge kam es - auch in Deutschland - vermehrt zu Brandanschlägen durch zumeist jugendliche KONGRA-GEL-Anhänger. In einigen Fällen konnten die Täter festgestellt und zwischenzeitlich auch verurteilt werden.

3.5 Militärische Auseinandersetzungen mit der Türkei und ihre Auswirkungen

Die militärischen Einheiten des KONGRA-GEL, die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG), nehmen in der Türkei für die Organisation das „Recht der legitimen Verteidigung“ wahr. Die Kämpfe zwischen den türkischen Streitkräften und der HPG dauern seit Jahren an und haben auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte und Tote gefordert. Die HPG ehrt ihre Gefallenen als Märtyrer, und jedes Jahr werden auch in Deutschland Gedenkveranstaltungen aus Anlass der Aufnahme des bewaffneten Kampfes am 15. August 1984 durchgeführt.

Im Oktober geriet der jahrelange Konflikt zwischen der Türkei und der kurdischen Minderheit wieder in die Schlagzeilen, nachdem das türkische Parlament die Regierung zu militärischen Einsätzen im Nord-Irak ermächtigt hatte. Der KONGRA-GEL kritisierte die Entscheidung der türkischen Regierung scharf und rief seine Anhänger in und außerhalb der Türkei verstärkt zu Aktionen auf.

Die kurdischen Autonomiegebiete im Nord-Irak stehen unter einer weitgehenden Selbstverwaltung. Nach Auffassung der türkischen Regierung dienen sie als Rückzugsgebiet für Milizen des KONGRA-GEL.

Infolge des türkischen Regierungsbeschlusses fanden deutschland- und europaweit zahlreiche Veranstaltungen statt, die den türkischen Militäreinsatz im Nord-Irak thematisierten. Demonstrationen von Anhängern des KONGRA-GEL gab es unter anderem in Berlin, Köln und Dortmund (Nordrhein-Westfalen), Freiburg und Heilbronn (Baden-Württemberg), Hannover und am 30. Oktober mit rund 350 Teilnehmern in Kiel. Die Veranstaltung erstreckte sich über 1 ½ Stunden und verlief störungsfrei.

In Berlin, Hamburg und in weiteren deutschen Städten kam es in diesem Zusammenhang auch zu pro-türkischen Kundgebungen, die fast alle friedlich verliefen.

Ausschreitungen gab es unter anderem in Heilbronn. Dort fanden sich zu einer angemeldeten Veranstaltung des „Kurdischen Kulturvereins“ am 27. Oktober 500 Personen ein, woraufhin sich 400 Türken zu einer spontanen Gegendemonstration formierten. Dabei kam es zu Provokationen und körperlichen Auseinandersetzungen; ein Polizeibeamter wurde verletzt.

Am 28. Oktober nahmen rund 800 Personen an einer pro-türkischen Kundgebung unter dem Motto „Aufruf zur Einheit, Brüderlichkeit und zum Frieden zwischen Türken und Kurden“ in Berlin teil. Im Anschluss kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken, in deren Verlauf 18 Polizeibeamte verletzt wurden. Die teilweise verummumten Demonstranten warfen mit Steinen und Flaschen auf die Einsatzkräfte. 15 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Nach wiederholten Luftangriffen des türkischen Militärs auf nordirakische Dörfer rief der KONGRA-GEL am 18. Dezember seine Anhängerschaft auf, „auf aktivste und umfassendste Weise“ tätig zu werden. In der Folge kam es zu Demonstrationen vor türkischen und US-amerikanischen diplomatischen Vertretungen.

3.6 Die Jugendbewegung „Komalen Ciwan“

Der Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ kommt als mobilisierende Kraft innerhalb des KONGRA-GEL nach wie vor ein besonderer Stellenwert zu. Die Organisation selbst ruft ihre Anhänger immer wieder auf, sich den Milizen der HPG anzuschließen und aktiven Widerstand zu leisten. Ende Oktober hieß es auf ihrer Internet-Seite:

„Zuallererst ist es grundlegende Pflicht, sich der Guerilla anzuschließen und von dort aus die notwendige Antwort zu geben. Die Jugend muss die Pflicht zur legitimen Selbstverteidigung überall dort erfüllen, wo unser Volk lebt.“

Die Aufforderung bezog sich neben den Kampfgebieten in der Türkei ausdrücklich auf die türkischen Großstädte, aber auch auf Europa:

„Vor allem in den Großstädten der Türkei ist es überfällig, den Faschisten ‚Stopp‘ zu sagen. (...) (Es) muss auch die kurdische Jugend in Europa überall dort, wo sie organisiert ist, zu Aktionen übergehen und die herrschende Stille zerbrechen.“

Bereits im März hatten ähnliche Appelle große Resonanz erfahren und eine gewalttätige Aktionswelle nach sich gezogen. Mit so genannten Hit-and-Run-Aktionen (Werfen von Molotow-Cocktails, Brandanschläge etc.) wurde insbesondere gegen türkische Einrichtungen vorgegangen.

Zu einer Szene der „Komalen Ciwan“ in Schleswig-Holstein liegen derzeit keine konkreten Erkenntnisse vor. Einzelne jugendliche Aktivisten sind den Sicherheitsbehörden aber ebenso bekannt wie die stetigen Bemühungen des KONGRA-GEL, hier lebende kurdische Jugendliche für seine Ziele zu gewinnen.

4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2005 bis 2007

	2005	2006	2007
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	50	50	50
• islamistische Gruppen	500	480	480
• extrem-nationalistische Gruppen	450	450	450
Kurdische Organisationen	700	650	650
Iranische Organisationen	30	30	25
Arabische Organisationen sowie nicht eindeutig zuzuordnende Einzelpersonen aus dem Spektrum arabischer Islamisten	75	80	80
Gesamt Land	1.805	1.740	1.735
Gesamt Bund	57.500	57.400	58.420